

22. Januar 1918

## LUDWIG QUESSEL · REALITÄTEN DER KONTINENTALEUROPÄISCHEN POLITIK



In einer kleinen Schrift, die viel mehr Beachtung verdient hätte als sie tatsächlich gefunden hat, wies vor fast 2 Jahren Alexander Redlich darauf hin, daß die europäischen Kontinentalstaaten in ihrer auswärtigen Politik einer ganz neuen Problemstellung sich gegenüber sähen, daß ihre gegensätzlichen Ziele zur geringfügigen Winzigkeit zusammenschumpften gegenüber der Aufgabe die Grundlagen ihrer Existenz gegen die Weltherrschaft des Angelsachsentums zu verteidigen.<sup>1)</sup> In klarer Deduktion, unbeirrt durch Tagesstimmungen, bewies er (sächlich in Übereinstimmung mit der in den Sozialistischen Monatsheften während des ganzen Kriegsverlaufs vertretenen und entwickelten außenpolitischen Grundauffassung und den sich aus ihr ergebenden Postulaten): daß Kontinentaleuropa, das von Weltwirtschaftsmächten umgeben sei, selbst aber in wirtschaftliche Kleinstaaten zerfalle, zur wirtschaftlichen Weltmacht geeinigt werden müßte, um seine Unabhängigkeit gegenüber England und Amerika behaupten zu können. Eine solche wirtschaftliche Einigung Kontinentaleuropas sei ein durchaus erreichbares Ziel, weil die natürlichen Verhältnisse dafür gesorgt hätten, daß zwischen den Staaten des europäischen Festlands tiefe wirtschaftspolitische Gegensätze schon vor dem Krieg nicht mehr vorhanden waren. Aber auch aus machtpolitischen Gründen sei die Einigung Kontinentaleuropas gegenüber England und Amerika mit allen Kräften anzustreben:

»England würde seine Rolle am längsten gespielt haben, wenn das europäische Festland nicht in einzelne, einander bekämpfende Territorien zerfiel sondern seine Kräfte ebenfalls mit dem Ziel einer gemeinsamen wirtschaftlichen Weltpolitik konzentrierte. Darum hat England für die dauernde Zerklüftung Europas gesorgt und eine Politik getrieben, die es selbst Gleichgewichtspolitik nannte und die doch nichts anderes ist als die künstliche Erhaltung einer im Vergleich zu den Aufgaben der Gegenwart höchst unzeitgemäßen Kleinstaaterei.«

Mit scharfem Blick für machtpolitische Realitäten hat Redlich weiter erkannt, daß die Zerklüftung Europas auch die Voraussetzung für die britische Seeherrschaft ist, und daß es im Grunde keinen andern Weg gibt, um die Freiheit der Meere zu erringen, als die Zusammenfassung West- und Mitteleuropas zu einer wirtschafts- und machtpolitischen Einheit:

<sup>1)</sup> Siehe Redlich Das europäische Problem Stuttgart 1916/; die angeführten Stellen auf Seite 15, 21 f. und 49 f.

»Sie [die Freiheit der Meere] kann nur erreicht werden, wenn es gelingt die Kette der englischen Seefestungen zu durchbrechen . . . die alle Ausgänge aus Europa versperren. . . Denn es ist bezeichnend, daß fast jede dieser Sperren zwei Schlüssel besitzt, von denen England immer nur einen, ein Festlandsstaat aber den andern in der Hand hat. . . Ihr Besitz würde bei der modernen Waffentechnik erheblich an Wert verlieren, wenn England überall, sowohl in Dover wie in Gibraltar wie am Suezkanal, einen Angehörigen des europäischen Wirtschaftsverbundes als Gegenüber fände.«

Das Ziel der Außenpolitik der Zentralmächte beim Friedensschluß und nach dem Krieg muß aber die Herbeiführung eines Zustands sein, bei dem die europäischen Staaten fest zu einander halten können, ohne dadurch ihre Selbständigkeit und Würde irgendwie gefährden zu müssen:

»Die Staaten und Nationen Europas sollen keineswegs in einander aufgehen. Sie müssen auch die Möglichkeit behalten ihre Interessengegensätze auszutragen, aber zu einer Zeit und mit Mitteln, die sie nicht den übrigen Weltmächten gegenüber aufs neue schwächen. Sie müssen sich an den Gedanken gewöhnen weder militärisch noch wirtschaftlich jemals wieder unter einander Krieg zu führen. . . Mit anderen Worten: Keinem europäischen Staat darf ein fremdes Gemeinwesen näher stehen (weder politisch noch wirtschaftlich) als sein europäischer Bruderstaat. Darüber hinaus müssen sich die europäischen Staaten von vornherein zu gemeinsamer Abwehr und zu gemeinsamem Fortschreiten organisieren. Ihre Wehrkräfte müssen befähigt sein gemeinsam zu handeln. . . Das Wirtschaftsleben der europäischen Staaten muß organischen Zusammenhang erhalten. . . Zur Vervollständigung der wirtschaftlichen Selbständigkeit bedürfen die europäischen Verbündeten eines Kolonialreichs, das durch seine geographische Lage auch im Kriege unbehindert zu erreichen und zu verteidigen sein muß. Sie bedürfen endlich der Freiheit der Meere, und zwar nicht auf Grund völkerrechtlicher Verträge sondern auf Grund ihrer eigenen Macht und ihres eigenen Besitzes.«

So weit Redlich, dessen Befürwortung einer kontinentaleuropäischen Politik sicherlich allen jenen, die außenpolitisch von der Hand in den Mund leben, als *wilde Zukunftssphärisse* erscheinen werden. Es ist daher gerade jetzt, wo konservative und liberale Politiker es für eine kluge und weitsichtige Außenpolitik ansehen im Osten hohe Barrieren gegen eine europäische Kontinentalpolitik zu errichten und die Zerklüftung Europas weiter zu vertiefen, eine geradezu nationale Notwendigkeit zu zeigen, daß Deutschland seine afrikanischen Kolonien, seine asiatische Einflußsphäre, ja seine Geltung als Weltmacht, einzig und allein der kontinentaleuropäischen Politik zu danken hat; daß jedesmal, wenn der Stern Deutschlands im Steigen war, dies auch den Aufstieg Frankreichs und Rußlands gegenüber England bedeutete, und daß insbesondere ein gegenüber England starkes Rußland seit 1879 immer die Vorbedingung deutscher Erfolge in der Weltpolitik gewesen ist.



**H**EUTE wird allgemein zugegeben, daß Deutschlands Eintritt in den Kreis der Weltmächte sich mit dem Erwerb seiner afrikanischen Kolonien vollzog. Weit weniger bekannt, fast könnte man sagen: unbekannt, ist es dagegen, daß die Grundlage für Deutschlands Aufstieg zur Kolonial- und Weltmacht Bismarcks kontinentaleuropäische Politik war. Rußland zur Rechten und Frankreich zur Linken waren die Stützen, deren sich Bismarck bediente, um mit kräftigem Ruck England beiseite zu drücken, das, wie Bismarck erkannt hatte, nur durch eine kontinentaleuropäische Politik zu bewegen war Deutschlands Entwicklung zur Kolonial- und Weltmacht zuzulassen. Am schwierigsten war für ihn zweifellos die Aufgabe Frankreich für eine gemeinsame Politik des Kontinents gegen England zu gewinnen. Man weiß, wie hoch in den achtziger Jahren noch die Wogen der Revanchepolitik in Frankreich gingen.

Öffentlich konnte sich damals noch kein französischer Staatsmann für ein Zusammengehen mit Deutschland erklären. Nichtsdestoweniger unternimmt es Fürst Hohenlohe, der damals deutscher Botschafter in Paris war, Frankreich für ein Zusammengehen mit Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland gegen England zu gewinnen, wobei er in geschickter Weise sich dem Umstand zunutze machte, daß fast überall, wo Frankreich damals sein Kolonialreich auszubauen wünschte, es gewiß sein konnte auf den hartnäckigsten und schlechterdings mit allen Mitteln arbeitenden Widerstand Englands zu stoßen. Das meiste Verständnis fand Hohenlohe für seine und Bismarcks kontinentaleuropäische Politik bei dem Ministerpräsidenten Jules Ferry, der im Sommer 1884 durch den Diplomaten Baron de Courcel Bismarck mitteilen ließ, daß Frankreich, wenn auch nur heimlich, sich dem Dreikaiserbündnis, das heißt Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland, anschließen werde. Am 24. August 1884 kann Hohenlohe, freudig bewegt, den erfolgreichen Abschluß seiner diplomatischen Bemühungen wie folgt in seinem Tagebuch vermerken:

»Courcel ist gestern [von Varzin] nach Berlin zurück und bringt die Zustimmung Ferrys zu der Verständigung, die allerdings kein Allianzvertrag, aber ein großes Rapprochement ist. In der westafrikanischen Frage wird man gemeinschaftlich vorgehen, ebenso in bezug auf verschiedene ägyptische Fragen, wie Quarantäne, Suezkanal, Liquidationskommission und anderes.«<sup>2)</sup>

Gestützt auf das »große Rapprochement« der Kontinentalstaaten gegen England setzt jetzt Frankreich kühn seine Versuche fort seinen Einfluß auf Kosten Englands in Nordafrika zu verstärken und seine Expansion in Westafrika vorwärts zu bringen, und zwar im Sinn der Berliner Vereinbarungen über ein »gemeinschaftliches Vorgehen« mit Deutschland. Wie die Franzosen in Nord- und Westafrika, so fühlten sich jetzt aber auch die Russen durch die kontinentaleuropäische Verständigung stark gegen England in Zentralasien. In schneller Ausnutzung ihrer Erfolge in Turkestan dehnten sie nach der Einnahme Chiwas ihre Herrschaft über die Turkmenen der Steppen, dann über die Region zwischen Kaspischem Meer, Atrak und Amu Darja aus und standen im Januar 1884 bereits in Merw, und zwar mit dem festen Entschluß von dem ganzen Gebiet südlich der Oase bis Sulfikar, Tschamen i Baid und Bala Murghab Besitz zu ergreifen, ungeachtet der Drohungen der britischen Minister, die eine Annäherung der Russen bis auf 100 Kilometer an Herat, den Schlüssel Indiens, als casus belli ausschrien und demgemäß das angloindische Heer an der afghanischen Grenze konzentrierten. Von noch größerer Bedeutung war aber das »große Rapprochement« der Kontinentalstaaten für Deutschland. Im Vertrauen auf die von ihm mit zäher Beharrlichkeit, nach jahrelangen diplomatischen Mühen herbeigeführte kontinentaleuropäische Einigung entschloß sich Bismarck gegen den Willen Englands ein deutsches Kolonialreich zu gründen. Schlag auf Schlag erfolgte nun die Einverleibung kolonialer Territorien in die Machtsphäre des Deutschen Reichs. Am 5. Juli wurde die deutsche Flagge in Togo gehißt. Am 14. Juli kam die Besitzergreifung Kameruns zur Ausführung. Am 1. August ließ Bismarck dem Auswärtigen Amt in London mitteilen, er halte es für notwendig Australiens »maßlosen Ansprüchen rechtzeitig vorzubeugen« und wünsche deshalb in Polynesien »eine Abgrenzung derjenigen Gebiete, die wir beiderseits unter staatlichen Schutz zu stellen

<sup>2)</sup> Siehe Fürst zu Hohenlohe-Schillingensfürst Denkwürdigkeiten II /Stuttgart 1905/, Seite 351.

gedenken«, vorzunehmen. Am 7. August fand in Südwestafrika die Aufstellung der Tafel statt, auf der die Grenzen des deutschen »Territoriums Lüderitz« verzeichnet standen. Im Oktober des selben Jahres, 1884, fuhren Carl Peters und seine Begleiter von Triest, als Arbeiter verkleidet, um englischen Späherblicken zu entgehen, nach Ostafrika, um Verträge mit den Häuptlingen abzuschließen, denen zufolge sie ihr Gebiet unter deutschen Schutz stellten. So richtete Bismarck auf der Grundlage der kontinental-europäischen Verständigung von 1884 ein deutsches Kolonialreich auf, 4mal so groß wie das Mutterland, bevölkert von 13 Millionen Eingeborenen, ein Reich, das inmitten sorgsam gehüteter britischer Machtsphären lag.<sup>\*)</sup> Weniger grundlegend, nichtsdestoweniger sehr bedeutend, war der Gewinn, den Frankreich aus der kontinental-europäischen Politik zog. In Westafrika besetzt es am Niger und Kongo weite Territorien, in Ostafrika erwirbt es die Schutzherrschaft über wichtige Gebiete von Somaliland und das Protektorat über ganz Madagaskar, in Asien wird Annam vollständig unter den Willen des französischen Residenten gestellt, und China wird veranlaßt alle Rechte auf Tongking aufzugeben. Aber auch Rußland brachte die kontinental-europäische Politik einen vollen Erfolg. Zu Beginn des Jahres 1885 rückt General Kamarow in der Richtung auf Herat vor und schlägt am Kuschikfluß das von den Engländern vorgeschobene afghanische Heer. England hielt es nicht für ratsam den Afghanen mit seinen angloindischen Truppen beizuspringen. Es kam zu Verhandlungen, und Rußland erhielt das ganze Gebiet, das ihm England bisher streitig gemacht hatte. So vollzog sich, entgegen britischen Wünschen, die zwischen Deutschland, Frankreich und Rußland vereinbarte Expansion. Infolge der kontinental-europäischen Entente ohne Degen in Europa, mußte England das Unvermeidliche hinnehmen. Die Politik der kontinental-europäischen Zusammenfassung hatte England in die welt-politische Zwickmühle zwischen den Russen vor Herat und dem Vormarsch der Franzosen in West- und Ostafrika gebracht. Nur aus dieser kontinental-europäischen Konstellation heraus ist es möglich zu verstehen, warum England ohne Widerstand den Aufstieg Deutschlands zur Kolonial- und Weltmacht hinnahm, obwohl es in jenen Tagen zum erstenmal die Konkurrenz Deutschlands auf allen Märkten der Welt schärfer zu fühlen bekam.

Will man Bismarcks kontinental-europäische Politik richtig charakterisieren, so wird man sagen müssen, daß er sie unbewußt vollzog, getrieben von den Notwendigkeiten der Zeit, ohne sich klar darüber zu werden, daß er mit ihr ein Prinzip zur Geltung brachte, das schon vor ihm die Führer der großen französischen Revolution und Napoléon I. zu verwirklichen gestrebt hatten. Bismarck wollte aber im Grunde das Unmögliche: den einigen Kontinent und gleichzeitig ein freundschaftliches Einvernehmen mit England. Nur so ist es zu verstehen, daß er unmittelbar nach Errichtung des deutschen Kolonialreichs seinen Sohn Herbert über den Kanal sandte, um dem Premierminister Gladstone folgenden Gedankengang zu entwickeln:

»Wir sind die jüngste der Großmächte, und wir wünschen diejenige Art von kolonialer Betätigung, welche einer Großmacht zusteht. Aber wir denken es nur in sehr kleinem und bescheidenem Umfange zu tun, und wir geben auch, indem wir es tun, den stärksten Beweis des Vertrauens auf die künftige Freundschaft der beiden Länder. Denn wir wissen, daß, wenn eine Kontinentalmacht unsere kleinen Kolonien angreifen sollte, wir zur Vergeltung in ihr Gebiet einfallen könnten. Aber

<sup>\*)</sup> Siehe Quessel England und die deutsche Kolonialpolitik, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 I, Seite 71.

wir wissen auch, daß ihr unsere Kolonien mit Erfolg angreifen könnt, und daß wir an euch nicht zur Vergeltung herankommen können, weil ihr Herren der See seid.«<sup>4)</sup>

Es bedarf keiner breiten Beweisführung, um einzusehen, daß Herbert Bismarcks Darlegungen die Verneinung des kontinentaleuropäischen Gedankens darstellen. Gewiß war es richtig, daß der einzelne Kontinentalstaat oder auch eine Gruppe von ihnen nur Kolonialpolitik von Englands Gnaden treiben konnte. Ein einiger Kontinent dagegen wäre sehr wohl in der Lage gewesen an England »zur Vergeltung heranzukommen«. Bismarck selbst hatte sich ja des langen russischen Arms, der bis an die Tore Indiens reichte, bedient. Und weil England die Macht Kontinentaleuropas in der starken Faust Rußlands 1884 vor Herat zu spüren bekam, hatte es Deutschlands Aufstieg zur Kolonial- und Weltmacht hinnehmen müssen. Wenn Bismarck seinen Sohn vor Gladstone dennoch so reden ließ, als hätte das »große Rapprochement« der Kontinentalstaaten gegenüber England nie stattgefunden, so geschah das wohl deshalb, weil er sich innerlich unsicher fühlte die kontinentaleuropäische Orientierung gegenüber dem englischen Gegenspieler konsequent festzuhalten. Und diese innere Unsicherheit hatte auch ihre guten Gründe. Denn da war Elsaß-Lothringen, dessen Wiedergewinnung England den Franzosen als Köder vorhalten konnte, um sie aus der kontinentaleuropäischen Vereinigung herauszulocken, da war der Balkan, wo England durch rechtzeitig hervorgerufene Aufstände leicht Rußland und Österreich-Ungarn an einander bringen konnte. Und es war gewiß nicht ohne heimliche Ermunterung Englands geschehen, daß gleichzeitig im Frühling 1885 in Frankreich die Boulangisten und in Bulgarien die Zankowisten sich in Bewegung setzten, denen denn auch bald Jules Ferry und ein Jahr später Alexander von Battenberg zum Opfer fielen, womit im Osten und Westen Europas die für England so notwendige Zerklüftung schnell wieder hergestellt war.

Trotz der kurzen Dauer der Bismarckschen kontinentaleuropäischen Politik wäre es falsch in ihr nur eine glänzende Episode im Leben des ersten Reichskanzlers zu sehen. Im beschränktern Rahmen blieb er ihr treu, als er an die Stelle der Dreikaiserverständigung von 1884, der, wie wir nun wissen, Frankreich heimlich beigetreten war, im Jahr 1887 den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag (Rückversicherungsvertrag) setzte, dessen Ziel es war zu verhüten, daß England durch seine Balkanpolitik Rußland gegen den Dreißbund ausspielen könne. Unter Ausschluß Frankreichs wollte Bismarck durch das gewagte Spiel des Rückversicherungsvertrags einen gegen englische Verhetzungskünste gefeiten Kontinent herstellen. Ermöglichen ließ sich das allerdings nur dadurch, daß er den russischen Balkaninteressen viel weiter entgegenkam als dies in Wien gewünscht wurde. Wie weit Bismarck den Russen entgegenzukommen entschlossen war, hat er uns mit hinreichender Deutlichkeit selbst geschildert:

»Ich glaube, daß es für Deutschland nützlich sein würde, wenn die Russen auf dem einen oder andern Wege, physisch oder diplomatisch, sich in Konstantinopel festgesetzt und dasselbe zu verteidigen hätten. Wir würden dann nicht mehr in der Lage sein von England und gelegentlich auch von Österreich als Hetzhund gegen russische Bosphorusgelüste ausgebeutet zu werden, sondern abwarten können, ob Österreich angegriffen wird und damit unser casus belli eintritt. . . England gegenüber mag die Position des heutigen Rußlands als verbessert gelten, wenn es Kon-

<sup>4)</sup> Siehe Omeka Das alte und das neue Mitteleuropa /Gotha 1917/, Seite 45 f.

stantinopel beherrscht, Österreich und Deutschland gegenüber ist sie weniger gefährlich, solange es in Konstantinopel steht.«<sup>2)</sup>

Aus diesen Darlegungen geht klar hervor, wie hoch Bismarck den Wert eines gegen England einigen Kontinents einschätzte, obwohl er Frankreich nicht dauernd für ein Zusammengehen mit Ost- und Mitteleuropa hatte gewinnen können. So wertvoll schien ihm für Deutschlands Zukunft ein einiger Kontinent, daß ihm im Notfall auch Konstantinopel ein nicht zu hoher Preis für dessen Erhaltung gewesen wäre.

**W**IE wenig die hier immer wieder und wieder postulierte kontinentaleuropäische Politik ein luftiges Phantasiegebilde ist, als das sie vielen Politikern erscheint, zeigt weiter der Umstand, daß wir ihr unsere ostasiatische Stellung ebenso zu danken haben wie unsere afrikanische, und daß die Voraussetzung für den Erwerb unserer ostasiatischen Einflußsphäre gleichfalls ein starkes Rußland war: stark vor allem gegen England, und einig nicht bloß mit uns sondern auch mit allen anderen Mächten des Festlands. Es ist wohl kein Zufall, daß Fürst Hohenlohe, der als Botschafter in Paris so viel für das Zustandekommen der ersten kontinentaleuropäischen Orientierung unserer Außenpolitik getan hat, auch zum Urheber ihrer zweiten Phase wurde. Ihr Verlauf war der, daß Deutschland, Frankreich und Rußland (diesmal schon nicht mehr geheim sondern frei und offen vor aller Welt) in Asien die gemeinsamen Interessen des europäischen Kontinents gegen England zu vertreten begannen. Sie hob unmittelbar nach dem japanisch-chinesischen Krieg an und verfolgte den Zweck, Japan vom asiatischen Festland fernzuhalten, weil Rußland (damals gewiß nicht ohne Grund) in Japan einen *Degen* Englands sah, der gegen die russische Machtstellung gerichtet werden sollte. Wie 1884 so versprach auch 1894 das gemeinsame Vorgehen der 3 großen Kontinentalmächte gegen England jedem von ihnen kolonialen Gewinn und war zugleich eine absolut sichere Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens, der während der Amtsführung des zweiten Kanzlers so sehr gefährdet schien, daß Caprivi seine Freunde bat ihm zum Antritt seines Amtes nicht zu gratulieren sondern zu kondolieren. Das Ergebnis der Intervention Kontinentaleuropas nach Schimonoseki war, daß Deutschland Kiautschou und Hinterland, Rußland Korea und Liautang und Frankreich sich Gebiete im Süden Chinas als Einflußsphären sicherten. Der Fehler, der damals begangen wurde, war lediglich der die Japaner gänzlich auf ihre Inseln zurückzuwerfen anstatt ihre Festsetzung im Yangtsegebiet zu begünstigen, was ihren Wünschen am meisten entsprochen und sie in einen Gegensatz zu England gebracht hätte. Wie man aber auch immer unsere zweite Phase kontinentaleuropäischer Orientierung bewerten mag, ob man ihre Fehler hoch oder niedrig einschätzt, es bleibt, daß wir ihr unsere Stellung in Ostasien zu danken haben, die schließlich mit den japanischen Interessen sich sehr wohl hätte vereinbaren lassen und die auch für China nicht zum Nachteil hätte auszufallen brauchen, da gerade unsere Interessen in Ostasien vor allem wirtschaftlicher Natur waren. Und wie 1884 so errangen wir auch 1894 unsere neue Position nicht etwa mit englischer Hilfe sondern im Gegenteil mit Rußland gegen England. Der russische Arm Kontinentaleuropas, der 1884 die Tore Indiens einzustoßen drohte, erwies sich auch 1894 stark genug, um

<sup>2)</sup> Siehe Fürst von Bismarck Gedanken und Erinnerungen II / Stuttgart 1900/, Seite 291 f.

sich selbst am Stillen Ozean Geltung zu verschaffen. Ungeachtet seiner ungeheuren Flottenübermacht fühlte sich England einem einigen Kontinentaleuropa nicht gewachsen. Es mußte den Japanern deshalb den Rat geben sich auf ihre Inseln zurückzuziehen und auf bessere Zeiten zu hoffen.

Wie unsicher England sich einem einigen Europa gegenüber fühlte, wie sehr es deshalb bemüht war den kontinentalen Block zu sprengen, sollte sich bald zeigen. Elsaß-Lothringen und der Balkan waren freilich 1894 als Sprengmittel nicht zu gebrauchen. Rußland und Frankreich waren daher gegen den Dreibund schwer mobil zu machen. Unter diesen Umständen mußte man in London versuchen Deutschland aus dem Kontinentalblock herauszubrechen. Als Sprengmittel hatte das Londoner Auswärtige Amt sich die Türkei auserkoren. Bald nachdem im Juni 1895 Salisbury wieder Ministerpräsident geworden war, machte er dem deutschen Kaiser persönlich den Vorschlag die Türkei zwischen England und Deutschland aufzuteilen.<sup>5)</sup> Dieser britische Versuch Rußland und Deutschland dauernd zu verfeinden war freilich zu plump, um Erfolg zu haben. Hohenlohe lehnte es ganz entschieden ab die kontinentale Einigkeit durch die Annahme des englischen Danaergeschenks zu gefährden. Mehr Erfolg glaubte England bei Rußland zu finden. 1896 erklärte zur Unterstützung heimlicher Angebote Salisbury öffentlich, Konstantinopel habe jetzt für England »weniger Interesse als ehemals«. Für England liege die Pforte zum Orient in Ägypten, in Suez; und wenn Rußland seinen Besitz in Ägypten anerkennen wolle, sehe England »kein Hindernis gegen seine Niederlassung in Konstantinopel — eines schönen Tages«.

Die Tatsache, daß 1896 Rußland von England Konstantinopel und die Meerengen angeboten erhielt, ohne sich aber dadurch in seiner kontinentaleuropäischen Orientierung beirren zu lassen, widerlegt die Lehre jener Gruppe deutschbaltischer Publizisten, wonach Rußland jedesmal Front gegen Zentraleuropa machen wird, wenn ihm der Besitz Konstantinopels auch nur in weiter Ferne winkt. Gewiß war 1896 die auf die Eroberung Konstantinopels und auf die Vorherrschaft auf dem Balkan gerichtete westliche Schule des russischen Imperialismus als Unterströmung in der Außenpolitik des Zarenreichs noch vorhanden. Aber das offizielle Rußland stand ihr bereits fern. In seinem Namen sprach Fürst Uchtomskij, der Reisebegleiter des Zaren Nikolaus II. in Asien, als er die neue Orientierung Rußlands wie folgt umschrieb:

»Ich bin sehr befriedigt, und es war durchaus notwendig, daß die russische Politik sich vom Balkan losgemacht hat. Der Sultan mag bleiben; er muß aber ein kleiner Emir werden, und ob dieser Emir ein Vasall Rußlands oder sonst jemandes wird, scheint mir ziemlich gleichgültig. Für Rußland genügt es, wenn es die Meerenge von einer Seite beherrscht. . . England ist und bleibt Ihr Feind und unser Feind. Sie dürfen sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß England Ihnen nie das zugestehen wird, was Sie wirklich brauchen. Was Sie brauchen, sind Absatzmärkte, nutzbare und große Kolonien. Das können Sie nur gegen den Willen, können Sie nur auf Kosten Englands haben.«<sup>7)</sup>

Die Gerechtigkeit erfordert es heute einzugestehen, daß die zweite Phase kontinentaleuropäischer Politik unter Hohenlohe /1894 bis 1898/ nicht vom

<sup>5)</sup> Siehe Herre *Weltpolitik und Weltkatastrophe* /Berlin 1916/, Seite 38, und Onckea *Die Vorgeschichte des Krieges, in dem Sammelwerk Deutschland und der Weltkrieg* /Leipzig 1916/, Seite 538.

<sup>7)</sup> Siehe Rohrbach *Fürst Uchtomskij über russisch-deutsche Politik, in dem Preussischen Jahrbüchern*, 1898, XCII, Seite 334 f.

Panslawismus sondern von Deutschland zerstört worden ist. Gewiß, als England sich uns mit Konstantinopel und Anatolien in der Hand als Führer näherte, schlugen wir dieses Geschenk aus, weil jedes Kind sich sagen mußte, daß seine Annahme nicht nur die Zertrümmerung der kontinentalen Einigung sondern über lang oder kurz auch Krieg mit Rußland und Frankreich bedeuten würde. Als aber 1898 England sich uns mit den portugiesischen Kolonien in der Rechten näherte, als Gegengabe für die Preisgabe unserer kontinentaleuropäischen Orientierung, da gab es kein Halten mehr. Im Jahr 1898 schloß Deutschland mit England einen vor Rußland und Frankreich geheim gehaltenen Vertrag über die »Ausbeutung der portugiesischen Kolonien in Afrika«<sup>5)</sup>, der, wie wir jetzt wissen, das Ende unserer zweimal, wengleich ohne Bewußtsein ihrer Tragweite eingeleiteten kontinentaleuropäischen Politik bedeutete. Die Folge war, daß, als Rußland und Frankreich 1899 an Deutschland herantraten, um zugunsten der Burenrepubliken zu intervenieren, sie eine Absage erhielten. Die englische Orientierung hatte nun die kontinentaleuropäische ersetzt: mit dem Erfolg, daß, als 1901 die Buren niedergedrungen waren, der erste Schritt des neuen englischen Königs der war nach Lissabon zu fahren und dort feierlich zu erklären, daß »die unangetastete Aufrechterhaltung« der portugiesischen Kolonien der »Gegenstand seiner teuersten Wünsche und seiner Bestrebungen« sein werde.

Es ist auch nicht richtig, daß bei der zweiten Phase kontinentaleuropäischer Orientierung der deutschen Politik Frankreich sich der Verpflichtung mit uns gemeinsam Front gegen England zu machen entzogen hätte. Daß Frankreich dabei war, als wir durch Einspruch gegen die japanische Annexion der Halbinsel Liautung unsere ostasiatische Einflußsphäre gewannen, ist schon gesagt worden. Wir sehen aber in jener Zeit der kontinentalen Politik auch ein deutsch-französisches Zusammengehen in Afrika: im Vertrag vom 15. März 1894 betreffend die Festsetzung der Grenze Kameruns in der Richtung auf den Sudan, ferner in dem gemeinsamen Protest gegen den Pachtvertrag Englands mit dem Kongostaat vom 12. Mai 1894 zur Herstellung der territorialen Verbindung Kap-Kairo und schließlich im Vertrag vom 23. Juli 1897 betreffend die Regelung der Nordgrenze Togos, und, last not least, eine deutsch-französische Kapitalentente in Vorderasien zum Bau der Bagdadbahn. Diese ganze hoffnungsvolle Entwicklung brach zusammen: nicht durch Schuld Frankreichs und Rußlands sondern dadurch, daß wir, den englischen Verheißungen Glauben schenkend, uns 1898 selbst aus dem kontinentaleuropäischen Block loslösten, der die stärkste Friedensgarantie war, die der Kontinent jemals aufzuweisen hatte.



**Z**WEI wichtige Etappen in der weltpolitischen Laufbahn des Deutschen Reichs sind einer Politik der kontinentaleuropäischen Zusammenfassung zu danken. Diese Politik war beidemale spontan unternommen worden; für bestimmte Konstellationen, ohne eine wirkliche Ahnung der Möglichkeiten, die in ihrem systematischen Ausbau lagen. Diese waren nur von England begriffen worden, das seine Gegenmaßregeln ergriff, um jene Politik zu annullieren. Und Europa fügte sich ohne Not den englischen Wünschen, wie es ein Jahrhundert vorher den Einiger des Festlands nach Sankt Helena bringen ließ, um die englische Suprematie für ein Jahrhundert fest zu stabilisieren.

<sup>5)</sup> Siehe Fürst von Bülow Deutsche Politik /Berlin 1916/, Seite 126.



Jetzt, nach dem Zusammenbruch von 1914, in den Jahren des furchtbarsten aller Kriege, sollte man meinen, hätte Europa, hätte zum mindesten Deutschland aus den Lehren der Geschichte und der jüngsten Vergangenheit die notwendigsten Folgerungen gezogen. Betrachtet man aber die gegenwärtigen Strömungen in der deutschen Außenpolitik, und gerade jetzt, wo die Loslösung Rußlands von der Entente uns ohne eigenes Zutun die Voraussetzung der Kontinentalpolitik schafft, so muß man mit Schmerz feststellen, daß den deutschen Politikern fast durchgängig die großen kontinentaleuropäischen Gesichtspunkte noch immer so fremd sind wie zu den Zeiten Napoléons. Anstatt mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß nichts unterlassen wird, was die Kontinentalmächte nach dem Krieg zur Beendigung ihres in jedem Betracht unzeitgemäßen Haders stimmen könnte, um so den Kontinent und damit auch Deutschland einer größeren Zukunft entgegenzuführen, versinkt man wieder in die Gedankenwelt einer längst verschwundenen Zeit der politischen Enge. Man blickt nicht auf die Welt und übersee, wo die großen Zukunftsentwickelungen sich vollziehen werden. Für das Linsengericht territorialer Beutestücke will man das Erstgeburtsrecht einer Weltstellung verkaufen, das uns unsere produktiven Kräfte geben. Man sieht nicht oder will nicht sehen, daß England und Amerika guten Grund haben uns freie Hand in Rußland zu lassen, wie dies Lloyd George in seiner Kriegszielrede am 5. dieses Monats und Gerard bereits vor einem Jahr uns zu verstehen gaben. Der Friede, den man durch offene oder verschleierte Annexionen zu sichern glaubt, ist in Wahrheit doch nur der englische Friede. Er führt eine größere Zerklüftung des europäischen Festlands herbei und schafft, indem er die Kontinentalstaaten in den Zustand gegenseitiger Feindschaft und Unterordnung herabdrückt, sie so alle gegenüber dem geeinigten Angelsachsenentum ohnmächtig macht, neue Grundlagen für die angelsächsische Welthererschaft, die endgültig unmöglich zu machen das große und einzige Ziel dieses Weltkriegs sein müßte.

## MAX SCHIPPEL · KONSUMENTENVERTRETUNG UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

**D**IE während des Krieges unausbleiblichen abnormen Verhältnisse der Bedarfsdeckung und Preisgestaltung, gerade für die wichtigsten Zweige des Massenverzehr, die unleugbaren Enttäuschungen über die nicht immer glücklichen und erfolgreichen staatlichen Eingriffe und Hilfsaktionen haben dem Ruf nach einer dauernden, mit wirksamen Vollmachten ausgerüsteten Konsumentenvertretung neuerdings einen außerordentlich starken Nachhall verschafft. Das Verlangen nach besonderen Konsumentenkammern kehrt nicht nur in Literatur und Presse, auf Interessententagungen häufig wieder, es beginnt auch hier und da Landtage und öffentliche Verwaltungen bereits ernstlich zu beschäftigen.

Gewöhnlich denkt man sich eine solche neugeplante Organisation als gleichberechtigt neben Handels- und Landwirtschaftskammern, Handwerkskammern und Innungen, gegebenenfalls noch neben den angekündigten Arbeiter- oder Arbeiterkammern aufgerichtet. Die radikaleren Wortführer dieser Richtung haben jedoch in ihren Hoffnungen und Bestrebungen diesen Vor-

stellungskreis längst überschritten. Für sie ist nunmehr die entscheidende breite wirtschaftspolitische Masse endlich in Sehweite gerückt: um Millionen von Köpfen selbst die Grundlage aller noch so weitgespannten Arbeiterkammern überragend. Sogar ein so ruhiger und nüchterner Vertreter des zunächst so bestechenden Grundgedankens wie Robert Schloesser urteilt deshalb, nach der einen Seite anfeuernd, nach der andern abweisend:

»Die Aufgaben der Konsumentenkammern sind viel zu umfassend, als daß sie sich in anderen Kammern unterstellten Ausschüssen einzwängen ließen. . . Ebenso würde die Frage zu verneinen sein, ob die amtliche Interessenvertretung der Konsumenten vielleicht in Verbindung mit den schon früher geforderten Arbeitskammern geregelt werden könnte. Die Arbeitskammern würden sich immer nur auf Arbeiter und vielleicht noch auf Privatangestellte erstrecken, sie würden aber niemals den großen Kreis der öffentlichen Beamten, der Rentner usw. umfassen. Die Einordnung besonderer Ausschüsse für die Vertreter der Konsumenteninteressen innerhalb der Arbeitskammern würde aber aus ähnlichen Gründen wie bei den Kammern der selbständigen Produzenten abzulehnen sein. Im übrigen bleibt die Gründung von Arbeitskammern erst abzuwarten.«<sup>1)</sup>

Weniger bedächtige und kaltblütige Reformer und Agitatoren sehen vollends jene Lawine zum ersten Rollen gebracht, unter deren Stoß und Druck die bisher so unerschütterlich fest ruhende engherzige und eigennützige Wirtschaftspolitik der Produzenten schließlich naturnotwendig zerschellen müsse. Das Lösungswort, der Kristallisationskern für die denkbar umfassendste soziale und wirtschaftliche Massenbewegung ist, frohlockt man, endlich entdeckt. Die abergläubisch überschätzte und künstlich aufrechterhaltene Scheingröße der Produzentenpolitik wird, wie so manche andere Ausgeburt des überlebten Absolutismus und Aristokratismus, gegenüber dem »neuen aus dem wirtschaftspolitischen Chaos emporgestiegenen Machtfaktor, dem Träger des Konsums, dem Konsumenten«, in nichts zusammensinken. Alle handels- und wirtschaftspolitische »Fragestellung« wird in Zukunft ausschließlich eine »konsumzentrische« sein, mit nur einem unverrückbaren »Ausgangspunkt, dem der Bevölkerung, der Verbraucher«. Oder wie die gefälligen Schlagworte der leichten Stimmungsmache sonst noch lauten mögen.

Daß auf dem Weg von der Produktion bis zum persönlichen Konsum die kapitalistische Organisationsfähigkeit vielfach versagt hat, daß dieser Weg von innerlich überwundenen Mißbildungen und kräftevergeudendem Wuchergestrüpp förmlich überdeckt ist, bestreitet kaum jemand. Die Konsumentengenossenschaften haben hier eine große wirtschaftlich-soziale Mission zu einem guten Teil erfüllt, zu einem noch größeren Teil gegenwärtig und ferner vor sich. Auch das wird man willig anerkennen müssen, daß diese Konsumentenorganisation durch ihre mehr und mehr sich ausprägende eigenartige Verbindung mit der Produktion im Lauf der Zeit auf die Gütererzeugung selber tiefe fortschrittliche Rückwirkungen auszuüben verspricht. Jede solche wirtschaftliche und wirtschaftsreformerische, in der öffentlichen Meinung, in Gesetzgebung und Verwaltung noch lange nicht genügend gewürdigte Bewegung kann und muß natürlich Gehör und Vertretung im öffentlichen Leben beanspruchen. Es kann deshalb, von den Einzelheiten des Vorschlags abgesehen, grundsätzlich nur mit Zustimmung begrüßt werden, wenn der letzte Genossenschaftstag des Zentralverbands deutscher Konsum-

<sup>1)</sup> Siehe Schloesser Konsumentenkammern /Köln 1917/; die angeführten Stellen auf Seite 10, 6, 17, 5 und 6.

vereine in Nürnberg beschloß (und wenn entsprechende Eingaben an den Reichstag und die Einzellandtage ergingen):

»Es ist durchaus geboten, daß die konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher in den öffentlichrechtlichen Interessenvertretungen des deutschen Wirtschaftslebens zu Worte kommen. Im Hinblick darauf erscheint es als eine im Interesse der Allgemeinheit liegende dringliche und verantwortliche Aufgabe der Regierung und gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten unverweilt dafür Sorge zu tragen, daß den konsumgenossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen in den bestehenden Handelskammern eine im Verhältnis ihrer organisatorischen und wirtschaftlichen Bedeutung zur Allgemeinheit und Gesamtwirtschaft des Volkes stehende ständige Vertretung eingeräumt wird.«

Von hier bis zur obenerwähnten konsumzentrischen Fragestellung bei jeder großen wirtschaftspolitischen Entscheidung ist aber noch ein sehr, sehr großer Abstand, und es sollte überhaupt von vornherein nachdenklich machen, daß gerade die berufenste Verkörperung des Konsumenteninteresses, die wirkliche wirtschaftliche Konsumentenorganisation (nicht bloße äußerliche Organisation zu mehr politischer Erfassung und Aufklärung der selber meist ganz unerfahrenen und ungeschulten Konsumentenmasse) sich zunächst mit viel bescheideneren Aufgaben und Rechten zu begnügen bereit ist als die neuesten Verfechter vermeintlich umwälzender politischer Auffassungen und Programme. Diese größere Zurückhaltung der Nächstberatenen hat jedoch ihren guten Grund. Denn geht man der empfohlenen reinen und radikalen Konsumentenpolitik näher bis auf ihre geistigen Wurzeln nach, so stößt man zuletzt immer wieder auf eine vollkommene Verkenning der wirklichen Gestalt und Rolle des Verbrauchers in der internationalen und nationalen (heimischen) Gesamtwirtschaft und deshalb auf vollkommen unhaltbare Vorstellungen über die tatsächlichen Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten im allgemeinen.

Da man der geordneten und vermehrten Einflußgewinnung der Konsumenten vor allem für die Handelspolitik eine von Grund auf umgestaltende Kraft zutraut, so sei für dieses Gebiet eine nähere Vorführung der wirklichen und der eingebildeten Tatsachen und Zusammenhänge versucht



BEI wie vielen der insgesamt 946 Positionen unseres deutschen Zolltarifs mag wohl der betroffene, zur etwaigen Zollberatung in erster Linie heranzuziehende Verbraucher mit jenem Konsumenten zusammenfallen, den man wegen seiner Millionenköpfigkeit und »Gleichartigkeit« (Schloesser) zum größten politischen Zukunftsmachtfaktor auserwählt glaubt? Eine solche Nachprüfung würde manchen überraschen. Denn gehen wir in dieser Betrachtungsweise Ware um Ware unseres Einfuhrtarifs durch, so ist in der Überzahl der Warenarten und im Übergewicht der jedesmal in Rechnung zu setzenden Warenmengen offenbar der heimische Verbrauch wesentlich — ein produktiver. Er ist kein anderer als der Verbrauch großer weiterverarbeitender Industrien, denen der gewöhnlich vorausgesetzte Allerweltskonsument, der sogenannte letzte Verbraucher, der persönliche Konsument, zum mindesten nicht übermäßig nahesteht, während der unmittelbare und ohne druckmildernde

<sup>2)</sup> Die beste ökonomische Charakterisierung des produktiven und des persönlichen Verbrauchs findet man noch immer bei Marx. Übrigens vergesse man nicht, daß es für Marx vor allem einen Konsumenten gibt, den Käufer und Verbraucher der Ware Arbeitskraft, den Ausbeuter. Der Standpunkt des Nurkonsumenten wäre also insoweit der des Nichts-als-Scharfmachers, des Kampfes gegen jede (sozialpolitische) Belastung des Arbeitsmarkts zugunsten des letzten Produzenten, des Arbeiters. Jedoch verzichte ich darauf heute diese Seite anzuschlagen.

Zwischenglieder in seinem Lebensinteresse direkt betroffene Verbraucher, wie in groteskem Spott, die Gestalt eines Fabrikanten, eines Unternehmers und demnach eines *Produzenten* in dem zum mindesten anrühigen Sinn unseres soeben noch so hoffnungsfrohen Konsumentenpolitikers annimmt.

Beispielsweise der Roheisenzoll, wer wollte dies bestreiten, legt dem Roh-eisenverbraucher stets gewisse Erschwerungen, unter Umständen peinlich fühlbare Opfer auf: diesem bleibt der fortlaufende billigste Einkauf auf dem Weltmarkt vorenthalten. Aber das Roheisen und seine nächsthöheren Umgestaltungen werden kaum jemals, sei es auch nur in geringstem Betrag, von einem, zur neuen besondern Vertretung heranzuziehenden Konsumenten verwendet, der nach Schloesser erst da beginnt, wo der letzte selbständige Produzent aufhört (dazu gehört nach dem selber Autor auch der Kleinhandwerker und sogar der Kleinhändler; der Bauer ist wohl in der Eile, wie üblich, übersehen). Die Roheisenverbraucher sind große, meist riesengroße Montanbetriebe, Walzwerke und sonstige Glieder des in ihren persönlichen Trägern so viel beargwöhnten schwerindustriellen Produktionsorganismus, die Schienen, Baukonstruktionseisen verschiedenster Art, Draht, Nägel, Band- und Rundeisen, Kesselbleche, Panzerplatten, Röhren und noch so vieles ähnliche herstellen, jedoch abermals so gut wie nichts, was jemals im Haushalt oder gar im Magen des um so mehr gerühmten Konsumenten der politischen Abstraktion Aufnahme fände. Würde man also die tatsächlichen Roheisenverbraucher zur Beratung über die Roheisenzölle zusammenberufen, so würde mancher unserer vordem so vertrauensseligen Konsumentenwecker enttäuscht und entsetzt vor einer solchen herausfordernden Auslese von *schnöden Interessen* zurückprallen. Aber selbst die bereits höherstufigen Eisenerzeugnisse, die weitere Dutzende von Zolltarifnummern bilden, spielen im alltäglichen Konsumentenleben (vor allem, wenn der Konsument erst hinter dem Kleinhandwerker und Bauern beginnen soll) noch immer kaum eine Rolle: sie gehen in den Eisenbahnbau und -betrieb, in den Schiffsbau und Schiffahrtsbetrieb, in den Maschinenbau, in die Elektrotechnik, in den Fabrik- und Häuserbau ein. Bei der Einberufung der wirklichen unmittelbaren Verbraucher, durch deren Geschäftsbücher zunächst jede Zollversteuerung als mitunter enormer Ausgabeposten läuft, würde also selbst bei den weit hinter dem Roheisen folgenden grundlegend wichtigen Eisenerzeugnissen unser *Nichtproduzent*, würde selbst die Masse unserer kleinhandwerklichen und kleinbäuerlichen Produzenten noch immer unbeachtet draußen vor der Tür stehen bleiben. Ähnliches trifft im großen und ganzen, mit Schwankungen im einzelnen, auf alle anderen unedlen Metalle (Aluminium, Blei, Zink, Zinn, Nickel, Kupfer) zu, die ein weiteres halbes Hundert der Nummern unseres deutschen Zolltarifs füllen.

Das gleiche gilt von den Rohstoffen und fast allen Halbfabrikaten unserer Textilindustriellen, von Rohseide, Rohwolle, Baumwolle, Jute, Hanf, Flachs und deren nächsten Umwandlungsergebnissen, aber auch von den größten Massen der Halbfabrikate, beispielsweise der Garne, die als solche unvergleichlich weniger in den Haushalt der einzelnen oder der Anstalten und um so mehr in die produktiven Betriebe der Weberei, der Wirkerei, des Posamentengewerbes und noch so vieler Erzeugungsgebiete eingehen.

Die Verbraucher der rohen und einfach zugerichteten Hölzer sind die

Sägemühlen und Holzstoffwerke, die Papierfabriken, die Gruben, die Baugewerbe, die Bau- und Möbeltischlereien, die Klavierfabrikation, der Wagenbau, an deren Spitze samt und sonders, um mit unseren konsumzentrischen Fragestellern zu reden, immer wieder ein verdächtiger Produzent steht.

Würde man an der Hand der, wie gesagt, 946 Positionen unseres Zolltarifs dieses Bild des produktiven Konsums, dieses Gebrauchs und Verbrauchs durch Produzenten bis in alle letzten Ergebnisse durchzuarbeiten versuchen, so würde am Schluß das Bild des Konsumenten sich ganz verblüffend nach der Seite jener Produzenten verschoben haben, gegen die man soeben das »in der Erhaltung der eigenen Existenz tiefwurzelnde Konsumentenbewußtsein, ähnlich wie das Klassenbewußtsein der Arbeiter« (Schloesser) wachzurufen und auszuspielen gedachte.

Selbst da, wo bei einer und der selben Ware die Grenzen von produktivem und persönlichem Verbrauch beweglicher und vielseitiger in einander überfließen, ist der persönliche Konsum quantitativ recht oft verhältnismäßig viel niedriger als man ohne näheres Zusehen voraussetzt.

Greifen wir zur Verdeutlichung die Steinkohle heraus, über deren, vermeintlich ganz und gar ausschließlich gegen ihn gerichtete Syndizierung und Syndikatspreispolitik unser *Konsument* sich gern den erregtesten Übertreibungen hingibt, ganz im Gegensatz zu den (viel ruhiger urteilenden) wirklichen Massenverbrauchern. Den wirklichen Massenverbrauch repräsentiert nämlich auch bei der Kohle durchaus die Industrie: zu nicht weniger als 40 % und mehr allein die Hütten-, Eisen- und Stahlproduktion, dazu die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate; zu etwa 16 % allein der Verkehr zu Land und zu Wasser (Eisen- und Straßenbahnen, Binnen- und Seeschifffahrt). Daran reihen sich, im einzelnen stark abfallend, im ganzen recht ansehnlich die vielen hinsichtlich des Brennstoffbedarfs kleineren Industrien. Der Hausbrand (der noch immer keineswegs einfach mit der Haushaltsfeuerung sich deckt) tritt daneben nur mit etwas über 12 % (1912), und er scheint, was gar nicht zu verwundern wäre, in seiner Gesamtmenge mehr und mehr hinter dem industriellen Bedarf zurückzubleiben, denn ein paar Jahre früher überschritt er immerhin noch mehrfach 14½ %.<sup>3)</sup>

Den deutschen Kartoffelverbrauch berechnete Professor Wohltmann 1914 im 10jährigen Durchschnitt auf 45 Millionen Tonnen. Aber noch lange nicht ein Drittel davon (13 Millionen Tonnen) ging in die menschliche Ernährung über, selbstverständlich zu einem großen Teil auch in die Ernährung der landwirtschaftlichen Produzenten selber, da diese immerhin gewissermaßen auch Menschen sein dürften. Sonst waren die Verbraucher: abermals die Landwirte mit 16,3 Millionen Tonnen für die Viehproduktion, nochmals die landwirtschaftlichen Produzenten mit 6,6 Millionen Tonnen bei der Wiederaussaat, und abermals agrarische und halbagarische Kreise bei der Spiritus- und Stärkegewinnung mit 4,6 Millionen Tonnen. Der Rest (10 %) war für Fäulnis und Schwund anzusetzen. Würde man nach diesem Maßstab den Verbraucherbeirat von Fall zu Fall zusammensetzen, so würde der städtische Nurkonsument, von dem so viele Verbraucherwortführer am

<sup>3)</sup> Siehe die Statistik des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, regelmäßig jährlich veröffentlicht in den vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft, zuletzt vom 6. Dezember 1913.

hellen lichten Wirtschaftstag weiter träumen, selbst bei der Kartoffel zu einer ziemlich hoffnungslosen Minderheitsstellung herabgedrückt werden.



WILL man behaupten, den hier sich offenbarenden tatsächlichen Konsumenten fehle es am *Bewußtsein* ihrer Abnehmer- und Verbraucherinteressen? Versteigt man sich vielleicht zu dem Glauben, der Maschinenbau, die Elektrotechnik, die Glasindustrie, die Zuckerfabrikation, die Brennerlei, die Schifffahrt kümmerere sich erfahrungsgemäß nicht um Kohlenpreise? Haben sich nicht vielmehr zwischen den Unternehmern und neuerdings mehr und mehr zwischen den zu großen Schlachtreihen geformten Verbänden der Rohstoff-, Halbzeug- und Ganzfabrikaterzeugung die endlosesten schwierigsten Kämpfe abgespielt (vielfach erbitterter als etwa die Kämpfe im Tarifleben der Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitgeberverbände), zwar jedesmal mit zeitweiligen Waffenstillständen abschließend und doch immer wieder mit womöglich verstärkter Kraft auflebend und mit den folgenschwersten Dauerwirkungen auf ganze Betriebe und Betriebszweige endend? Faßt etwa der Webfabrikant die Garnfrage, der Maschinenbau- und Elektroindustrielle die erleichterte oder erschwerte Kupfer- und Metallversorgung, der Gerber die billigere oder teurere Gerbstoffzufuhr (man denke nur an den ungeheuerlichen Spuk um die verhältnismäßig winzige Quebrachofrage!), die Papierfabrikation die Holzschliff- und Zellulosedeckung nicht als ernste und ernsteste Frage der *Existenz* auf? Und wenn diese realen und sehr realistischen Konsumenten bei ihren Kämpfen um Dasein, Niedergang oder Aufschwung allerdings unter Existenz nicht ein kärgliches rein persönliches Dahinleben verstehen sondern ein, mit den rasch steigenden Anforderungen der heimischen (nationalen) und internationalen Gesamtwirtschaft rasch fortschreitendes Volldasein als verkörperte Unternehmung und Großunternehmung, heute naturnotwendig mit Kapitalbesitz und Kapitalgewinn ausgerüstet, wenn sie also insoweit (um mit den seltsamen Theoretikern des reinen Konsumentenstandpunkts zu sprechen) zweifellos zu *Produzenten* entartet sind: mildert dies ihren Gegensatz zu Vorproduzenten und Lieferanten, reckt es diesen innern Gegensatz nicht vielmehr zu weit gewaltigeren Dimensionen empor und vertieft ihn zu um so schwererm, weil lohnenderm Ringen?

Hat, um bei der Handelspolitik zu bleiben, bei der Gestaltung des deutschen (wie ähnlich jedes andern) Zolltarifs etwa die Kritik des reinen Konsumenten, womöglich in den summarischen Massenprotestversammlungen und bei der Reichstagsobstruktion, für die zahlreichen Abschwächungen gegenüber den Vorentwürfen und den vorgebrachten Höherforderungen entschieden, oder geschah dies so gut wie ausschließlich durch den zähen, jahrelang in immer neuen Gruppierungen durchgeführten Kampf zwischen kapitalistisch (und halbkapitalistisch, wie überwiegend in der Landwirtschaft) produzierenden Lieferanten und Abnehmern, zwischen vorangehenden Erzeugern und folgenden Weiterverarbeitern, zwischen tiefer- und höherstufiger Produktion? Und war das, was zuletzt in der breitem Öffentlichkeit sich lauter und mitunter (aber nicht immer) derber vernehmen ließ, im Grunde etwas anderes als ein, bei aller Vergrößerung geistig abgeschwächtes Echo aus jenen, mit der betreffenden Frage auf das engste verwachsenen Interessentenkreisen: ein Echo, stets sehr unselbständig, dazu in seinen Angriffszielen sehr willkürlich ausgewählt, oft auf geradezu lächerliche Nebendinge abgelenkt

und von durchschlagenderen Hauptstreitfragen ganz unberührt, und überaus häufig, im Vergleich mit dem viel sachentsprechendern und sachkundigern Original, ganz gedankenlos verzerrt und entstellt?\*)

Daß die produktiven Verbraucher im Ringen mit den ihnen gegenüberstehenden *Produzenten* (den Interessenten der Vor- und Lieferungsproduktion) vielfach unterlagen, beweist wenig für ihre Interessellosigkeit, so wenig wie dies für die Vertreter des persönlichen Konsums gilt, denen gleichfalls keine Triumphe beschieden waren. Aber die herrschende nebelhafte Vorstellung, daß immer und überall die mehr agrarischen und mehr schwerindustriellen Unterstufen der Produktion die unüberwindlichen Sieger geblieben seien, widerspricht den nächstliegenden Beobachtungen bei der Vorgeschichte und der endgültigen Erledigung des deutschen Zolltarifs. Gar nicht selten sind sogar, wie man sich erinnern wird, Interessenten der Unterstufen in bitteren Klagen ausgebrochen, daß ihr Sonderschutzbedürfnis den Verbrauchern, das heißt den industriellen Weiterverarbeitern und deren Ausfuhr- und Billigkeitsinteressen geopfert worden sei. Bei den Spinnern, früher in ihrer Allgemeinheit, später bei bestimmten Kategorien, gehören die Verwahrungen gegen die Weber, die wegen ihres Exports nur auf billige Auslandsgarne sähen und der deutschen Garn- und Feingarnherzeugung nicht entfernt den genügenden Entwicklungsspielraum ließen, bekanntlich seit Jahrzehnten zum eisernen Bestand ihrer öffentlichen Betätigung. In solchen Fällen hätte also der *Konsument* den *Produzenten* tatsächlich aus dem Feld geschlagen.

Die Regierungsbegründung zum deutschen Zolltarifentwurf vom November 1901 gewährt mit Absicht nur ausnahmsweise ein Bild der Interessenkämpfe, die vorangegangen waren. Dennoch öffnet sich an vielen Stellen ein Einblick hinter die Kulissen. Unter vielem andern liest man hier beispielsweise über das Zurückdrängen von ganz- und halbagrarischen und schwerindustriellen Interessen:

NUMMER 22 SÄMEREIEN ZUR GEWINNUNG FLÜCHTIGER ÖLE: »Die Industrie der ätherischen Öle und Essenzen, welche die Hauptabnehmerin dieser Sämereien ist, empfindet den jetzigen Zoll [der Capriviperiode] von 3 Mark für 1 Doppelzentner als eine Erschwerung. . . Diese Umstände lassen es gerechtfertigt erscheinen für die in Rede stehenden Sämereien . . . Zollfreiheit zu gewähren.«

NUMMER 82 FASSHOLZ, STABHOLZ: Eine fühlbare Mehrbelastung lasse die Rücksicht auf die exportierende Böttcherei nicht zu. »Abgesehen hiervon läßt auch die inländische Verwendung ihrer Erzeugnisse besonders im Brauereigewerbe eine Verteuerung des Faßholzes unerwünscht erscheinen.«

NUMMER 83 UND 84 KORBWEIDEN, REIFENSTÄBE: »Einer stärkern Steigerung steht das Interesse der verbrauchenden Industrien, besonders dasjenige der Korbflechterei und der Böttcherei entgegen.«

NUMMER 85 HOLZSTOFF: »Einen Zoll für Schleifholz und Holz zur Zellstofffabrikation einzustellen verbietet die Rücksicht auf die deutsche Papierindustrie.«

NUMMER 142 BIS 150 TIERISCHE SPINNSTOFFE: Diese seien »fast durchweg sehr wichtige Rohstoffe der heimischen Gewerbetätigkeit, deren Zollbelastung überhaupt oder wenigstens über das bisherige Maß hinaus unzweckmäßig erscheint.«

SPEZIELL WOLLZOLL: »Eine seit langem umstrittene Frage ist diejenige des Wollzolles. . . Kann diesen Erwägungen auch vom Standpunkte des landwirtschaftlichen Interesses aus eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden, so muß doch von der Einführung eines Wollzolles abgesehen werden. Die deutsche Wollindustrie kann ohne die ununterbrochene Fortdauer der ausländischen Wollzufuhren

\*) Bei Zolltarifen wie bei großen Arbeitstarifverträgen, die beide einen verwickelten vielseitigen vorläufigen Interessenausgleich darstellen, liegt der Schwerpunkt in den stillen und zähen Vorverhandlungen der Sachverständigen und der Funktionäre. Parlamente und Vollversammlungen können, obwohl ihre Stimme lauter tönt, im großen und ganzen nur noch annehmen oder ablehnen, weil ein wichtiger Stein hier stets den andern trägt und nicht beliebig mehr loszulösen ist.

ihren Betrieb nicht aufrechterhalten. . . Jede Erschwerung oder Verteuerung der Wollbezüge müßte bei der starken Ausfuhr Deutschlands in Wollwaren und bei dem überaus scharfen Wettbewerb auf dem Weltmarkte empfindliche Nachteile zur Folge haben, die über den Kreis der Wollindustrie weit hinaus wirken würden.«

NUMMER 151: »Rohe Felle und Häute gehören zu denjenigen tierischen Erzeugnissen, deren Einfuhr mit Rücksicht auf ihre Eigenschaft als gewerbliche Rohstoffe bisher frei gelassen ist, obwohl sie mit inländischen Erzeugnissen in starken Wettbewerb treten. . . Von landwirtschaftlicher Seite ist die Einführung eines Zolls wiederholt beantragt worden. Ein solcher Zoll würde aber von den Gewerben, deren Rohstoffe sie bilden und die in hohem Maße für die Ausfuhr arbeiten, nicht oder doch nur unter großen Opfern ertragen werden. Im Entwurf ist deshalb auch hier an der seitherigen Zollfreiheit festgehalten und diese auf die gespaltenen enthaarten rohen Schaf- und Ziegenfelle ausgedehnt worden, die gegenwärtig [in der Caprivizollt] mit 3 Mark, Ziegenfelle vertragsmäßig mit 1 Mark für 1 Doppelzentner verzollt werden.«

NUMMER 236 KOHLEN: »Die bestehende Zollfreiheit für fossile Brennstoffe ist in dem Entwurf aufrechterhalten. Den vor längerer Zeit zutage getretenen Wünschen wegen Einführung eines Zolls auf Kohlen stehen. . . bei der außerordentlich großen Bedeutung, welche der Bezug billiger Brennstoffe für das gesamte Gewerbe und das Verkehrsgewerbe hat, ernste wirtschaftliche Bedenken entgegen.«

NUMMER 651: »Waren aus formbarer (plastischer) Kohle haben infolge ihrer Verwendung in der Elektrotechnik eine zunehmende Bedeutung gewonnen. . . Spricht auch manches für einen erhöhten Zoll auf die ganz leichten Erzeugnisse, so muß doch mit Rücksicht auf die Interessen der elektrotechnischen Industrie, welche die Stücke unter 100 Gramm als Schleifkontakte, Mikrophonkohle, Stromabnehmer verwendet, davon abgesehen werden einen solchen in Vorschlag zu bringen.«

NUMMER 844 ALUMINIUM: »Die Aluminiumerzeugung ist in Deutschland noch verhältnismäßig jung. . . Es läßt sich nicht verkennen, daß ohne einen Zollschutz die Ausdehnung der Erzeugung von Rohaluminium in Deutschland mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird. Dem Antrage auf Einführung eines Zolls kann indessen mit Rücksicht auf die Interessen der zahlreichen inländischen Aluminiumverbraucher nicht entsprochen werden. Die deutsche Aluminiumwarenfabrikation hat innerhalb der letzten Jahre einen bedeutenden Aufschwung genommen. . . Im Entwurf ist deshalb die Beibehaltung der Zollfreiheit vorgesehen.«

NUMMER 850 ROHBLEI: »Die höheren Preise für die Rohstoffe in Verbindung mit den Kosten der Verfrachtung bis zur Verarbeitungsstätte setzen die deutschen Bleihütten nicht unerheblich in Nachteil gegenüber denen des Auslands. Selbst in den Kreisen der Blei verarbeitenden Industrien wird unumwunden zugegeben, daß die wirtschaftliche Lage der inländischen Hütten gegenwärtig nicht günstig und sie kaum imstande seien einen nennenswerten Gewinn zu erzielen. . . Der Einführung eines Zolls auf Rohblei stehen sehr erhebliche Bedenken vom Standpunkte derjenigen Industrien entgegen, welche Blei verarbeiten. Als solche kommen neben der Fabrikation der eigentlichen Bleiwaren vor allem in Betracht die Akkumulatorenfabriken, die Schriftgießerei und die chemische Industrie, welche Blei für eine große Reihe von Betrieben, zum Beispiel für die Herstellung von Bleizucker, Bleiweiß, Mennige und Chromgelb, bedarf. Diese Gewerbebetriebe arbeiten in hervorragendem Maße für die Ausfuhr und würden durch einen Zoll auf Rohblei auf dem Weltmarkt ungünstiger gestellt sein. . . Bei dieser Sachlage ist im Entwurf die Aufrechterhaltung der Zollfreiheit für Rohblei vorgesehen.«

NUMMER 855 ROHZINK: »Während noch vor etwa 15 Jahren die deutschen Werke Amerika, Afrika und Australien mit Zink versorgten, hat die deutsche Ausfuhr nach diesen Ländern so gut wie ganz aufgehört und ist die Versorgung derselben in die Hände der amerikanischen Werke übergegangen. . . Trotzdem empfiehlt es sich nicht einen Zoll auf Rohzink vorzusehen. . . Das Interesse der heimischen Industrie läßt eine Erschwerung der Einfuhr, die unter gewissen Umständen eintreten würde, unerwünscht erscheinen. . . Die aus Rohzink oder unter Verwendung von solchem hergestellten Erzeugnisse bilden meist den Gegenstand einer lebhaften Ausfuhr. Besonders kommt in dieser Beziehung das Interesse der Messingfabrikation in Betracht. Auch der Herstellung und Ausfuhr von Zinkweiß, Zinkgnau und Lithopon würden durch einen Zoll auf Rohzink Schwierigkeiten bereitet werden. . . Unter diesen Verhältnissen ist davon abgesehen worden einen Zoll für Rohzink in Vorschlag zu bringen.«



NUMMER 869 KUPFER: »Kupfer und Kupferlegierungen in rohem Zustande unterlagen bis zum Jahre 1865 der allgemeinen Eingangsabgabe von 3 Mark für 1 Doppelzentner; seitdem sind sie zollfrei. . . Die inländische Produktion konnte im Jahre 1899 nur ein Drittel des Bedarfs decken. Der Verbrauch ist in rascher Zunahme begriffen, im Laufe von 10 Jahren hat er sich mehr als verdoppelt. Bei allen Erzeugnissen aus Kupfer oder Kupferlegierungen überwiegt die Ausfuhr sehr erheblich. . . Diese Verhältnisse für rohes Kupfer und rohe Kupferlegierungen lassen eine Änderung in der bestehenden Zollbehandlung nicht zweckmäßig erscheinen. Im Entwurf ist deshalb die Beibehaltung der Zollfreiheit vorgesehen.«



ALLE diese Verbraucher, von denen im vorstehenden die Rede war, kennt unser Konsumentenpolitiker überhaupt nicht. Auch bei Schloesser scheiden sie deshalb von vornherein für die Konsumentenvertretung, die Konsumentenkammern, vollständig aus.

Doch treten, wie man einräumen muß, bei Schloesser die wirtschafts- und handelspolitischen Fragen mehr zurück. Der geplanten neuen Interessenorganisation sollen in erster Linie Aufgaben wesentlich anderer, heute hier nicht zu erörternder Art gestellt sein. Immerhin enthüllen sich selbst bei dieser sachlichen und ruhiger begrenzten Konsumentenpolitik in den Ausgangspunkten bedenkliche Lücken und haltlose Schwankungen, die, wie fast immer bei diesen Forderungen und Agitationen, auf eine ganz schiefe, in den notwendigen Konsequenzen ganz irreleitende Auffassung des allgemeinen Verhältnisses von Produzenten zu Konsumenten zurückzuführen sind. In der Tat scheinen die ganzen Voraussetzungen des Schloesserschen Programms herzlich wenig durchdacht, wenn man an den verschiedenen Stellen der kleinen Denkschrift, bald so, bald so liest:

»Konsument ist jeder.

Mangels eines besondern Ausdrucks ist hier mit Konsument nur derjenige gemeint, dessen Konsumenteninteressen gegenüber den Produzenteninteressen überwiegen.

Produzent ist auch der Arbeiter.

Hier [in dieser Schrift] sind [unter Produzenten] stets die selbständigen Produzenten und zwar im weitesten Sinne des Wortes, also auch die Händler usw. gemeint.«

Die Arbeitskammern, damals mehr als heute noch eine sehr unbestimmte Zukunftshoffnung, werden deshalb auch folgerichtig bei den Produzentenkammern mit erwähnt. Aber es ist ein um so unvermittelterer Gedankensprung, wenn alsdann diese Arbeiter-Produzenten (ohne das entscheidende Problem, ob sie berechtigterweise *überwiegend* für bloße Konsumenteninteressen einzustellen wären, auch nur mit einem Wort zu streifen, geschweige denn ernstlich anzuschneiden) mit einemmal neben Privatangestellten, Beamten, Rentnern und ähnlichen Trägern des neuen *Klassenbewußtseins*, als selbstverständliche Kerntuppe einer *reinen* Konsumentenbewegung behandelt werden.

Wenn jedoch die radikaleren Konsumentenwortführer vor allem eine handelspolitische Einflußnahme erstreben und für die Regelung der internationalen Warenkonkurrenz und ihrer tiefen Rückwirkungen auf das heimische Wirtschaftsleben den oben geschilderten *Produzenten* abermals ganz ausschließen möchten, selbst wenn er allwöchentlich und alltäglich in Wagenladungen und ganzen Güterzügen und Schiffslasten die Ware verbraucht, die der *letzte Konsument* recht häufig nur vom fernen Hörensagen kennt oder während seines ganzen Lebens nur in ganz zwerghaften Mengen,

in wahrhaft mikroskopischen Schnittchen und homöopathischen Verdünnungen zu kaufen in die Lage kommt: so wird die Unklarheit bereits zur peinlichen Unfähigkeit die wesentlichen Zusammenhänge des großen Wirtschaftslebens überhaupt zu sehen und zu verstehen.

Für Beamte und Rentner, die, wenigstens direkt, in keiner Weise von dem Aufstieg oder Niedergang der Produktion abhängen, mag diese Betrachtungsweise, so hohl und oberflächlich sie ist, auf den ersten Blick manches Bestechende haben. Jedoch Arbeiter, deren ganzes Schicksal von der Wiege bis zum Grabe auf Gedeih und Verderb unmittelbar und unlösbar mit dem Gang der heimischen (nationalen) Produktion verbunden ist, werden diese Auffassung zuletzt immer ablehnen. Sie sind selbst heute (trotz allen Gegensätzen zum Unternehmertum, was die Teilung des Produktionswertes anlangt) Glieder des großen nationalen Produktionsorganismus. Sie werden sich um so mehr als solche fühlen lernen, je weniger man sie von der Mitwirkung bei Produktionsfragen (und das sind im letzten Kern auch alle handelspolitischen Fragen) ausschließt und je mehr man sie durch solche Mitwirkung zum Verständnis nicht nur der beruflichen sondern der gesamten Produktionsentwicklung erzieht.

## HEINRICH PEUS · UNNÜTZER KAMPF



ES war kein erfreuliches Schauspiel, das das preußische Abgeordnetenhaus in den Tagen vom 5. bis zum 12. Dezember 1917 mit seiner Beratung der Wahlrechtsvorlage bot. Der Minister des Innern Drews hat gut und warm gesprochen. Vortrefflich war es, daß er vor der starken Radikalisierung des preußischen Parlaments keine Furcht zu haben erklärte:

»Ich habe die feste Zuversicht, daß in der neuen Zeit, die für unser Vaterland nach Abschluß des Weltkrieges anbricht, weite Kreise unseres Volkes, die in den Zeiten vor dem Kriege in Verfolgung weitgehendster radikaler Ideen sich hauptsächlich in negativer Richtung betätigt haben, sich bemühen werden in positiver Mitarbeit mitzuschaffen und mitzuhelfen [Lachen rechts] an dem weitem Ausbau und an der weitem gedeihlichen Fortentwicklung unseres innern preußischen Staatslebens [Unruhe und Lachen rechts] . . . Gewiß, verschiedene Meinungen über das, was in verschiedenen Fragen für unsern Staat gut und zweckmäßig ist, werden nicht verschwinden, sie werden auch in Zukunft aufeinanderplatzen und um ihre Durchsetzung mit einander ringen. Aber bleiben kann, bleiben muß und bleiben wird meiner Überzeugung nach als dauernde Nachwirkung jener hell lodenden Einheitsflamme die Überzeugung, daß alle Volksteile, alle Parteien dazu berufen sind mitzuarbeiten an dem Bau des einen gemeinsamen Vaterlandes. . . Durch freie Entfaltung wird die Lust und Freude an der positiven Mitarbeit bei allen gestärkt, durch positive Mitarbeit das Verantwortlichkeitsgefühl gehoben und die Arbeit selbst in praktisch brauchbare Bahnen gelenkt werden.«

Das sind gute Worte, an die man so lange erinnern muß, als das Ziel der Gleichberechtigung des Volkes im Staat noch nicht erreicht ist. Der Ministerpräsident Graf Hertling sagte zur Empfehlung der Vorlage:

»Die Sache einer wahrhaft staaterhaltenden Politik, zu der ich mich durchaus kenne, ist es nicht sich zu beschränken auf die Erhaltung des Bestehenden unter allen Umständen sondern auch im gegebenen Falle mutig und entschlossen die Hand an Neuerungen zu legen, wenn das Bedürfnis des Volkes, wenn die Entwicklung des Volkes, wenn die politische Lage das fordert.«

Und der Vizepräsident des preußischen Ministeriums Friedberg wies mit gutem Grund auf die Wirkung bei den Reichstagswahlen hin;

»In der langen Zeit, die die Verhandlungen in Anspruch nehmen werden und die ja ganz unbemessen ist, wird sich doch auch ein gewisser Druck auf die einzelnen Parteien innerhalb der Wählermassen geltend machen [Sehr richtig! links], aus allen Parteien heraus, und dieser Druck wird doch wohl den einen oder andern veranlassen seine Stellung vielleicht noch einmal zu revidieren [Heiterkeit]. Die Parteien draußen im Lande (das weiß ich als alter Praktiker) haben ein sehr feines Gefühl für das, was dem Lande und was der Partei förderlich ist, und Parteien, von denen sie sich überzeugen, daß sie den Zeitbedürfnissen nicht folgen und nicht zu entsprechen wissen, werfen sie sehr schnell zu den Toten. Deshalb, meine Herren, bin ich auch nicht ohne Befürchtungen für den Fall, daß die Vorlage zur Ablehnung kommt. . . Ich fürchte für die bürgerlichen Parteien. . . Für die bürgerlichen Parteien ist, wenn sie sich behaupten wollen, nicht allein ihre Stärke hier in diesem Hohen Hause maßgebend. Sie werden mir zugeben müssen, daß die große Politik, die Politik der nationalen Fragen heute in einer andern Körperschaft, im Reichstag, gemacht wird; die auf einem ganz andern Stimmrecht basiert. Wenn die bürgerlichen Parteien durch Ablehnung der Vorlagen in der breiten Masse der Bevölkerung ihren Halt verlieren, dann werden sie sozusagen mit gebrochenem Rückgrat in den Reichstag einziehen.«

Nichts aber von Einsicht, nichts von Vertrauen zum Volk, seinem Wollen und Können sprach aus den Reden der Konservativen und leider auch der Nationalliberalen und des Zentrums. Der lange Krieg hat kein großes Geschlecht hervorgerufen.

Auch außerhalb des Hauses war das Echo ebenso unerfreulich. »Wir können uns schwerer Sorge nicht ent schlagen«, erklärte auf der Tagung der märkischen Landwirtschaft der Vorsitzende Graf von der Schulenburg, »wenn wir sehen, wie unser liebes altes Preußen, der Rückhalt des Reiches, immer mehr demokratisiert und die Rechte der Krone beschnitten werden.« Und der frühere Reichstagsabgeordnete von Oldenburg, dem man, wo er in wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen sich äußert, offenen Blick und gesundes sachverständiges Urteil nicht absprechen kann, hat hier im Politischen doch gezeigt, wie schwer es ist von alten Vorurteilen eines bestimmten Gesellschaftskreises loszukommen. Denn er hat es fertig gebracht zu sagen: »Wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht eingeführt wird, dann haben wir den Krieg verloren.«

Alle diese, vom Altgewohnten eingeengten Köpfe müssen sich unter der Demokratie offenbar etwas ganz Furchtbares vorstellen. Jedenfalls aber etwas ganz anderes als die Demokratie selber sein will und als sie sein soll. Es muß darum immer wieder gesagt werden: Die Demokratie bedeutet die Mitwirkung des ganzen Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten. Jedes Glied des Volkes soll Staatsbewußtsein bekommen, soll mit aller Stärke empfinden: Dieser Staat ist mein Staat, ich bin für ihn mit verantwortlich. Das ist aber nur möglich, wenn jeder die gleichen Rechte hat wie der andere. Jedes Vorrecht verhindert das Bewußtsein der Verantwortung bei den Beeinträchtigten. Es vermindert aber auch das Verantwortlichkeitsgefühl bei den Bevorrechtigten. Denn der Besitz der Gewalt (das ist die tiefe Auffassung des russischen Volkes, die in uns alle eindringen sollte) bewirkt, daß man Schaden nimmt an seiner Seele. Nicht ohne Grund geben die, die weniger Rechte haben, den Bevorrechtigten die Schuld an den Mängeln in Staat und Gesellschaft. Besteht aber das gleiche Recht für alle, dann gibt es keine Sonderschuld. Dann kann auch niemand bloß anklagen, kritisieren oder verlangen. Dann muß ein jeder in sich selbst die Schuld suchen. Denn jeder kann ja dann seinen Willen nach gleichem Recht zur Geltung bringen. Nie-

mand soll sagen können, es gehe ihm deshalb schlecht, weil andere mehr Rechte hätten als er.

Es gibt nur eine Maxime, die den Aufstieg der Menschen in einem freien Staat bestimmen darf. Das ist der Grundsatz, den Napoléon aufgestellt hat: »Freie Bahn für die Talente, ohne Unterschied von Geburt oder Reichtum!« Gerade Napoléon, der Größte der neuen Zeit, hat auch am tiefsten gefühlt, was Volkssouveränität bedeutet. Er mußte freilich in Verfolg seiner alles übertragenden Aufgabe: das europäische Festland von der Herrschaft Englands zu befreien und das Meer allen Nationen zu geben, für diese Übergangszeit (die leider durch den Unverstand der europäischen Staaten nicht in den erstrebten Endzustand führte) als Diktator regieren. Aber es hieß das wahre Wesen seiner ganzen Politik verkennen, wollte man die Aufrichtigkeit seiner Worte bezweifeln, die er auf Sankt Helena sprach: »Ich habe stets behauptet, daß die Souveränität im Volk liegt; die kaiserliche Regierung war auch in der Tat eine Art von Republik.« Das mögen sich die Kleingeister unserer Tage gesagt sein lassen, die von demokratischen Grundsätzen eine Schwächung der nationalen Kraft, insbesondere der Wehrkraft, befürchten. Niemals ist die Wehrkraft eines Volkes so bis ins äußerste gesteigert worden wie in der großen französischen Revolution und unter der Regierung des Mannes, der ihre Grundsätze auf Europa zu erweitern versucht und zum Teil auch erweitert hat.

Das ganze Leben des Volkes soll vom ganzen Volk getragen werden. Weil die Abhängigkeit des Einzellebens vom Gesamtleben des Volkes jetzt im Weltkrieg uns so deutlich zum Bewußtsein gekommen ist, darum ist die Forderung so unabweisbar geworden, daß jeder das gleiche Recht haben müsse das Leben des Ganzen auch in seinem Sinn zu beeinflussen. Jedes einzelnen Einfluß findet seine Schranke in dem aller anderen, die das nämliche Recht haben sich zur Geltung zu bringen. Dabei werden die Fähigkeiten in Erkenntnis und Willenskraft jedem die ihm zukommende Stelle anweisen. Sind dabei Mißbräuche möglich, so liegt in der Demokratie selber das Heilmittel gegen solche Mißbräuche. *Ἡ τρώσας καὶ ἰάσεται.* Und es sollte die wesentlichste Sorge derer sein, die die Mißbräuche einer demagogischen Scheindemokratie fürchten, solchen Gefahren mit aller Anstrengung vorzubeugen.

Der Widerstand gegen die kommende Demokratisierung ist vergeblich. Das indirekte und das öffentliche Wahlverfahren sind auch in Preußen abgetan. Der Kampf geht nur noch gegen das gleiche Wahlrecht. Aber auch dieser Kampf kann nicht anders als mit dem Sieg enden. Gesetzt den Fall, es gelänge dem jetzigen Abgeordnetenhaus wirklich das gleiche Wahlrecht in irgendeiner Weise zu vereiteln, so käme es im neuen Abgeordnetenhaus, das sicher eine Zusammensetzung haben wird, die dem gleichen Wahlrecht günstiger ist als das jetzige, sofort zu einem neuen Kampf für das selbe gleiche Wahlrecht. Das würde insbesondere auch dann der Fall sein, wenn man jetzt ein irgendwie beschaffenes Pluralwahlrecht einführt. Jedes Pluralwahlrecht bietet der stärksten Kritik Raum. Es ist keines denkbar, das nicht als äußerst ungerecht erwiesen werden kann. Jede Mehrstimme, die aus irgendeinem Grund gegeben wird, macht hundert andere Gründe lebendig, die dann ebenfalls für eine Mehrstimme ein Fundament bieten

können. Die Verschiedenheit der Qualität der Wähler hat darin ihren Ausdruck zu finden, daß es dem klügern und größerdenkenden Wähler gelingt sich zum Führer der anderen Wähler zu machen. Welch ein Mangel an Vertrauen zu den Volkskräften in manchen Schichten immer noch herrscht, zeigt ein Vortrag, den ein Herr Leo Wegener (Posen) kürzlich gehalten hat. Dieser Redner führte nach dem Bericht der Post unter anderm folgendes aus:

Was versteht denn Wilson unter Demokratie? Herrschaft der Massen! Durch die Wahlstimme jedes einzelnen soll der Wille des Volkes kundgetan werden. Man setzt also an Stelle der Qualität die Quantität. Aber Wahlen kosten fürchterliche Gelder, in demokratischen Ländern am meisten. Also entscheidet doch eigentlich nicht der Wille des einzelnen, des Volkes, sondern der Wille der reichen Leute, die die Gelder dafür hergeben und den einzelnen Mann bearbeiten lassen. Es werden also mit anderen Worten in einer Demokratie die Vertreter der Reichen gewählt, aus denen das Staatsoberhaupt sich dann allein seine Minister wählen muß. Das heißt, es darf die Auswahl nur zwischen 10 bis 20 Männern treffen.«

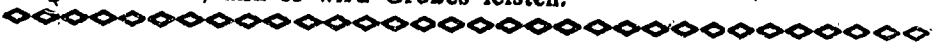
Die so urteilen, haben immer nur einen bildungslosen, jedes grundsätzlichen Halts entbehrenden Wahlpöbel im Auge: eine denkbar trostlose Auffassung, die freilich in schärfstem Gegensatz zu unserer zukunftsreichen Anschauung von der nützlichen Mitwirkung des ganzen Volkes an der Schaffung des Gemeinwohls steht. Von den Urwählern, die sich 1908 an der Landtagswahl beteiligten, stimmten für die Sozialdemokratie 28,38 %, für das Zentrum 16,53 %, für die Konservativen (nebst Bund der Landwirte und Antisemiten) 15,45 %, für die Nationalliberalen 13,56 %, für die Polen und Dänen 7,89 %, für die Fortschrittliche Volkspartei 6,72 %, für die Freikonservativen 2 %. Bei einem gleichen Wahlrecht (allerdings einem völlig gleichen, wie es nur das Proportionalwahlssystem gewährleisten kann) hätten danach erhalten müssen: die Sozialdemokraten 125 Abgeordnete (statt 10, die sie jetzt haben), das Zentrum 73 (statt 103), die Konservativen und ihr Anhang 69 (statt 149), die Nationalliberalen 60 (statt 73), die Polen und Dänen 35 (statt 14), die Fortschrittliche Volkspartei 30 (statt 40), die Freikonservativen 9 (statt 54). Glaubt man, die 125 Sozialdemokraten würden ihr Land und ihr Volk zugrunde richten? In Wahrheit werden sie, je größer ihre Zahl wird, um so weniger sich mit bloßer Kritik begnügen dürfen; denn um so mehr wird das Volk von ihnen greifbare Leistungen fordern.

Die Gegner der Demokratie werden die gegen sie gerichtete Agitation nicht los, sie haben mit dauernder Befehdung wegen des fehlenden gleichen Wahlrechts zu tun, und die Wähler werden sich dauernd nach dieser Agitation orientieren. Das aber ist die noch schlimmere Folge, daß die unbefriedigte Demokratie, anstatt sich allein auf die positiven Aufgaben zu werfen, die die Bedürfnisse von Staat und Gesellschaft stellen, immer wieder einen erheblichen Teil ihrer Kraft mit der Kritik des unzulänglichen Wahlrechts und seiner Folgen verbraucht. Man gebe das volle demokratische Wahlrecht und übe darn die ganze Macht gesunder Kritik an dem, was auf seiner Grundlage noch an Unvollkommenheiten erwächst. Dann wird man, wenn diese Formfrage erst einmal erledigt ist (und das Wahlrecht bedeutet doch immer nur die Form, in der Politik wirksam wird, nicht diese selbst), endlich an den Inhalt der Politik gehen können. Die politischen Aufgaben, die dem deutschen Volk bei dem Wiederaufbau und Neuaufbau seiner Volkswirtschaft nach dem Krieg erwachsen, sind riesengroß. In ganz anderer Weise als bisher wird die Wirtschaftspolitik sich als der eigent-

liche Kern jeder Politik erweisen. Das ganze Volk wird lernen müssen das Entscheidende seines Lebens in der Produktion zu suchen. Vor das Recht auf den Verbrauch wird sich die Pflicht zur Erzeugung stellen. Das Produktionsinteresse wird mit dem Volksinteresse identisch, der Produzentenstandpunkt wird zum nationalen Standpunkt überhaupt. Um die schaffenden Kräfte des Volksganzen in Bewegung zu setzen und zu erhalten, bedarf es aber des Bewußtseins jedes einzelnen, daß von ihm, von seiner Mitwirkung der Bestand des Ganzen abhängt. Wie ist solches Bewußtsein möglich, wenn nicht auf der Grundlage des gleichen Grundrechts?

Leider fehlt das uneingeschränkte Vertrauen zur Demokratie auch noch der jetzigen Regierung, dieser ersten deutschen Regierung, die unter gewissen parlamentarischen Voraussetzungen zustande kam, und die man schon als eine parlamentarische Regierung bezeichnet hat. Hätte sie dieses Vertrauen, so würde sie nicht den Versuch machen den Volkswillen durch neue Etatsrechte des Herrenhauses zu lähmen und der Bureaukratie das Recht zu geben bei mangelnder Einigkeit zwischen den beiden Häusern nach dem alten Etat, das heißt in Wahrheit ohne Volksvertretung, zu regieren. Man braucht durchaus kein prinzipieller Gegner einer Ersten Kammer zu sein. Es wäre sogar ein Oberhaus denkbar, das bestimmte und sehr nützliche Funktionen im Staatsorganismus auszuüben hätte. Man könnte ein solches Haus auf der Grundlage der Berufsgliederung errichten, als Vertretung der nationalen Produktion. Die Erste Kammer nach wirtschaftlicher Leistung, die Zweite Kammer nach politischer Gesinnung zusammengesetzt: ein solches Parlament könnte eine wahre Widerspiegelung des Volkes und seiner Kräfte sein. Aber auch dann dürfte die Erste Kammer nur gutachtlich gehört werden, sie dürfte nur kontrollierend und ausgleichend wirken, also nur ein suspensives Veto haben. Die endgültige Entscheidung müßte in der gewählten Volksvertretung liegen.

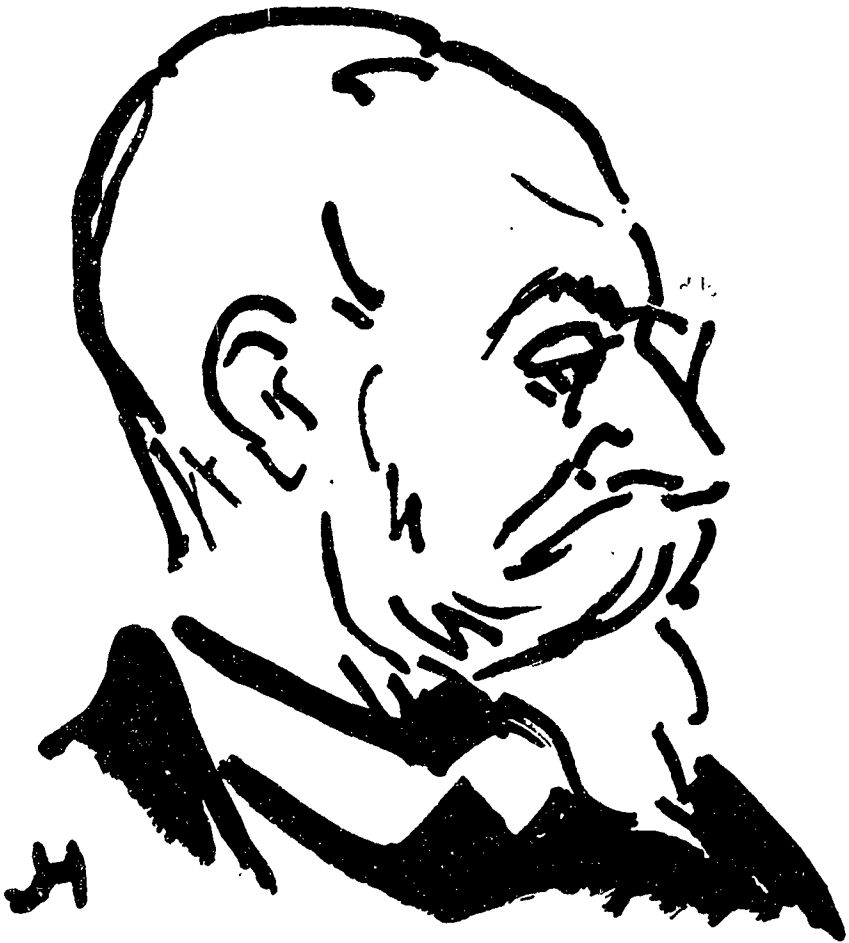
Die Zeit ist furchtbar ernst, die größten Entscheidungen unseres Volkes und unseres Erdteils stehen auf dem Spiel. Da muß uns das höchste Gebot die Erweckung alles dessen sein, was im Volk an Kräften und Möglichkeiten schlummert. Es ist ein gefährliches Spiel, das jetzt im preußischen Landtag gespielt wird. Die Beratungen in der Wahlrechtskommission nehmen einen Verlauf, der deutlich zeigt, daß diejenigen, die an dem jetzigen ungleichen Wahlrecht interessiert sind (oder es zu sein glauben), an ihrem vermeintlichen Besitz zäh festhalten und durch formale Kniffe und Pfliffe die Gleichheit des Wahlrechts verhindern wollen. Ein überaus kleinlicher Zug charakterisiert diese Bemühungen. Sie müssen im Endergebnis zu einem Mißerfolg führen, selbst wenn es den geschäftsgewandten Parlamentariern gelingen sollte diese Wahlrechtsvorlage ihres eigentlichen Sinns zu berauben. Sind sich die Abgeordneten, die danach streben, auch dessen bewußt, welche Verantwortung sie übernehmen, welche Folgen sie heraufbeschwören? Sie bereiten neuen und gänzlich unnützen Kampf vor, der doch nur einen Verlust an Energie für das Volksganze bedeutet. Wir brauchen im Staat, um leben zu können, um nicht unterzugehen, alle unsere Kräfte für die Lösung der schwierigsten Aufgaben, die wohl je Völkern gestellt worden sind. Man lasse unser Volk im Staat arbeiten, man gebe ihm zu der ganzen Last auch die ganze Macht, und es wird Großes leisten.



## KARL LEUTHNER · ENGELBERT PERNERSTORFER

**I**ST es nicht ein verwegener und vergeblicher Versuch Engelbert Pernerstorfer, den erst vor wenigen Tagen der Tod uns entrissen, aus solcher zeitlichen und persönlichen Nähe einen Nachruf zu schreiben, der mehr sein möchte als eine Gedenkrede der verehrenden Freundschaft? Vor allem sei das Persönliche möglichst ferngehalten, gerade weil Pernerstorfers hervorstechende, stark geprägte, unverwischbar eigene Artung fast unwiderstehlich dazu drängt bei seiner edlen und hohen Besonderheit, bei seinen teuren, unvergeßlichen Persönlichkeitszügen liebend zu verweilen. Allein wie gern unsere physiognomielose und eben deshalb individualitätslüsterne Zeit Goethes »höchstes Glück der Erdenkinder« auszuruhen pflegt, so schließt doch die einseitige Hervorhebung des Persönlichen in der politischen Welt der bevorzugten, heilig gesprochenen Sachlichkeiten die Gefahr in sich, daß bei aller gnädigen Anerkennung des Bedeutungsvoll-Persönlichen die Leistung des Mannes, sein Lebenswerk, die Vergegenständlichung seiner Tätigkeit in zeitüberdauernden Nachwirkungen bei der Wertung zu kurz kommen. War Pernerstorfer bloß ein über den Durchschnitt hinausgehobener Mensch, etwa gar bloß eine Verbindung von Begabtheit und anziehendem Wesen, oder hallt sein Tun in der Gestaltung der deutschösterreichischen Arbeiterbewegung nach, war er wie jeder hervorragende Mensch Abbild seiner Zeit und Abriß seiner Volks- oder Stammesgeschichte?

Nur kurz wollen wir bei dem äußern Hergang seines Lebens verweilen. Als Sohn eines kleinen Schneidermeisters, der früh verstarb, in Armut geboren am 27. April 1850, arbeitete er sich am Gymnasium und an der Universität durch und fand eine erste Lebensstellung als Mittelschullehrer. Wichtiger für sein Leben wurde aber, daß er frühzeitig von den Hochschuljahren an und tief und ernsthaft an den politischen Bewegungen der Zeit teilnahm. Die aus Deutschland herüberströmenden Ideen, die Stimmung des Krieges von 1870-1871, die innerpolitischen Schicksale Deutsch Österreichs, Macht und Zerfall der deutschliberalen Partei, das 14 Jahre währende slawisch-konservative Taafferegime waren die Bedingungen der politischen Umwelt. Er lernte mit 18 Jahren die Lassalleschen Schriften kennen, hielt schon als Hörer der Universität in Arbeitervereinen Vorträge, nahm dann an der Schilderhebung des nationalen, demokratischen und sozialreformerischen Flügels der Liberalen hervorragend teil, in Verbindung mit Männern, die wie Viktor Adler, Steinwender, Schönerer und andere als Parteiführer später alle eine vortretende Rolle spielten. Es ist ein wundersames Geschick, daß an der Wiege der deutschnationalen Bewegung zwei Männer standen, von denen der eine nachher der Gründer, der andere der Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie in Österreich werden sollte. Dem Deutschen Klub dienten die Deutschen Worte von 1881 bis 1884 als Organ, und Pernerstorfer war ihr Redakteur, bis die Umwendung der Schönerianer ins Antisemitische ihn mit seinem Blatt abschwenken und eigene Bahnen ziehen ließ. Als 1885 Pernerstorfer in Wiener Neustadt halb durch seine Redekraft halb durch Zufall ein Reichsratsmandat errang, war er als Demokrat, Deutschnationaler und Sozialist im Parlament wahrhaft der einzige seiner Art. 12 Jahre vergingen von da bis zu dem förmlichen Eintritt in die Partei, von der ihn zunächst eine andere Auffassung der nationalen und Klassen-



kampffragen geschieden hatte. Aber nicht nur, daß sich seine Ansichten denen der Partei rasch näherten, seinem Tun nach gehörte er ihr seit ihrer Neube-gründung völlig an. Ja, er war in jenen Zeiten, da den Arbeitern das Wahl-recht den Reichsrat verschloß, ihr Gesamtvertreter im Parlament, Sprecher und Anwalt auch des nichtdeutschen Proletariats: in den Stürmen, die zwis-chen 1893 und 1896 die Taaffesche Wahlreform entfesselt hatte, der parla-mentarische Vorkämpfer der Partei. Von seinem offiziellen Anschluß 1897 ab Mitredakteur der Arbeiterzeitung, Mitglied der Parteileitung, seit 1900 wieder Abgeordneter, seit 1907 Vizepräsident des Reichsrats, Vertreter der Partei auf allen internationalen, Vorsitzender aller heimischen Parteitage, genoß Pernerstorfer sämtliche höchste Ehren, die die Arbeiterschaft zu ver-geben hat und die dem Grad und der Art seiner Wirksamkeit entsprachen.

Er hatte eine Ausnahmestellung: so pflegte man von ihm in der Partei zu sagen, und so klang es noch in den Nachrufen aus. Das sollte eine ehrende Auszeichnung und zugleich vielleicht auch eine Entschuldigung sein für manches, worin er abwich und was man gerade ihm zugute hielt. In der Tat, es war ein ungewöhnlicher, unwiederholter Fall, daß einer in die Reihen unserer Partei eintrat, als er schon Jahre hindurch, ohne durch ein äußeres Band verknüpft zu sein, einer ihrer wichtigsten Mitkämpfer gewesen. Doch



sprach sich hierin nicht bloß ein persönliches Geschick aus. In dem Bild eines individuellen Handelns und Geschehens zusammengedrängt, spiegelt sich in Pernerstorfers Verhältnis zur Arbeiterbewegung das Schicksal der modernen politischen Strömungen wider, die in Deutsch Österreich wie in anderen Ländern innerhalb des Bürgertums und Kleinbürgertums ans Licht zu dringen strebten. Sie wirkten national, sozial, demokratisch, religiös-freigeistig oder auch antisemitisch, agrarisch, Christentum und Sozialismus vermählend, entweder mit unwandelnder Kraft auf die bestehenden liberalen, konservativen und klerikalen Richtungen oder flossen im selbstgegrabenen Bett. Aber in unserm Staat mußte alles dies verkümmern und versickern. Wir sind 10 Millionen Deutsche; jenseits ihrer Sprachgrenzen beginnt auch innerhalb des Staates das nationale, kulturelle, geistige und parteipolitische Ausland, kein Hinüber und Herüber von Volk zu Volk, in jedem durchaus selbständige Parteibildungen, ein ganz abweichender Gang von Geist und Kultur. So ist es ein kläglich enger Raum mit einer einzigen wirklich großen Stadt. Es fehlt das Wirkungs-, das Verbreitungsfeld. Der nationale Lebenskampf in den gemischtsprachigen Ländern, der breitgelagerte Klerikalismus der bäuerlichen Alpenländer und dann Wien, das staatlich die Hauptstadt zu sein scheint, kulturell und parteipolitisch aber bloß die größte deutsche Stadt ist, sogar ohne führende und beispielgebende Macht im eigenen Volk. Was Masse braucht, in die Provinz dringen will, muß in die Enge der Landesstreitigkeiten sich bücken oder dem Klerikalismus sich anschmiegen. In der Hauptstadt erstickt alles daran, daß es Bedeutung sich anmaßt für den ganzen Staat, aber in Wahrheit nicht einmal lebendig zu werden vermag im eigenen Volk. So wird jede Idee, jede Bestrebung zur Europa oder Deutschland nachgeplapperten Phrase ohne Widerhall der Macht. Sobald sie aus den Köpfen der Ergriffenen in die Wirklichkeit des Handelns sich umsetzen möchte, sobald sie Menschen und Anhänger wirbt: aufgeblasenes Vereinsgetue, Vortäuschen eines nirgends existierenden Österreichs, das in Wahrheit nur Wien oder Wiener Kaffeehaus ist, Untergang in Frivolität und Phrase. An solcher traurigen Umwelt, die uns die Losgliederung von der deutschen Volksgesamtheit geschaffen hat, ist das Traurigste, daß sie von den meisten gar nicht empfunden wird, daß sie innen Unwahrheit oder Enge geworden ist, wie es das äußere Wirkungsfeld heischt.

Wie kann diese scheinbar unüberwindliche Schranke nun doch niedergelegt werden? Soweit ich sehe, ist es nur einem innerhalb des deutschen Bürgertums gelungen: Engelbert Pernerstorfer. Die Gabe des Worts und die Begnadung des ihm so holden Glücks verliehen ihm ein persönliches Mandat, ermöglichten ihm seinen Gedanken und Strebungen treu zu bleiben, obwohl das, was ihnen erst Körper leiht, die Anhänger, die Träger, mitgehende Volksteile fehlten. Weil aber dieses persönliche Mandat von einer niederösterreichischen Kleinstadt herrührte, mußte es weder in die Gemeinschaft des Wiener Demagogentreibens noch in die Kleinheit des nationalen Schutzgetriebes hinab. So konnte Pernerstorfer ein nationaler und sozialer Freiheitskämpfer in einem Lebenskreis sein, in dem das Nationale sich bald von dem Freiheitlichen löste und das Soziale in Antisemitismus und Klerikalismus versank. Dies, aber noch mehr der Kampf gegen die damals noch ungeschmälerte Bachsche Erbschaft einer brutal-dummen Bürokratenwillkür,

die einem slawisch-konservativen Regime diene, führte ihn auf verwandten Bahnen mit der neu sich ordnenden Arbeiterbewegung zusammen; aus der feurig-persönlichen Art seines parlamentarischen Kampfes wie aus der vor allem in der Arbeiterzeitung ausgebildeten Technik höhrender und strafender Bloßstellung bildete sich die Kraft, die zuerst die Beamtenherrlichkeit einschränkte, dann beugte, bis die nationalen Wirbelstürme den ganzen Beamtenstaat niederrissen. So hatten, als Pernerstorfer in die Sozialdemokratie eingekehrt war, zahlreiche kleinere und größere Erfolge das Bündnis des Mannes mit der Partei längst segensreich gestaltet. Doch sein förmlicher Übertritt, schon früher die Tatsache, daß sein Tun vorwiegend im Strom unserer Bewegung floß, lieferten den Beweis, wie außerhalb der Sozialdemokratie bei der Kleinheit der deutschen Dinge in Österreich für Gesinnungen und Wallungen seiner Art nirgends ein Betätigungsraum war, mochten sie nicht in Vereinsmeierei oder in Projektmacherei versanden, drängten sie zu fruchtbarer Tat. Auch dieser von Glück Begnadete, der allein als einzelner ein Wirkender sein konnte, ging auf der Höhe des Lebens dort ein, wo andere mit verwandten Idealen in der Jugend Anhalt und Wirkungskreis gefunden hatten. Doch was er von seinem Umweg als Besonderes mitbrachte, das war, obschon man es meist nicht Wort haben will, der Sozialdemokratie keineswegs fremdartig. Nicht nur war ihr eigentlicher Gründer und sein Schulgenosse und Freund Adler ein ziemliches Stück den gleichen Weg der Gesinnungen und Gedanken gewandelt: Pernerstorfers Deutschheit und sein darauf gegründetes Europäertum fand in der deutschen Sozialdemokratie Österreichs, nur aus anderen Ursprüngen herrührend, die gleiche Wesensgrundlage vor. Würde man, wie es die Vernunft geböte, den Grad der Deutschheit einer deutschösterreichischen Partei nach dem Maß des Miterlebens der gesamtdeutschen Dinge bestimmen, und nicht nach dem Hitzegrad des Streites mit den anderen Völkern, so stünde die deutsche Sozialdemokratie Österreichs voran, ja sie stünde, die Gelehrtenkreise und gewisse ideelle Vereinigungen mitgerechnet, nahezu allein da. Denn für sie hat jederzeit die 1866 willkürlich durch den deutschen Leib gezogene Grenze am wenigsten bedeutet, sie hat das wichtige Stück deutschen Volks- und Kulturlebens, das Sozialismus heißt, als ein Gemeingut stets empfunden und gehegt, mit gemeinsamen Stiftern, Heroen und Zielen, hat in Gewerkschaft, Genossenschaft und Volksbildung die engsten Beziehungen unterhalten. Sie war am wenigsten nur österreichisch sondern zugleich gemeindeutsch und mit der gemeindeutschen Bewegung europäisch. Mochte man das Nationale ablehnen: was Pernerstorfer mit Betonung war, war man ohne Betonung, ja oft mit irrender Hervorhebung des Gegenteils, war es aber doch.

Pernerstorfers nationale Gesinnung ist die Legende um seinen Namen, das Licht, das ihn auch in der Ferne noch sichtbar machte. Doch was war es damit? Nie hatte sein Nationalismus das geringste mit Chauvinismus gemein, nie war er ein Herrschafts- und sicherlich weniger ein politischer als ein Kulturgedanke. Sein Nationalismus war verbunden mit dem zartesten Empfinden für die Rechte anderer Völker; das bildete das moderne sozialistische Zeitgefühl darin; doch er hatte, wie es der tiefen Wesensart Pernerstorfers entsprach, seine besten Säfte aus der Geschichte des eigenen engern Stammes gesogen. Man muß sich, wenn dies reichsdeutsche Staatsnationalisten noch vermögen, in die Zeit zurückversetzen, da das Trümmer-

feld der deutschen Welt am meisten noch durch das Bewußtsein gemeinsamer Gesinnung und Sprache, eines gemeinsamen Literatur- und Wissensschatzes zusammengehalten wurde; man muß sich überdies vorstellen, wie lebhaft dieses Bewußtsein in den Köpfen und Herzen solcher Deutschösterreicher sprach, die eine 200jährige jesuitische Absperrung von deutschem Gemeinschaftsleben in glühendem Hinstreben zu allem deutschen Gedanken- und Phantasiebesitz für ihre eigene Person gutzumachen suchten. Hier ist die Weite des Pernerstorferschen Nationalismus, hier ist seine brennende Leidenschaft entsprungen. Und Weimar war die eigentliche Hauptstadt seines Deutschtums, die deutsche Seelenheimat wuchs in ihm von den Minnesängern bis zu den Dichtern unserer Tage, von Luther bis Nietzsche. Traf aber in diesem Punkt Pernerstorfers Art nicht wieder mit dem zusammen, was für die Arbeiter, deren Leben in Erkennen und höherm Empfinden an die Muttersprache ausschließlich gebunden ist, geistige Notwendigkeit wird? Darum hat alles Gerede über Pernerstorfers Nationalismus die Arbeiter nie beirrt die Gaben der deutschen Kultur am liebsten aus seiner kundigen Hand zu empfangen. Unsere Bildungsbestrebungen, die, mit dem Auge der Geschichte betrachtet, nichts sind als Angliederung der Massen an die Nationalkultur, hatten in ihm den lebenden Mittelpunkt, weil der reine Sinn für das dichterisch Schöne, die Begeisterung für die deutsche Gedankenwelt, die deutsche Geschichte in seiner Brust nie veraltete, und ihr an Schiller, Goethe und Kant entzündetes Licht heilig hegte bis zum letzten Erlöschen im Todeskampf.

Nun war Pernerstorfer Politiker und brachte sein deutsch gerichtetes Wesen in die Politik mit. Er wäre immerhin, in die polnische oder in die tschechische Sozialdemokratie versetzt, der national blasseste seiner Genossen gewesen. Kam gleichwohl stets sein wie ihr Nationalismus im eigenen Volk zur Erörterung, so teilte er eben das Mißgeschick aller, die in unserer, am wenigsten von allen europäischen politisierten Nation wirken. Was ihm aber tadelnd als unverfälschter Internationalismus in den Weg trat, das war zudem nicht immer dem übernationalen Gedanken entströmt, sehr häufig entstammte es der unternationalen Rückständigkeit des Wienertums, die sich bloß mit hochtrabenden Redensarten aufputzte, in ihrer einfachen Ursprünglichkeit jedoch die unvertilgbaren Spuren jener 200jährigen Ausschließung von deutschem Geistesleben trägt. Gegen dieses Banausentum, das im Namen der Welt redet, während seine wirkliche Welt an der Stadtgrenze ein Ende hat, entbrannte Pernerstorfers Zorn immer innerhalb und außerhalb der Partei. War doch einer der letzten und wirkungsvollsten Artikel, die er für das reichsdeutsche Publikum geschrieben, die Antwort, die er auf Bahrs österreichische Seelenergüsse gab, Ergüsse eines Österreichtums, das seine Beglaubigung aus dem schönsten Verleugnen des eigenen Volkes entnimmt und in dem Tun der nichtdeutschen Mehrheit den höhnischsten Widerspruch zu der Gesamtstaatsidee erfährt.

Indes, mit dem Nationalismus war der Revisionismus Pernerstorfers (wie er in seinen in den Sozialistischen Monatsheften veröffentlichten Artikeln zutage trat) der gleichen tiefen Wurzel der Persönlichkeit entwachsen. Er floß aus keinem System oder Gegensystem, nicht einmal aus einer folgerichtig durchgeführten Polemik her. Pernerstorfers freiem und großem Sein waren Zwang der Geister und Verketterungssucht, in allen Formen und wo er sie

traf, unerträglich und Gift der Seele. Ihm bedeutete die Sozialdemokratie, der Befreiungskampf des arbeitenden Volkes, die große Angelegenheit seines Lebens; aber alles, das Geistigste und Individuellste mit, durch die Partei-brille sehen mochte und vermochte er nicht. Und deshalb nannte man ihn einen Revisionisten. Doch wie sein, die Kenntnis und Schätzung aller Literaturen umspannendes Europäertum derer lachen durfte, die aus ihrer Enge heraus seinen Nationalismus hämisch bemäkelten, so hat ihn keiner an echter Liebe zu dem arbeitenden Volk, keiner an hochbeschwingter Hoffnung für dessen Zukunft übertroffen.

## ALFRED MOEGLICH · EINE VERKÜMMERTE WURZEL DES SOZIALISMUS



US zwei Quellen fließt der Marxismus, wie man die Weltanschauung des organisierten Proletariats kurz zu nennen pflegt und nennen darf: aus der Nationalökonomie und aus der Philosophie. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum ihn einseitig nur als wirtschaftliches Problem aufzufassen. Die Schöpfer der Sozialdemokratie, Marx und Lassalle, gingen von der Philosophie aus und stießen bei ihrem Schürfen nach Wahrheit erst später auf die ökonomischen Triebkräfte als die Grundelemente alles gesellschaftlichen Weltbegreifens. Auf diese fiel dann auch das Hauptgewicht. Das philosophische Element wurde in der Praxis des werdenden Sozialismus immer mehr zurückgedrängt, und so ist es bis auf den heutigen Tag geblieben.

Das müßte um so mehr befremden, als Marx selber von der hohen, ja entscheidenden Bedeutung der Philosophie für die Sache des Proletariats völlig überzeugt war. Schon 1844 schrieb er das treffende Wort, das wie ein Programm klingt: »Das Herz dieser Emanzipation [des Menschen] ist das Proletariat, ihr Kopf die Philosophie.« Hier »findet das Proletariat seine geistigen Waffen«. Diese Anschauung muß bei einem so eminent philosophischen Kopf wie Marx als selbstverständlich erscheinen. Die innersten Regungen seines Denkens trieben ihn schon als Jüngling zur Philosophie. Als er 1836 nach Berlin ging, um Rechtswissenschaft zu studieren (die Jurisprudenz war für ihn, den Sohn eines Advokaten, ein selbstverständliches Muß, wie er in seinem Brief vom 10. November 1837 bekannte), war es doch vor allem die Philosophie, mit der er den »Drang zu ringen« fühlte. Als 18jähriger entwarf er ein ganzes System der Rechtsphilosophie, und mit Rutenberg und Bruno Bauer war er einer der eifrigsten Teilnehmer an dem sogenannten **Doktorclub**, der leidenschaftlich die philosophischen Gegenwartsprobleme diskutierte. In einem größern rein philosophischen Werk beabsichtigte er »den Zyklus der epikureischen, stoischen und skeptischen Philosophie in ihrem Zusammenhange mit der ganzen griechischen Spekulation« ausführlich darzustellen, und es ist bezeichnend, daß seine Doktorarbeit vom Jahr 1841 den Titel *Differenz der demokratischen und epikureischen Naturphilosophie* trug. Seine Absicht war sich in Bonn oder Berlin als Privatdozent der Philosophie niederzulassen. Aber an dem Schicksal seines Freundes Bruno Bauer erkannte er nur zu bald, daß es in dem damaligen Deutschland mit der Freiheit des Philosophierens vorbei war: Der Privatdozent Bauer wurde 1842 wegen seiner revolutionären Kritik der Evangelien aus seiner

Stellung entfernt. Damit waren die philosophischen Berufspläne des jungen Marx ein für allemal erledigt. Wenn er sich nun auch in den Kampf gegen die politischen Mächte warf, die Deutschland zu einem der dunkelsten Teile Europas herabwürdigten: Philosoph ist er immer geblieben, und seine philosophische Schulung ermöglichte ihm nicht nur die Bahn des tiefgründigen Pfadfinders, der er wurde, sie lehrte ihn auch erkennen, welche gewaltigen Triebkräfte in der philosophischen Denkarbeit ruhen, aber auch, daß diese Triebkräfte in den Dienst der proletarischen Befreiungsarbeit gestellt werden müßten. Marx' gewaltige nationalökonomische Lebensarbeit ließ ihn nicht dazu kommen auch nach dieser Richtung das zu tun, was hätte getan werden müssen. Der ungestüme Gang der proletarischen Entwicklung, die von allen Seiten neu anstürmenden politisch-wirtschaftlichen Ereignisse ließen die eine der beiden Lebenswurzeln des Sozialismus verkümmern.

Philosophie die »geistige Waffe« des Proletariats: Wenn diese Marx'sche Ansicht richtig ist, dann müßte die Philosophie im heutigen Leben der Partei eine ganz andere Rolle spielen als das tatsächlich der Fall ist. So weit wir uns umsehen, müssen wir erkennen, daß die Philosophie zu einem richtigen Stiefkind innerhalb der Parteiarbeit herabgesunken ist, so sehr, daß L. Woltmann den schweren Vorwurf erheben zu dürfen meinte, die heutige Sozialdemokratie habe »alles Verständnis für die sittlich-geistigen Werte der Vergangenheit und für die in ihnen schlummernden Kulturkräfte verloren«. In der Tat sind eingehende philosophische Auseinandersetzungen in der Partei eine große Seltenheit, wenn wir von dem Streit um die Bedeutung Kants für den Sozialismus absehen, der von dem Revisionismus entfacht wurde, seine Wellen bis in den Hannoverschen Parteitag /1899/ warf und dann in den Zeitschriften fortgeführt wurde. Liegt das nur daran, daß die Philosophie ihrem Wesen nach dazu verurteilt sein soll stets eine *unpopuläre* Wissenschaft zu bleiben? Woraus erklärt es sich aber, daß einerseits der Streit um Kant weite Kreise fesseln konnte, und daß andererseits nicht nur Engels' kleine Schrift Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie (mit den monumentalen Schlußthesen Marx' über Feuerbach) ungewöhnlich viele Leser fand, sondern auch philosophische Bücher (allerdings meist nur popularphilosophische von bedenklicher *Aufklärungstendenz*) in Arbeiterkreisen auf das größte Interesse stießen? Trotzdem ist in den Lehrkursen der Organisationen von Philosophie kaum die Rede. Die philosophische Literatur der Sozialdemokratie ist, von etlichen Gelegenheitschriften abgesehen, von einer geradezu befremdlichen Armut. In den Parteibibliotheken kann man die vorhandenen philosophischen Werke an den Fingern herzählen. Unsere Bibliothekare wissen es nur zu genau, daß sie die nicht wenigen, philosophisch interessierten Genossen gewöhnlich nicht befriedigen können, und fühlen mit Beschämung diese Situation. Da werden schließlich den Suchenden recht minderwertige Verlegenheitsstücke in die Hand gedrückt, bestenfalls etwa Schweglers Geschichte der Philosophie oder Haeckels Welträtsel: also alles andere als Literatur in wirklich Marx'schem Sinn; im Gegenteil gerade jene Geistesgattung, die schuld daran ist, daß die Marx'sche ökonomische Geschichtsbetrachtung (allerdings infolge ihres irreführenden Namens) als etwas dem naturwissenschaftlichen Materialismus oder Monismus Gleichlaufendes angesehen wurde.

Sollen noch Tatsachen für diesen Tiefstand der Philosophie in der Partei,

für die allgemeine Geringschätzung des philosophischen Elements in der Parteiarbeit angeführt werden? Die wenigen philosophischen Schriftsteller in der Partei wissen, wie wenig Gegenliebe sie mit ihren Arbeiten, mögen sie noch so gemeinverständlich angelegt sein, bei den Redaktionen der meisten Parteiblätter finden. Dieser Zustand muß, wenn er noch lange derart fortbesteht, verhängnisvoll werden, wenn er nicht schon verhängnisvoll geworden ist. Es ist bezeichnend, daß seine Tragweite in der Partei auch nicht annähernd erkannt wird, während sogenannte bürgerliche Denker sich immer wieder über diese Verkümmernng einer der sozialistischen Hauptwurzeln auslassen. So legt Masaryk in seinen Grundlagen des Marxismus dar, daß »die Frage nach dem Sinn der Geschichte und des gesellschaftlichen Lebens konsequentermaßen zur Frage nach dem Sinn der Welt und des Lebens überhaupt führt. Diese philosophische Orientierung im Strome der historischen Entwicklung ist notwendig für die Theorie wie für die Praxis.« Und Windelband weist in seiner Philosophie im deutschen Geistesleben des 19. Jahrhunderts, nachdem er die Atmosphäre der Gegenwart als den »Typus des industriellen Daseins« gekennzeichnet, darauf hin, daß heute Hegels Wort »Die Massen avancieren!« zur Wahrheit geworden sei. Sie seien in die historische Bewegung eingetreten, die sich früher in der Hauptsache über ihnen, in einer dünnen Oberschicht abgespielt hatte. »Nicht nur in der politischen Entwicklung sondern auch auf allen Gebieten der geistigen Geschichte macht sich der Anspruch der Massen in dem selben Grade geltend wie auf dem ökonomischen. Alle Schichten des sozialen Körpers verlangen mit allem Ernst und aller Energie ihren vollen Anteil an allen Gütern der Gesellschaft, den geistigen wie den materiellen. . . Damit hat unser ganzes Leben eine völlig veränderte Prägung erhalten.« Einige Seiten weiter schlägt Windelband noch einmal dieses Thema an, das ihn in seiner innern wie äußern Großartigkeit offenbar fesselt: »Während zum Teil die oberen Schichten sich bildungsmüde zeigen, bricht in unseren Tagen aus den unteren Schichten der Gesellschaft ein mächtiges Bildungsbedürfnis hervor. Auch hier avancieren die Massen. Auch sie haben begriffen, daß Wissen Macht ist, und sie wollen an dieser Macht Anteil haben wie an jeder andern.«

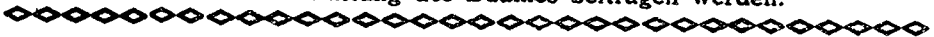
Wenn dieses Bildungsbedürfnis da ist, wenn es sich nicht nur auf die Erlangung naturwissenschaftlicher oder technischer oder historischer Kenntnisse beschränkt, sondern auch, wie Masaryk meint, »konsequentermaßen« an den philosophischen Grundfragen rührt, dann ist es zunächst unsere Aufgabe dies Bedürfnis in einer Weise zu befriedigen, die in unserm Gedankenkreis, in unserer Ideenwelt liegt. Wir müssen durch die Tat beweisen, daß die Besorgnisse aller derjenigen, die aus dem Eintritt der Volksmassen in die Welt des Denkens für den Bestand eben jener Welt große Gefahren erblicken, hinfällig sind und nur einem Mangel an Vorstellungskraft entspringen. Solche Besorgnisse werden in der Tat von manchen jetzt gehegt. Der eben zitierte Windelband zum Beispiel, in seiner vollen Erkenntnis des Bildungshungers und Machtbegehrens der Massen, nennt doch diese Entwicklung eine »Nivellierung der historischen Unterschiede« und spricht mit Bangen von einer kommenden »Uniformität des Daseins«, wie sie kein früheres Zeitalter gekannt habe. Und er fürchtet, »daß wir damit das Höchste einbüßen, was eigentlich erst Kultur und Geschichte ausmacht und zu allen Zeiten ausgemacht hat: Persönlichkeitsleben«. Eine Schlußfolgerung, die uns ganz ab-

surd vorkommt und nur aus einer gewissen Eingeengtheit der Phantasie infolge der gesellschaftlichen Schichtung erklärt werden kann. Jeder unter uns kommt doch zu dem gegenteiligen Schluß: nämlich zu der Auffassung, daß die Entwicklung, die das Proletariat seiner Erlösung entgegenführt, jedem Menschenkind, auch dem letzten und ärmsten, erst wahres »Persönlichkeitsleben« ermöglichen wird.

Um zum vollen Bewußtsein seiner Persönlichkeit zu kommen, ist notwendige Voraussetzung, daß dem Menschen eine wirkliche Weltanschauung innewohnt. Das aber ist Philosophie. Sie ist und bleibt Wurzel und Krone des Marxismus. Ohne sie bekommen die Massen nicht den rechten Begriff von der Richtung, in der sie marschieren müssen, nicht die seelenstärkende Klarheit über den Sinn des Lebens und der Welt. »Sobald der Blitz des Gedankens«, schrieb Marx, »in diesen naiven Volksboden, das Proletariat, eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehen.« Wo der Blitz des Gedankens noch nicht eingeschlagen ist; wo unphilosophische Köpfe das große Wort führen, da wird das Individuum immer nur ein halber Mensch, bestenfalls ein schwärmender Träumer bleiben. Wäre unsere philosophische Schulung besser, wären die Köpfe an ein strengeres Denken gewöhnt: die widerlichsten Auftritte in dem Streit zwischen Partei und Opposition wären uns erspart geblieben.

Die nur ökonomische Grundlegung der proletarischen Weltanschauung reicht nicht aus. In seinen Erinnerungen an Karl Marx berichtet Paul Lafargue von Marx' Plan eine Logik und Geschichte der Philosophie zu schreiben. Und in einem Privatbrief an Josef Dietzgen teilt Marx mit: »Wenn ich die ökonomische Last abgeschüttelt habe, werde ich eine Dialektik schreiben.« Beides ist ungeschrieben geblieben, weil Marx vor seiner andern Arbeit nie dazu kam, weil er seine »ökonomische Last« nie »abschütteln« konnte. Marx hat keinen Nachfolger gefunden. Und Eduard Bernstein hat sehr treffend gesagt: »Der Sozialdemokratie tut ein Kant not.« Die marxistische Weltanschauung ist, philosophisch geurteilt, nicht ein klar umrissener Gedankenbau, mit gutgeschichteten Fundamenten und Mauerwerk in erkennbarer Gliederung aufgeführt; sie ist ein Torso geblieben, und die meisten ahnen nicht, was sie uns geben sollte und müßte.

Die philosophische Grundlegung des Sozialismus ist noch nicht ausgeführt, sie ist kaum begonnen und bildet die große Aufgabe der Zukunft. Ihre Elemente sind in verstreuten Bruchstücken bei Marx angedeutet, von seinen Nachfolgern, die sich Marxisten nannten, aber wieder verschüttet worden. Jene Dogmatiker (gleichviel, ob sie stets den alten Weg auf- und abgingen oder umlrend sich plötzlich auf die Gegenseite stellten) sind, in ihrer stets gleichbleibenden Unfehlbarkeit von Anbeginn unphilosophisch organisiert, in den höchsten Welt- und Menschheitsfragen steril geblieben. Nur wenige Sozialisten haben dem Geist nach das Marxsche Erbe aufgenommen; und wer selber zu denken versteht, findet in manchem Beitrag an dieser Stelle Fundamente und einzelne Teile eines Systems, das gerade in seiner Dogmenlosigkeit zur geschlossenen Einheit der Erkenntnis und des ethischen Wollens strebt. Hoffen wir, daß nach dem Krieg die Geister die bisher verkümmerte Wurzel des Sozialismus mit fruchtbarem Erdreich umgeben und zur vollen Entfaltung des Baumes beitragen werden.



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Max Schippel

**Friedens-**  
**-verhandlungen** Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk schienen nach Neujahr, oder eigentlich schon seit der Vertragungssitzung vom 28. Dezember, vor dem Abbruch zu stehen. Sie sind wieder aufgenommen worden, haben jedoch an tatsächlichen Ergebnissen noch immer wenig erreicht und nur für einige Vorfragen (wie die Art der Ausübung des nationalen Selbstbestimmungsrechts für die russischen Randvölker) einen Ausblick eröffnet, der aber noch lange keinen festen tatsächlichen Boden für die spätere endgültige Lösung selbst dieser Nebenaufgaben bietet.

Das Befremden hierüber war allgemein; sicherlich nicht nur in Deutschland, wo alle Gegensätze in der Friedenszielauflassung von neuem sich regten und durch allerlei verschleierte Vorgänge in den leitenden Regierungskreisen stärker als je belebt wurden. Das erste einleitende Bekenntnis der Vierbundesvertreter zu einem »sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebiets-erwerbungen und ohne Kriegsschädigungen« und die sonstige grundsätzliche Stellungnahme zu den vorgelegten russischen Vorschlägen waren als ein entschlossenes weitherziges Versöhnungsprogramm nach dem Osten hin angesehen worden. Dagegen in der Sitzung vom 28. Dezember stellte Deutschland und »im wesentlichen gleichlautend« Österreich-Ungarn mit einemmal das Verlangen: die russische Regierung solle bereits die bisherigen Beschlüsse gewisser, von der Okkupationsregierung zusammenberufener Vertretungskörperschaften: »für Polen, sowie für Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverband auszuscheiden . . ., unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens ansehen« und sich bereit erklären »die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen«, nachdem sie vorher selber »für alle im Verbande des Russischen Reichs lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer vollständigen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert« habe. Diese verblüffende Schwenkung oder, wenn

man will, diese unverhohlene Bekundung früher verhüllter Absichten weckte nunmehr in Deutschland Zustimmung, wo man sich früher über unverzeihliche Schwächlichkeit entrüstet hatte, und umgekehrt hilflose Enttäuschung, wo man früher allzu bereitwillig Vorschußlorbeerkränze für vorbildliche staatsmännische Kunst auszuteilen bereit war. An die vorher in hellem Zorn tobenden Annexionisten kam jetzt die Reihe sich des meisterhaften diplomatischen Spiels zu freuen, mit dem man die russischen Vertreter, durch Auslegung und Anwendung ihrer eigenen Grundsätze, in einer der wichtigsten An-gelegenheiten schachmatt gesetzt habe.

**Deutschland**  
**und Rußland**

In Wahrheit ist nicht recht einzusehen, was mit dem hier eingeschlagenen Vorgehen eigentlich bezweckt wurde. Denn entweder will man mit dem Osten ab-rechnen und vom Osten territorial los-lösen, was auf Grund der gegenwärtigen militärischen und wirtschaftlichen Lage nur herauszuholen ist. Dann scheint das klare Bekenntnis zu diesem Friedens-verhandlungsziel, offen und ohne Um-schweife, der einzig richtige Weg, nicht nur vor den russischen Parteien sondern vor der ganzen Welt der Neutralen und vor allem der Gegner, die lange genug mit ihren Zerrbildern von deutscher Hinterhältigkeit und Volksrechtsfeind-seligkeit die internationale öffentliche Meinung in Bann halten konnten und nun unser Verhalten als die Bestätigung ihrer raffinierten Beschuldigungen hin-stellen werden. Oder man steuert in vollem Ernst, aus allgemeinen welt-politischen Erwägungen und unter selbst-beschränkender Zurücksetzung unnötiger augenblicklicher Talmierfolge auf eine dauernde Versöhnung und Annähe-rung mit dem Osten zu. Dann muß man den vorgezeichneten Weg ohne Wanken bis zum Ende gehen und überhaupt den Gedanken an eine endlose Kette von Pufferstaaten aufgeben, die unter ab-normen Kriegsverhältnissen künstlich entstanden oder unter fremdem Druck zeitweise zu erzeugen sind. Man mag mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit dar-auf rechnen können, daß gerade die Bolschewikiführer wegen der ganzen schwankenden Grundlage ihrer Existenz, ja daß sogar alle zunächst noch nach-folgefähigen Regierungen wegen der in-



nren Verhältnisse Rußlands schließlich auch allen Pufferstaatsbedingungen äußerlich sich unterwerfen müssen, gegen die sie sich innerlich noch so heftig aufbäumen mögen, und mancher deutsche Regierungsanhänger fragte neuerdings wohl kurzichtig, warum man russischer denken sollte als die heutige russische Vertretung selber. Aber ist diese handlungsfrei im wahren Sinn des Wortes? Eine wirkliche Versöhnungspolitik sollte und könnte eben nur Bedingungen aufstellen, die ein noch vollkommen entschlußfreies Rußland zu billigen in der Lage wäre, gegen die deshalb ein neuerstarktes Rußland in Zukunft nicht von neuem anzukämpfen brauchte. Und weil diesem Entweder-Oder gar nicht auszuweichen ist, deshalb vertieft sich der Eindruck, daß die heutige auswärtige Politik Deutschlands den dauerndern Interessen ausgleich zwischen den beiden benachbarten großen Kontinentalreichen, zur gegenseitigen Stütze gegen die englische weltpolitische Vormachtstellung, überhaupt nicht will, sondern daß sie (im Grunde genommen: weltpolitisch vollkommen planlos) weiter nichts erstrebt als aus den Friedensverhandlungen mit dem vorübergehend gelähmten Rußland sofort möglichst viel weithin Sichtbares mit nach Hause zu bringen, und daß sie sich nach dieser Gemüthung im Osten (ebenso weltpolitisch ziellos) dem Westen zuzuwenden gedenkt, um für die Herausgabe Belgiens von England den Frieden zu bekommen, allenfalls noch einige Kolonien zugebilligt zu erhalten und vielleicht auch auf dem Balkan eine gewisse Elbogenfreiheit zu gewinnen.

**Deutschland und England** Die deutsche weltwirtschaftliche Entwicklung, die Grundlage der deutschen Zukunft, stände alsdann nach dem Krieg unter genau dem gleichen englischen Druck wie vorher. Sie bliebe eine Entwicklung innerhalb der von übermächtigen englischen Interessen vorgezeichneten Schranken und von Englands Gnaden: auf dem europäischen Festland, wo die fortbestehenden kontinentalen Gegensätze genügend für England arbeiten und Gelegenheiten zur Einmischung und Einkreisung nach wie vor böten, und ebenso in den überseeischen Gebieten, deren Schicksal in der Hand der, durch keine entgegenstehende Interessengemeinschaft eingeschränkten englischen Seeübermacht bliebe. Immer

deutlicher prägt sich daher in der englischen politischen Leitung die Neigung aus den heute von Deutschland eingeschlagenen Weg nicht zu verlegen sondern Rußland tatenlos dem Verhängnis zu überlassen, allerdings unter dem Vorbehalt einer billigen Entrüstung, die ausschließlich Deutschland mit dem Odium der Vergewaltigung belastet. Die Bolschewiki scheinen diese Taktik zu durchschauen. »Die Alliierten«, heißt es unter dem 6. Januar in einem Funkgespräch Trotzkijs »an alle«, »halten es für vorteilhaft den Deutschen die Abrechnung mit Rußland vorläufig allein zu überlassen. Deutschland solle sich auf der Linie des geringsten Widerstandes auf Kosten Rußlands entschädigen. Je größer diese Entschädigung im Osten ausfällt, um so leichter wird es dann den alliierten Regierungen sein sich mit den Deutschen im Westen zu einigen. Selbstverständlich könnten die Alliierten die gleichen Resultate auch auf dem Weg eines allgemeinen Friedens erzielen. In diesem Falle wäre es aber allen klar, daß die Alliierten Polen, Litauen, Kurland und Rumänien bewußt verraten und diese Länder als Münze zur Begleichung ihrer Rechnung mit Deutschland benutzt haben. Für die Alliierten gibt es aber einen viel bequemern Weg: Rußland zu einem Sonderfrieden zu veranlassen. Sie werden den Deutschen erlauben die Letten, Litauer und Polen zu vergewaltigen, um nachher nicht nur diese Vergewaltigung auszunutzen, sondern auch die Verantwortung dafür vor ihren eigenen Völkern abzulehnen. Dies ist der Plan der Entente.« Um so mehr sollte die deutsche Politik die weltpolitischen Zukunftsinteressen Deutschlands zu wahren suchen durch eine weitgehende dauernde Annäherung an Rußland und dementsprechend durch den Verzicht auf alle Abtrennungen im Osten, die über das Gebiet gegenseitiger, freiwilliger Vereinbarungen von Grenzberichtigungen hinausreichen. Ansätze dazu lassen sich in der Führung der Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht erkennen. Wohl aber Anfänge zu neuen kontinentalen Wirren, bei denen der lachende Dritte stets England bleiben wird.

**Kriegspublikationen** Eine Zusammenstellung des Wortlauts der auf den Frieden bezüglichen Notizen und Kundgebungen der Kriegführenden und Neutralen vom Dezember 1916 und vom Januar und Februar 1917

bringt das Werkchen Robert Pilotys (Würzburg) Das Friedensangebot der Mittelmächte /Tübingen, Mohr/. Das ist sehr dankenswert. Die angefügten Betrachtungen, zuerst im Archiv des öffentlichen Rechts erschienen, schlagen leider einen sehr unglücklichen Ton an, obwohl der Verfasser in einem ruhigem Augenblick selber meint: »Es ist nicht vorteilhaft in blinder Wut zu entbrennen und dem Feinde den Schaum dieser Wut ins Gesicht zu schleudern.« Gegen die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1916 wendet sich A. S. Schultze aus Straßburg (Der sogenannte Verständigungsfriede im Lichte des Völkerrechts /Jena, Gustav Fischer/) in mitunter etwas gequälten, mehr völkerrechtlichen Ausführungen, zum Schluß auch gegen die »von unseren Feinden auf das lebhafteste unterstützte und geförderte Verquickung der Friedensfrage mit den Problemen etwaiger Demokratisierung und Parlamentarisierung der Reichsregierung und der Regierung der Bundesstaaten«.

Die anregende und lesenswerte Schrift Erich Rothers Durch den Volksfrieden zum Völkerfrieden /Berlin, S. Heimann/ ist als eine Art eingehender Denkschrift für eine internationale Sozialistenkonferenz gedacht. Sie zerpflicht, unter Vorführung eines reichen Beweismaterials, die Ententelegenden über die ausschließliche Schuld und das unerhörte Verhalten der Mittelmächte; die »Tendenz des Kapitalismus: von den Märkten und Rohstoffbezugsländern der Erde einen möglichst großen Teil dem eigenen nationalen Kapital zur Ausbeutung unter möglichstem Ausschluß Konkurrerender zu reservieren, gegebenenfalls auch durch politische Expansion (Imperialismus)«, sei in den verschiedenen Ländern in gleicher Weise vorhanden gewesen und insofern auch in gleicher Weise schuld an dem alle Güter der Kultur und Zivilisation bedrohenden Zusammenstoß. Wolle man in Zukunft ernstliche Friedenspolitik durch international verbürgte territoriale Selbstbestimmung, so müsse man gerade die bisher verkündeten Entente-kriegsziele in erster Linie verwerfen, denn diese, in Verbindung mit dem als Garanten hierfür gedachten Völkerbund, seien in Wahrheit die Vollendung des einseitigsten Imperialismus; die Sicherstellung der Ergebnisse des alten Systems für alle Zeit auf Kosten der Freiheit und Zukunft Deutschlands, letzten

Endes der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung aller Völker überhaupt. Der politische Imperialismus sei weiter nur dann tot, wenn auch das System des Ausschlusses und des Abschlusses von den Märkten und Rohstoffbezugsgebieten vernichtet ist. Endlich aber sei eine »erschütterliche Grundlage für das Recht der Völker auf international gleichen wirtschaftlichen Wettbewerb nur gegeben, wenn man zugleich eine gewisse soziale Produktionskostengleichheit durchsetzte: durch Sicherungen für die Lage der arbeitenden Klassen (Mindestlohn, Höchstarbeitszeit, Frauen- und Jugendschutz, Wohnungs- und Sanitätspolitik, Volksbildung). »Der Produktion aller Staaten, soweit sie unter diesen vertragsmäßig festgelegten Minimalbedingungen für die werktätigen Klassen arbeitet, muß der freie Zutritt zu allen Märkten und Rohstoffbezugsländern der Erde unbehindert gestattet sein.« Auch über die Nationalitätenfrage, über die Unmöglichkeit der vollständigen Abgeschlossenheit kleinerer Binnenvölker und über die Notwendigkeit des Anschlusses an größere Wirtschaftseinheiten wird viel Beachtenswertes gesagt.

In seiner hier mehrfach gerühmten geographisch-politischen Betrachtungsweise behandelt Alfred Hettner, der Verfasser von Englands Weltherrschaft und der Krieg, nochmals in einem Aufsatz, der aus einem akademischen Vortrag hervorging und dann in der Geographischen Zeitschrift /Leipzig, Teubner/ erschien, Englands Seeherrschaft und unsern Kampf um die Freiheit der Meere. Englands Kriegführung gegen die Neutralen nennt sich eine bei Orell Füßli in Zürich veröffentlichte Zusammenstellung der Eingriffe Englands in die Souveränität der friedlichen Außen-seiter (beispielsweise durch militärische Besetzung neutraler Schiffe und Wegnahme Wehrpflichtiger), über die Zwangsansprache und Drangsalierung der neutralen Schifffahrt durch englische Kriegsverordnungen, über die Lahmlegung, Beaufsichtigung und Bevormundung des neutralen Handels, wobei das Vorgehen Englands je in einem besondern Kapitel gegenüber den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Norwegen, der Schweiz gekennzeichnet wird.

Hans F. Helmolt, neuerdings in eine wichtige Stellung zur Sicherung engerer Fühlungnahme zwischen Regierung und Presse berufen, sucht in einer kur-

zen Denkschrift Die Wiederherstellung Polens /Gotha, Perthes/ die Einwände zu widerlegen, die gegen die Gründung des neuen Staatswesens erhoben wurden. Vortreffliche Informationen standen dem Verfasser zweifellos zur Seite.

Bereits über den Rahmen der eigentlichen Kriegsschriften hinaus ragt die Artikelsammlung Theodor Wolffs Volendete Tatsachen 1914 bis 1917 /Berlin, Kronenverlag/. Die politischen Montagsrundschau des Berliner Tageblatts (um diese handelt es sich hier) nehmen eine eigen- und vielleicht einzigartige Stellung in der deutschen Presse ein. In außergewöhnlichem Maß suchen sie den Ton des vielseitig gebildeten und belesenen, auch im Ausland heimischen und weltmännisch erfahrenen Causeurs anzuschlagen, ohne das ernste Urteil und die, durch vielseitige persönliche Verbindungen erleichterte Tatsachenbeobachtung und sachliche Berichterstattung zu kurz kommen zu lassen. Daß sie auch in ihrer nachträglichen Wiederveröffentlichung eine zahlreiche Lesergemeinde erwarten dürfen, spricht genügend für sie. Die politischen Kriegsprobleme stehen naturgemäß im Mittelpunkt. Aber über den Krieg hinaus führen sie durch den immer wiederkehrenden Hinweis, »daß auch dem besten Staatssystem erst der lebendige Geist des Volkes die wahre Bedeutung verleiht. Eine Gemeinschaft von Menschen, die nicht nur durch Zwang gelehrt werden soll, muß sich selbst bezwingen, ein Volk, dem man Rechte gibt, muß die Rechtsidee rein unwandelbar vor Augen haben. . . Volendete Tatsachen leiten zu der Forderung hin, die in diesen Artikeln beständig erhoben wurde, zu der Forderung nach dem parlamentarischen System.«

**Kontinental-europäische Probleme**

Eine Geschichte der deutschen Auslandspolitik, inmitten der wechselnden

Mächtegruppierungen, seit Bismarck und mit weiten Ausblicken auf die europäisch-weltpolitische Konstellation beim Kriegesabschluß und die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme nach dem Krieg ist Hermann Onckens Buch Das alte und das neue Mitteleuropa /Gotha, Perthes/. Besonders die Grundlinien der Bismarckschen Kontinental- und Englandpolitik, dann die Gründe des Umschwungs nach Bismarcks Scheiden sind prächtig herausgearbeitet, unter vollster Beherrschung

des Materials, aber ohne den Leses mit Einzelheiten zu ermüden. Die am Schluß angedeuteten deutschen Gebiets-erweiterungen und Kriegsziele sind wohl ungefähr die von der heutigen Regierung erstrebt, und darüber wird sich natürlich streiten lassen (im Osten neben dem unabhängigen Polen, »das unser europäischer Bundesgenosse werden soll«, noch eine Reihe unbestimmt bleibender Halb- und Ganzpuffergebiete, im Westen die Benutzung Belgiens und Nordfrankreichs als Faustpfänder zur Erringung eines zusammenhängenden afrikanischen Kolonialreichs). Das alles wird jedoch mit ruhiger Zurückhaltung begründet und vorgetragen. Von dem Naumannschen Mitteleuropa rückt der Verfasser sogar weit ab: »Es wäre ein schwerer Irrtum durch ein Übermaß mitteleuropäischer Bindung die weltwirtschaftliche freie Hand zu verscherzen. . . Vor allem wir Deutsche müssen uns hüten das Ideal einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft in einen Gegensatz zu unseren weltwirtschaftlichen Gesamtinteressen zu bringen. Vergessen wir nicht: Mitteleuropa kämpft, indem es sein Selbst gegen eine Welt behauptet, nicht etwa nur um ein Sichselbstgenügen, das es von der Welt ausschließen würde, sondern umgekehrt, um unser Ausgeschaltetwerden von der Welt zu verhindern.«

Manche in letzter Zeit in Österreich-Ungarn mit der wachsenden Kriegsmüdigkeit hervortretenden Gegenströmungen gegen die alte Bündnispolitik haben den als beredten und kenntnisreichen Vorkämpfer der mitteleuropäischen Wirtschaftsannäherung bekannten Herausgeber des Österreichischen Volkswirts Gustav Stolper veranlaßt in einer jetzt als selbständige Schrift veröffentlichten Aufsatzfolge (Wir und Deutschland /Wien, Deuticke/) das politische Aufeinanderangewiesensein der beiden mitteleuropäischen Reiche nochmals eingehend darzulegen.

Noch tiefer schürft das Buch Alexander Redlichs Österreich-Ungarn als Großmacht /Berlin, Schwetschke/. Die innere Wiedergeburt, besonders die Lösung der Nationalitätenfrage ist hier geistvoll in Beziehung gesetzt zur Notwendigkeit einer aktiven auswärtigen Politik in der Richtung des Balkans, auch des Ostbalkans und Vorderasiens. Hieraus erwachse das dauernde Zusammenwirken mit Deutschland und das Zusammenstehen gegen England. »England hat es verstanden den deutsch-

österreichisch-ungarischen Block um seine beiden wichtigsten Ausläufer zu beschneiden: es hat ihm im Nordwesten ein feindliches Belgien vorgeschoben und im Südosten versucht ihn durch einen feindlichen Balkan aufzuhalten. Erkennen nun Deutschland und Österreich-Ungarn ihre gemeinsamen Kampfziele, so müssen sie für den Kräfteaufwand des jetzigen Krieges die beiden einzig wichtigen Angriffspunkte klar erkennen. . . Die Aufgabe unseres Bundes ist es die Pläne Englands zu durchkreuzen. Die Faustpfänder, die wir Rußland und Frankreich abgenommen haben, sind nicht dazu da, daß wir England Verbündete schaffen, sondern daß wir ihm seine Verbündeten wegnehmen. Sie sind dazu da, um Frankreich und Rußland den Weg zu zeigen, der für sie aus dem nutzlosen Blutvergießen heraus und zu einem ehrenvollen Frieden führt.« Der Verfasser gehört heute in der deutschen und österreichischen Tagespresse zu den klarsten und unermüdeten Verfechtern der Politik einer kontinentalen Annäherung und Versöhnung entgegen dem bisherigen englischen Gleichgewichtssystem, das in den Konflikten der europäischen Festlandsmächte die ausschlaggebende Endbestimmung stets England zufallen ließ.

**Kurze Chronik** Die für selbständig erklärten Reichsteile Rußlands sollen nach einer Aufforderung des Rates der Volkskommissare demnächst zu einer Konferenz zur Ausarbeitung einer Verfassung für eine russische Bundesrepublik (nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten) zusammenkommen. Die Vertreter der Ukraine, Estlands, Livlands, der Wolgarepublik, der Kaukasusrepublik und Sibiriens haben ihre Teilnahme zugesagt. **◇** In Frankreich greift das Ministerium Clemenceau zur Aufrechterhaltung der Kriegsstimmung zu immer gewalttätigeren Mitteln gegen die *Défätisten*. Den Gipfel stellt das Landesverratsverfahren gegen Caillaux dar, der nach Aufhebung seiner Abgeordnetenimmunität am 15. Januar verhaftet wurde. **◇** In Portugal fiel die vollkommen ententeverkettete Regierung Affonso Costas, hauptsächlich infolge der Erregung über die wirtschaftlichen Mißstände. Der Nachfolger Sidonio Paez war früher Gesandter in Berlin; ob er wirklich, wie man behauptet, deutschfreundlicher denkt, wird man abzuwarten haben. **◇** In Belgien hat der

Ministerpräsident De Broqueville die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten an Paul Hymans, den bisherigen Wirtschaftsminister und einen ausgesprochenen Deutschenfeind, abgetreten.

**Literatur** Im vorigen Jahr war hier die eigentümliche Wandlung eines eingefleischten heutigen Deutschenfeindes von internationalem Ansehen an der Hand früherer sehr deutschfreundlicher Äußerungen näher beleuchtet worden (siehe Sir Harry Johnston und die deutsche Kolonial- und Weltpolitik, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 II, Seite 820 ff.). Ernst Vohsen hat sich jetzt ein Verdienst erworben, indem er die Übersetzung eines ganzen Werkes des gleichen britischen Afrikanbeamten veranlaßte: Sir Harry Johnston Gesunder Menschenverstand in der auswärtigen Politik / Berlin, Dietrich Reimer/. Das Buch ist 1913 geschrieben und erkennt eigentlich, obwohl mit manchem Widerstreben, das Ausdehnungsbedürfnis Deutschlands in der Richtung auf Kleinasien und Mesopotamien, mit den Zwischengliedern der Bundesgenossenschaft und der Einflüßausübung in den Donauländern und auf dem westlichen Balkan unumwunden an. Auch ein größeres deutschafrikanisches und besonders mittelafrikanisches Reich bilde die ehemalige Commissioner in Uganda und Gouverneur von Britisch Zentralafrika. Die Einflüßerweiterung in der Richtung auf Suez erscheint ihm allerdings als Herausforderung, und die »vollständige Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens« und ähnlich Hollands gehört für ihn zu den »Dingen, um die es sich lohnt zu kämpfen«. Die Loslösung Polens und Finnlands wird mit Gleichmut erörtert und fast in Aussicht genommen, während gegen eine weiterreichende Hegemonie der Vereinigten Staaten über Zentral- und Südamerika eine starke Abneigung bekundet wird. Der englische Grundgedanke von dem Gleichgewicht der kontinentalen Mächte wird freilich auch hierbei nirgends verlassen. Deutschland in Mesopotamien war beispielsweise damals, 1913, für unsere Engländer ein Gegengewicht und »Bollwerk gegen die Russifizierung des Orients«. Aber immerhin tritt in dem interessanten Buch überraschend eindrucksvoll hervor: wie die englische Politik in manchen Beziehungen Weitherzigkeit üben kann, wenn nur die entscheidenden steten Grundlinien ihrer

weltpolitischen Ziele und der britischen maritimen Weltherrschaft nicht gefährdet sind. Durch eine Reihe von Kärtchen, die dem Buch beigegeben sind, wird die Neugruppierung der Mächte, wie der Verfasser sie sich denkt, sehr klar veranschaulicht und die Bedeutung dieses interessanten Dokuments aus der Zeit vor dem Krieg erhöht. ◊ Die Verhandlungen von Brest-Litowsk und die Hoffnungen auf ein kommendes freundschaftlich engeres Verhältnis zu Rußland lassen eine statistische Bearbeitung der letztpcriodischen deutsch-russischen Handelsbeziehungen unter allen Umständen willkommen erscheinen. Doppelt willkommen, wenn die Zusammenziehung zu Tabellen und die Erläuterung durch farbige Karten (vor allem für die verschiedenen Zweige der russischen landwirtschaftlichen Produktion) und durch andere zeichnerische Versinnbildlichung so umsichtig und glücklich geschieht wie in dem neuesten Werk S. Zuckermans, des langjährigen Herausgebers eines deutsch-russischen Handelsfachblatts: Die landwirtschaftliche Produktion Rußlands und der deutsche Markt /Berlin, Russischer Kurier,/. Man erhält hier eine umfassende Vorstellung, wie sehr die beiden Nachbarreiche auf einander angewiesen sind. Das Material ist vielfach wenig bekannten russischen Quellen entnommen.

## WISSENSCHAFT

Rechtswissenschaft / Hugo Heinemann

**Koalitionsrecht** Die Arbeiten der Gesellschaft für soziale Reform für die Reform des Koalitionsrechts (siehe diese Rundschau, 1917 III, Seite 1008 ff.) schreiten rüstig vorwärts. Es ist hochehrfreulich, daß die Vereinigung in dieser für den Aufstieg der Arbeiterklasse wichtigsten Frage unermüdlich weiter tätig ist und der Gesetzgebung Material liefert, das sicherlich in absehbarer Zeit Verwendung finden wird. Jetzt sind bei Gustav Fischer in Jena das 2. und das 3. Heft der Schriftenfolge Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland erschienen. Das 2. Heft behandelt das Koalitionsrecht und die strafrechtlichen Neben- und Polizeigesetze. Die Einleitung hebt hervor, daß die strafrechtlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung (§ 153) und des Reichsstrafgesetzbuchs nicht die einzigen öffentlichrechtlichen Gesetze sind, die für die Koalitionsbildung und

die Koalitionsbetätigung von Belang sind. Will man wissen, wie der Staat sich überhaupt zu diesen Vorgängen stellt, so muß man den Blick weiter schweifen lassen: in das Gebiet des Polizeirechts und aller jener Reichs- und Landesgesetze, die man als strafrechtliche Nebengesetze zu bezeichnen pflegt.

Die Polizeibehörden und ihre Organe, so wird ausgeführt, haben den Koalitionen bisher feindlich gegenübergestanden. Ob die Kriegszeit diese alten, feststehenden Vorurteile ausrotten wird, erscheint sehr fraglich. Die Gewerkschaften sind Massenbewegungen. Von alters her aber wittert die Polizei in allem Massenhaften etwas, das gefährlich ist, wenn es nicht bis in das kleinste reglementiert und beaufsichtigt ist. Sie kann sich nicht denken, daß Massen jemals selbst so weit kommen aus sich heraus und im eigenen Interesse auf Zucht und Ordnung zu halten. Man wird hiernach davon ausgehen müssen, daß die Polizei sich auch in Zukunft gegen die Gewerkschaften insoweit betätigen wird, als es die gesetzlichen Vorschriften irgend zulassen. Es gilt deshalb zu untersuchen, ob und inwieweit der gegenwärtige, für die polizeiliche Betätigung maßgebende Rechtszustand einer Änderung bedarf, um den Gewerkschaften diejenige Betätigungsfreiheit zu geben, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig haben. Eine sichere Basis für diese Untersuchung läßt sich aber nur dadurch erreichen, daß man sich vergegenwärtigt, wie die Polizei in der Vergangenheit gegen die Koalitionen vorgegangen ist. In dieser Beziehung kommen die Versuche der Polizei den Boykott zu verbieten sowie das Streik- und Boykottpostenstehen zu verhindern in Betracht. Weiter hat die Polizei die unfreiheitlichen Bestimmungen über das Plakat- und Zettelverteilungswesen einseitig gegen die Gewerkschaften gehandhabt. Sie hat überdies versucht die Vereins- und Versammlungstätigkeit der Koalitionen dadurch zu beengen, daß sie die Gewerkschaften als politisch ansah, die Vorstands- und Mitgliederlisten einforderte, die Abhaltung von Versammlungen verbot und nichtpolitische Versammlungen überwachte. Endlich hat die Polizei den Gewerkschaften den Nachwuchs zu entziehen versucht, indem sie sie für politisch erklärte.

Was nun zunächst den Boykott angeht, so stellte bekanntlich eine Reihe sächsischer Verordnungen den Boykott als solchen unter Strafe, indem man davon ausging, daß in jeder öffentlichen Boy-

kottaufforderung ein Mißbrauch zu erblicken sei, da der Boykott die Allgemeinheit der Staatsbürger im Genuß der gesetzlich gewährleisteten Ordnung, der öffentlichen Verkehrs- und Erwerbssicherheit und des öffentlichen Friedens gröblich zu beeinträchtigen oder in Gefahr zu bringen geeignet sei. Diese Verordnungen wurden im Jahr 1911 vom Oberlandesgericht Dresden für ungültig erklärt, da der Boykott ein gesetzlich erlaubtes Kampfmittel sei und nicht mit jedem Boykott Rechtsverletzungen oder Ausschreitungen verbunden seien. Um die Wiederholung solcher Mißbräuche zu verhindern, wie sie die vorgenannten sechsichen Verordnungen darstellen, ist durch Reichsgesetz auszusprechen: Die Polizei ist nicht befugt Boykottaufforderungen als solche zu untersagen. Daß Streik- und Boykottposten notwendig sind, wenn die Koalitionen einen gewerblichen Kampf durchführen wollen, ist so oft von den Gewerkschaften aller Richtungen betont und begründet worden, daß es hier nicht wiederholt zu werden braucht. Das Postenstehen ist rechtlich erlaubt. Dennoch ist die Polizei vielfach gegen das Postenstehen eingeschritten, teils durch bestimmte Verordnungen, die sich ausdrücklich mit den Kampfposten befaßten, in denen also wirklich die Rede von Boykott und Streik war. Die Hauptbasis aller polizeilichen Maßnahmen gegen die Kampfposten aber bilden die Befugnisse der Polizei als Straßenpolizei. Zahllos sind die Fälle, in denen die Straßenbeamten die Streik- und Boykottposten fortwiesen, sei es, daß sie dabei aus eigener Initiative handelten, sei es, daß sie die Anweisungen ihrer Vorgesetzten befolgten. Hier wird sich jeder fragen: Kann denn die Polizei im Gewand der Verkehrspolizei das an sich erlaubte Streik- und Boykottpostenstehen unmöglich machen? Leider muß die Frage bejaht werden. Allgemeine Straßenpolizeiverordnungen sind gültig. Um sich gegen sie zu vergehen, ist nichts weiter nötig, als daß man von einem Straßenpolizisten im Interesse der Verkehrssicherheit aufgefordert wird sich von der Straße oder dem Platz zu entfernen, und daß man dieser Aufforderung nicht unverzüglich nachkommt. Ob die Aufforderung des Polizisten im Interesse der Verkehrssicherheit objektiv geboten war, darauf kommt es nach der Rechtsprechung des Kammergerichts nicht an. Wer weggewiesen wird und doch bleibt, macht sich strafbar, auch wenn er ganz allein neben dem Polizisten auf der Straße oder dem Platz

sich befindet, sofern der Polizist nur innerlich die Absicht verfolgt dem Verkehrsinteresse mit seiner Aufforderung zu dienen. Hierfür kommt meistens nur das Zeugnis des betreffenden Schutzmanns in Frage. Was das bedeutet, kann sich jeder leicht denken. Um hier Abhilfe zu schaffen, ist folgende Gesetzesveränderung notwendig. Es ist reichsgesetzlich anzuordnen: Die Benutzung öffentlicher Straßen und Plätze in der dem allgemeinen Verkehr freistehenden Weise zur Beobachtung von Orten und Personen, zur Erkundigung und Mitteilung sowie zu nicht strafbarer Willensbeeinflussung ist erlaubt und darf nicht allgemein verboten oder beschränkt werden. Die Beamten des polizeilichen Sicherheitsdienstes können bestimmte Einzelhandlungen dieser Art untersagen, wenn dies wegen eingetretener Störung des Verkehrs oder der öffentlichen Sicherheit notwendig ist. Ob diese Voraussetzungen gegeben sind, unterliegt im Fall eines gerichtlichen oder verwaltungsgerichtlichen Rekursverfahrens oder einer Verwaltungsbeschwerde der Nachprüfung der entscheidenden Instanzen. Sehr eingehend und interessant schildert die Schrift das Plakat- und Zettelverteilungsrecht. Es ist dies eine der unklarsten und verworrensten Rechtmaterien in Deutschland. Die Ungeheuerlichkeit des geltenden Rechts wird dargelegt. Dieses hat durch Sanktionierung des scharfen polizeilichen Vorgehens auf Grund der alten Gesetzesbestimmungen diesem eine Bedeutung gegeben, die weit über ihren vernünftigen Sinn hinausragt. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, wie wichtig dieses Gebiet für die Koalitionen ist. Es hat fast die selbe Bedeutung wie das Streikpostenstehen. Besteht doch vielfach die Hauptaufgabe des Streikpostens im Zettelverteilen, während andererseits Plakat- und Zettelverteilungen vielfach mündliche Mitteilungen und Streikposten ersetzen müssen. Der herrschende Rechtszustand ist ein großes Hemmnis für die Entfaltung der Koalitionstätigkeit. Er hat sich überlebt. Er stammt aus einer Zeit, wo Plakatieren und Zettelverteilen noch etwas Ungewohntes war, nur bei außerordentlichen Vorkommnissen benutzt wurde und deshalb leicht Massenansammlungen und Erregungen, kurz Vorgänge hervorrief, die mit der öffentlichen Ordnung nicht verträglich erschienen. Heute werden die Bestimmungen über das Plakatwesen ausschließlich nicht gern gesehenen politischen und sozialen Bestrebungen gegenüber hervorgeholt. Es

ist so weit gekommen, daß sie ausschließlich als politisches Kampfgesetz betrachtet werden, nicht nur von den Betroffenen sondern auch von ihren Gegnern. Aus diesen Gründen muß folgende reichsgesetzliche Änderung des gegenwärtigen Rechtszustands verlangt werden: Die bundesstaatlichen Vorschriften über Anheften, Anschlagen, Ausstellen, Auslegen und Verteilen von Plakaten, Aufrufen, Bekanntmachungen, Zetteln und sonstigen Druckschriften auf Straßen, Plätzen und sonstigen öffentlichen Orten werden aufgehoben. Ferner § 30 Absatz 2 des Reichspreßgesetzes wird aufgehoben.

Das 3. Heft der genannten Schriften behandelt das Koalitions- und das Gesinde- und Landarbeiterrecht. Eingehend wird das Gesinderecht in Deutschland dargelegt, woselbst zurzeit noch etwa 44 Gesindeordnungen gelten. Demgegenüber wird der Vorschlag gemacht durch Reichsgesetz folgendes anzuordnen: Sämtliche in den Landesgesetzen, besonders in den Gesindeordnungen und den Polizeigesetzen enthaltenen Verbote und Strafbestimmungen bezüglich der Arbeitseinstellung, des Vertragsbruchs und des Ungehorsams des Gesindes, einschließlich der Vorschriften betreffend die polizeiliche Zurückführung eines Dienstpflichtigen, werden aufgehoben. Neue Gesetze und Verordnungen können auf diesem Gebiet von der Landesgesetzgebung oder Polizei nicht erlassen werden.

Den Landarbeitern ferner ist die volle Koalitionsfreiheit zu gewähren. Die Beschränkungen der Koalitionstätigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter sind ein Ausnahmerecht. Nicht nur gegenüber dem Organisationsrecht der Allgemeinheit, auch nicht nur gegenüber dem Koalitionsrecht der gewerblichen und diesen gleichgestellten Arbeiter, sondern auch gegenüber den Landarbeitern, für die solche Beschränkungen nicht bestehen; außerdem aber auch gegenüber den ländlichen Arbeitgebern, da diese überall die volle Koalitionsfreiheit besitzen. Unsere ganze Geistes- und Gefühlsrichtung lehnt sich heute gegen derartige Ausnahmegesetze auf. Abhilfe kann hier nur die Reichsgesetzgebung schaffen. Sie hat zu verordnen: Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen land- und forstwirtschaftliche Arbeiter irgendwelcher Art wegen Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit, werden aufgehoben. Ebenso werden alle

landesrechtlichen Bestimmungen aufgehoben, die an Verletzungen des Dienstvertrags der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Strafe oder polizeiliche Zwangsbefugnisse knüpfen. Landesgesetzgebung und Polizei können künftighin auf diesem Gebiet einschränkende Bestimmungen nicht erlassen. Den Schluß der Darstellung bildet die Wiedergabe des preußischen Gesetzentwurfs von 1866 über das freie Koalitionsrecht der Gewerbe- und Landarbeiter und seiner vorzüglichen, lange nicht genug bekannten Begründung.

**Oppermann** Der Reichsgerichtsrat Bernhard Oppermann ist gestorben. Er war zunächst in Berlin Staatsanwalt, dann Vorsitzender einer Strafkammer, zuletzt Reichsgerichtsrat. Diese Stellung konnte er vortrefflich ausfüllen, da er ein guter Jurist war und beim Reichsgericht es nur mit juristischen Begriffen, nicht mit lebenden Menschen zu tun hatte. Diesen gegenüber versagte Oppermann. Ein so vornehmer, das Beste wollender Charakter er war: Selbstbeherrschung und Zurückhaltung fehlten ihm. Daher seine Zusammenstöße mit den Angeklagten und Verteidigern als Leiter der Strafkammer, die unaufhörlichen Unterbrechungen der Sitzungen durch Abgabe seiner persönlichen Meinung vor Schluß der Verhandlung. Der sogenannte Plötzensee prozeß, in dem eine Anzahl Redakteure wegen Kritisierung der Mißstände im Gefängnis zu Plötzensee angeklagt waren, gehört zu meinen unliebsamsten Verteidigererinnerungen. Dieser Prozeß bildet das äußerste Gegenstück zu dem über den Moabiter Krawall. Hier unter Leitung Liebers strengste Objektivität, vornehmste Ruhe und reinstes Streben nach Ermittlung der Wahrheit, dort unter Leitung Oppermanns Parteinahme gegen die für schuldig gehaltenen Redakteure, Voreingenommenheit gegen jede öffentliche Kritik und Unfähigkeit die wichtigsten richterlichen Eigenschaften, Zurückhaltung und Ruhe, zu betätigen. Oppermann war auch Mitglied der von der Reichsregierung einberufenen Kommission zur Reform der Strafprozeßordnung. Die Protokolle dieser Kommission ergeben nicht, welche Tätigkeit die einzelnen Mitglieder dabei entfaltet haben. Die Arbeiten der Kommission in ihrer Gesamtheit aber waren wissenschaftlich und sozialpolitisch durchaus unbefriedigend und werden keine geeignete Grundlage für eine ge-

sunde gesetzliche Reform nach dem Friedensschluß bieten können.

**Kurze Chronik** Die Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht hat folgende **Preis**aufgabe ausgeschrieben: »Die Praxis der Staatenachfolge bei Gebietsveränderungen (Abtretung, Zusammenlegung, Vonselbständigung) seit Beginn des 19. Jahrhunderts soll urkundlich dargelegt, die dabei erkennbaren Grundsätze sollen klar gestellt, die Möglichkeiten leitender völkerrechtlicher Gesichtspunkte für Gegenwart und Zukunft sollen untersucht werden.«  $\diamond$  Das Reichsgericht hat bei der Prüfung der Frage, ob es jemandem vom **Militärbefehlshaber** verboten werden darf »wegen seines Treibens« seinen Wohnsitz zu verlassen, erneut ausgesprochen, daß das Gericht nicht nachprüfen darf, ob Verfügungen des **Militärbefehlshabers** im Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig sind.  $\diamond$  Nach einer sehr verständigen Entscheidung des **Oberlandesgerichts** Posen hat der **Testamentsvollstrecker** eines Arztes das ärztliche Zeugnisverweigerungsrecht, da sonst kein Kranker sicher davor wäre, daß das dem Arzt anvertraute Geheimnis nicht nach dessen Tod durch Offenlegung des Tagebuchs in einem Zivil- oder Strafprozeß verwertet werden könnte.  $\diamond$  Der außerordentliche Professor des römischen und Zivilrechts an der Universität Jena **Friedrich Lent** geht nach Erlangen, an die Stelle **Oertmanns**, der nach Göttingen berufen wurde.  $\diamond$  An die Stelle **Wilhelm Kisch'** ist **Heinrich Lehmann** als **Ordinarius** für deutsche Rechtsgeschichte und deutsches Privatrecht von Jena nach Straßburg gegangen.  $\diamond$  Gleichfalls nach Straßburg geht der bisherige außerordentliche Professor für Zivilrecht und Rechtsgeschichte an der Berliner Universität **Claudius von Schwerin** als **Ordinarius** für deutsches Recht.

**Literatur** An dem großzügigen Vortrag des **Generalsekretärs Adam Stegerwald** über Arbeiterschaft und Kriegsentcheidung, der kürzlich im Druck erschienen /Köln, Christlicher Gewerkschaftsverlag/, interessiert den Juristen vor allem die Forderung auf Beseitigung der ausnahmerechtlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Koalitionsrechts. Diese wären, wie Stegerwald mit Recht bemerkt, schon seit Jahrzehnten beseitigt, wenn nicht die politischen Klassen-

gegensätze in Deutschland so scharf ausgeprägt gewesen wären. § 153 der Reichsgewerbeordnung muß fallen. Er ist ein ausgesprochenes Ausnahmegesetz gegen die gewerkschaftlich organisierten, aufwärtsstrebenden Arbeiter. Weiter ist nötig, daß die gleiche gesetzliche Vertretung den Arbeitern eingeräumt wird, über die alle anderen großen Wirtschaftsstände bereits verfügen. Die Arbeitskammern dürfen nicht mehr lange auf sich warten lassen. Ferner ist ein erträgliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herzustellen. Das ist nur dadurch erreichbar, daß die organisierten Arbeitgeber und Arbeiter unter dem Vorsitz eines geeigneten Beamten an einen Tisch zu gemeinsamen Verhandlungen gebracht werden. Nach dem Krieg werden schon aus Gründen der Weltkonkurrenz größere Streiks und Aussperrungen hintangehalten werden müssen. Diese Forderungen sind die dringendsten. Daneben aber darf, was Stegerwald nicht berührt, die Hauptaufgabe der Reform des Arbeiterrechts nicht aus den Augen verloren werden: einen kollektiven Arbeitsvertrag zu schaffen, mit dem Ziel, daß das, was die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter mit einander vereinbart haben, den Charakter einer Rechtsquelle zu erhalten und als objektives Recht für Arbeitgeber und Arbeiter zu gelten hat.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

**Frankreich** Ein Berliner Bänkelsänger und sein Musikant haben mitten im Krieg über Holland eine Klage nach Paris geschickt. Sie haben ein Lied von der Traurigkeit des gegenwärtigen Elends und der künftigen Weltrosigkeit verfertigt. Die Wucht des Augenblicks wird durch einen Paukenakkord bezeichnet, die Sanftheit des kommenden Glücks mit gefühlvollen Schleifen von Geigenlagelett und Pfeiflein. Dieses Lied wird nun in allen französischen Tingeltangeln seit Jahr und Tag aufgespielt. Die Berliner Herren wollen aber den Lohn ihrer geistigen Arbeit, auf Deutsch **Tantieme** genannt, um jeden Preis einkassieren. Die Geschichte beweist nur, daß im Weltkrieg die Internationale des Gasenhauers und bescheidenen Geschmacks all ihre Rechte und jede Kraft behalten hat. Ihr dienen fleißige Männer mit leichten und mit massiven Worten, hochgeehrte Veraschmiede, höchstbezahlte Prosaschreiber. Je mehr Soldaten



und Kanonen verbraucht werden, desto mehr dieser sogenannten Literatur wird auch aufgebraucht. Es ist eine richtige Fachliteratur, die sich ziemlich in allen Ländern gleich geblieben ist. Die sogenannte Kriegsdichtung hat in Serbien kein anderes Gesicht als in Deutschland oder Stambul. Man muß nur türkische oder griechische Kriegszeitgedichte von heute lesen, alle diese gewiß merkwürdigen Zeitoffenbarungen, die man mit einigem Glück heute leichter findet als früher. Die Franzosen von Geschmack nehmen die Unterscheidung zwischen dieser Fachliteratur und der übrigen Dichtung heute ebenso umsichtig vor wie die ernsthaften Deutschen. Charles de Saint-Cyr hat zum Beispiel ein Buch zusammengestellt, dessen Titel eine etwas voreilige Frage aufwirft: *Ce qu'il faudra que soit la France de la victoire?* /Paris, Renaissance du livre/. Auch Dichter, unter ihnen Henri de Régnier, werden befragt, wie die Zukunft der französischen Poesie beschaffen sein werde. Régnier, der selbst einige der fachliterarischen Kriegs- und Schimpfreime auf seinem Romantikerbewußtsein hat, ist ehrlich genug die Selbstbesinnung behutsamer vorzunehmen. Er hegt die Ansicht, daß aus dem Brodeln und Brand der Gegenwart kaum eine ordentliche und nicht zu tadelnde Dichtung welcher Art auch immer hervorkommen wird; die Jahre erst werden jene große Zeitpoesie zum Wachstum bringen, die ihre bewegenden Eigenschaften aus dem Krieg herleitet. So denkt über die Poesie Régnier, und es ist nicht unwichtig mit dieser Prophezeiung Worte Rodins zusammenzuhalten, der sich über die Zukunftsfrage aller Kunst überhaupt ausgesprochen hat. Er sagt: »Wir sind nichts mehr als Schwäche und Niedergang. Man spürt es doppelt, wenn man die Kraft von Griechenland und Rom wieder heraufbeschwört. Wir schaffen keine Schönheit mehr, bestehende zerstören wir nur.« Dieses Gefühl des Entleertseins regiert heute unter den Franzosen sehr stark. Sie suchen daher nach einem neuen Inhalt der Dichtung (noch nicht nach einer neuen Form), und häufig findet sich die Verschwisterung der Worte Schönheit und Güte. *Bonté* und *beauté*: das gibt im Französischen einen Buchstabengleichklang, eine Art Wappenspruch, eine einprägsame Gedankenfanfare.

So begreift man es, daß *Le feu* von Henri Barbusse /Paris, Flamma-

tion/, dieses Buch vom Leiden des militarisierten Proletariats, schon in die Hunderttausende verkauft worden ist, obwohl viele sehr mächtige Kreise dem entgegen gearbeitet hatten. In diesem Buch ist eigentlich nur von der Größe der Menschenkleinheit, von dem Elend in Schmutz, Hunger, quälender Weiblosigkeit und allgemeiner Entmenschung der Massen die Rede. Jedes Pathos, jeder laute Aufschwung des Abscheus, des Lobens, des Verteidigens oder der Schmähung fehlen. Man könnte den Roman eine Statistik der Soldatenleiden nennen, aber es ist eben eine mit Weichheit, echten Tränen und aufrichtigem Schmerz berechnete Statistik. Im neuen Frankreich vor dem Krieg war die Teilnahme am Elend von Charles Louis Philippe tiefer beseelt worden. Philippe brachte zum Beispiel das Leben der Dirne mit aller ewigen Weltmystik in Ordnung (Bubu du Montparnasse). Sein Ideal ist Glauben und Religion (wie das Ideal Zolas Gerechtigkeit und Wahrheit ist). Wenn man will, so können die Gedankenquellen Philippes nicht von neuer Aufklärung oder Zeitlichkeit verschüttet werden. Die Macht des Barbusse'schen Feuerbuchs liegt in dieser Befreiung vom Augenblick und von den Jahren. Sein Buch ist kein geschichtliches Beweisstück sondern ein der reinen vermenschlichenden Seelenspiegelung erwachsendes Sinnbild der Kriegsnot.

Die Feststellung, daß in Barbusse viel unsichtbarer Katholizismus ausgespeichert ist, der sich nur an unchristlicher Sittlichkeit erquickern will, wurde bis jetzt aus Überlegung aufgespart. Man muß aber nicht vergessen, daß seit Barbey d'Aurévilly und Alfred de Vigny, also seit den Zeiten der französischen Romantik, diese Anlehnung der Poeten an die katholische Heiligkeit höchst befeuernd gearbeitet hat. Barbey d'Aurévilly, ein Dandy und ein Katholik zugleich, kann sich nicht dem aufklärenden Geist des 18. Jahrhunderts unterwerfen. Rousseau und Diderot beschuldigt er unehrerbietige Verkleinerer der Gedankenmystik zu sein. Die deutsche Klassik, Kant und Goethe, haßt er, weil sie Trägerin der Rousseauschen Gedanken sei. Ihm ist alles Deutsche barbarisch, weil er es als Diderot und protestantisch verdächtigt. Und Barbey's stärkster Schüler, der Pamphletist Léon Bloy, den die gleichen Gedanken nicht freigeben, ist erst im November 1917 gestorben. Eine große Gegen-

strömung gegen Zola und Daudet und Michelet und Renan wollte er schaffen, das heißt einen Kampf gegen alle Aufklärung betreiben und unterhalten. Man darf seinen Namen nicht vergessen, wenn man die französische Literatur dieser Tage begreifen, wenn man geistig der orientalisch gesteigerten Frömmigkeit Paul Claudels oder selbst der Proletarierpoesie Charles Péguy's beikommen will. Sie sind alle von diesem Neukatholizismus voll. Und die feinsten Köpfe unter ihnen sind noch nicht weiter. Während aber solch Katholizismus in Deutschland nur eine romantische Gewohnheit wird, erzieht er im Frankreich eine verbreitete Schule der Wirklichkeitsfreunde. Der eben verstorbene Greis Léon Bloy hat seinen Bekehrungsroman *Le désespéré* /Paris, Mercure de France/ wie ein beweisendes Wahrheitsbuch, wie eine nur von nicht Erliegenem herstammende Lebensoffenbarung geschrieben. Genau wie Zola etwa die Säufestationen des Arbeiters Coupeau inbrünstig beschreibt, ebenso schildert Bloy die Bekehrung seines seelischen Bruders, des Cain Marchenoir, mit lückenloser Gewissenhaftigkeit. Er hat zum Proletarierhaus ebenso starke Triebe wie zum Karthäuserkloster, das in den Schneebergen auf die reuigen Sünder wartet.

Wenn Rodin mächtig sehrend zur Gotik zurückschreitet, zieht er eine große Schar von Dichtern nach sich, die auf seine Gedanken gestimmt werden. Als man eben in Frankreich den 100. Geburtstag Charles Baudelaires künstlerisch und bucherfreundlich feierte und noch immer sehr schön gedruckte Prachtausgaben der *Fleurs du mal*, der *Paradis artificiels*, des *Spleen de Paris* veranstaltete (bei Crès & Co. in Paris erschienen diese vornehmen Bücher), da erinnerte man sich, daß auch Baudelaire sehr gern die Kathedralenmystik anbetete und trotzdem nicht gehindert wurde den heidnischen Brauch des Rausches mit Andacht und Erfahrung zu pflegen. Man erinnerte sich endlich, daß der Vater aller Lebenswahrhaftigkeit, Honoré de Balzac selber, in seiner berühmten Vorrede zur *Comédie humaine* meint, jede Französin sei im Grund der Jungfrau Maria verwandt. Darum könne sie niemals von ihrer Unmoral vollkommen eingegraben werden, auch nicht die ürgste Magdalena ohne Reu. Das heißt alles: die Aussöhnung zwischen dem Katholizismus, der sich von der Welt abwendet, und jener

Wahrheit, die ganz an die Erde gekettet ist, mit einer kühnen Gedankenverschweißung zu vollenden unternehmen.

Schweiz

Während Franzosen mit so schwerer, frommer Beschränkung den steilen Weg zum römischen Kreuz nehmen, scharen sich Schweizer Dichter gern um das Rote Kreuz, das nicht die Leidenschaft sondern das Mitleid gezimmert hat. Gottfried Keller hat noch mit großem Zögern die Frage durchdacht, ob man überhaupt von einer schweizerischen Nationalliteratur reden dürfe. Heute treten im ganzen Republikanerland Redner auf, die meinen, es habe sich aus dem politischen Leben der Eidgenossenschaft ein eigenständiger Staatsbegriff entwickelt, den man nicht verletzen kann, ohne auch die große Lebensader des Landes zu treffen, es könne deshalb aber auch eine selbständige Schweizer Nationalliteratur Daseinsrecht verlangen. Einer der vorsichtigsten unter diesen beobachtenden Köpfen, der Züricher Eduard Korrodi etwa, weist mit Energie darauf hin, daß die Bergedichtung kaum etwas besonders Schweizerisches sei. Die stärksten der Schweizer, die unsere Zeitgenossen sind, weichen der Auffahrt zu den Gletschern nicht gerade aus, sie suchen jedoch die buntere, mehr beblühte und wärmere Einfahrt in die Menschen-seelenschächte. Und hierbei wollen sie eben dem Gebot des Roten Kreuzes, das Menschenliebe über den ganzen Erdball verstreut, treubleiben. Ein »lyrisches Bekenntnis« hat zum Beispiel S. D. Steinberg sein Sammelbuch eidgenössischer Dichter genannt /Zürich, Rascher/, und Inhalt der von vielen Schweizer Dichtern, von Faesi, Pulver, Strasser usw. beschenkten Blütenlese ist Klagedichtung und Trostdichtung. Auf die Gottheit der Philanthropie ist auch der Blick der Waadtländerin Roger Noelle gelenkt. Man darf sagen, daß ein eigener, augenblicklich scharf packender Lyrikton aus dieser Schweizer Literatur hinausgeht. Menschen, die gern für alles ein besonderes Wörtlein haben, können hierin sogar einen besondern Nationalton des schweizerischen Schrifttums hören.

Hasenclever

Als Walter Hasenclever die Tragödie zwischen Vater und Sohn formte (Der Sohn /Leipzig, Kurt Wolff/), warf die Altklugheit des Seelendeuters, der eben sein Werk begann, einen freudigen

Schrecken zu seinen Freunden. Wahrlich, Hasenclever grub in die versterbende Vaterseele und die allein lebenskräftige Sohnesseele tief genug hinein. Er ließ sich aber nicht durch eine vorsichtig umschüffelnde Wirklichkeit belehren. Auf seiner Ahnung und auf seiner sehrenden, verstörten Launenhaftigkeit baute er alles auf. Den Sohn allein sah er, den Vater allein sah er gar nicht, oder er übersah ihn. Das war die Ungerechtigkeit des jungen Tragikers, das war seine zur Prophetie fortstürzende Übereilung, während der Alltag auf eine bescheidenere Aufklärung wartete. Knabenhaftes Vordrängen und greisenhafte Haltlosigkeit, gemischt in dem Jüngling. Nun dichtete er das Drama der Antigone, die zusammen mit dem grausamen Vater Kreon, der angenehmen Schwester Ismene, der unseligen Mutter Eurydike und dem ganzen Thebanervolk die Hasencleversche Weltanschauung hinaussschreiben soll (Antigone /Berlin, Paul Cassirer/). Die im antiken Spiel festgelegte Mythenentwicklung wird aufgelöst. Die Seele von 1917 soll in das thebanische Haus einwandern. Eine Seelenkunde, die mehr aus dem Menschengefühl als aus dem Dogma der ἀνάγκη begründet wird, sollte aufgeboren werden. Aber das ist alles über die Hitze eines ersten Riesenstraums noch nicht hinausgekommen. Antigone ist dem Dichter die Kriegsfeindin und Volksfreundin, die sich aus Gram über das Unerfüllbare ihrer volksbeglückenden Pläne in der Königsgruft erhängt. Und die Tyrannei Kreons, der nur Krieg will, brennt die ganze Hauptstadt und all ihre Gesundheit von Jugend und Anmut zu Schutt. Eine eindringliche Geschlossenheit des Schicksalsbildes, das nur über die Einheit des Palastgeländes seine Formen rollen darf, steht vor der Phantasie des Dichters. Und wenn nun diese Örtlichkeit flammt, die verkohlten Menschen einschlingt, in sich selber zerbrüst, wenn Zyklopengemäuer zerspringt, die Wälder nicht Unterschlupf der Kühlung sondern auch nur Hölle des Feuertodes werden, dann spricht aus der Dichterphantasie helle Dantische Kraft. Aber auch Symbole müssen auf dem Theater Fleisch empfangen, das an lebenden Menschengliedern haftet, sie müssen Seele empfangen, die von ringenden Menschengemütern her stammt. Menschen, die im Theater der Menschheit und der Menschlichkeit dienen sollen, müssen aus der Höhle des Bühnenraumes zur

Höhe der Unendlichkeit reden, nicht aber aus der Unendlichkeitshöhe in die Bühnenhöhle hinunter. Noch traut sich Hasenclever zu wenig in die Menschen hineinzublicken. Doch ist hier ein neues Wollen, das uns für die Nachkriegszeit jedenfalls einen andern Geist verspricht als den der Kriegsdichtung von 1914.

Mendale Mojcher Sforim In den Jahren des Weltkriegs werden die Ältesten und Größten der ostjüdischen Literatur dahingerafft; zuerst Perez, dann Scholem Alejchem und jetzt der eigentliche Ahn: Mendale Mojcher Sforim, den Scholem Alejchem und nach ihm alle ihren *Sejde*, ihren Großvater, genannt haben. Mendale hat die so starke und bildhafte jüdische Erzählungskunst in hebräischer Sprache erneuert und so in der Kunst Jahrtausende überbrückt, ohne künstlich oder archaisierend zu sein. Seine Kunst hatte das Organische des Lebens. Daher war er es, der auch das Jiddische endgültig zur Sprache der Literatur machte. Und gerade damit hat er die Weiterentwicklung dieser Literatur zur Nationalliteratur entscheidend beeinflußt. Seine Schöpfungen wurzeln im Altjüdischen, zeigen aber in das Neue, Werdende. Er war, wie Acher in seiner Studie über die ostjüdische Literatur (in den Sozialistischen Monatsheften, 1913 II, Seite 998) schrieb, 'einer der sozialsten Dichter . . . weil niemand so plastisch wie er die wie eine Infektionskrankheit anmutende Armut der Judenstädtchen des Ostens darstellt; und wieder einer der nationalistesten in dem Sinn, daß er, ohne auf irgendwelche dynamische Ideen einzugehen, den statischen Wertinhalt seines Volkes in wunderbarer Unbewußtheit herausarbeitet'. Mendale stammte aus Litauen, also aus jener besondern Kulturschicht der jüdischen Gesamtkultur, die von anderen vielfach angefeindet wird (weil die Gefühle da nicht so offen liegen) und doch schließlich die größten Leistungen aufweist. Hunderttausende von Juden haben ihn in 3 Generationen verehrt. Er galt ihnen als das ehrwürdige Symbol ihrer eigenen Zukunft.

Totenliste Ein Opfer des Krieges wurde das englische Schriftstellerehepaar Claude und Alice Askew. Das Schiff, auf dem es eine Mittelmeerreise machte, wurde torpediert, beide kamen dabei ums Leben. Sie hatten sich durch eine Reihe von Gesellschaftsromanen einen

Namen gemacht; einer von ihnen, The Sulamite, wurde auch dramatisiert auf die Bühne gebracht.

In Pulkau (Niederösterreich) ist am 20. September der slowenische Schriftsteller Fran Maselj gestorben. Seine Arbeiten, die er unter dem Namen Podlunski veröffentlichte, enthalten zu meist Schilderungen des südslawischen Lebens. Als sein bestes Werk gilt der in Bosnien spielende Roman Gospod Franko.

Am 23. September starb in Berlin der bekannte Schriftsteller Adolph Kohut im Alter von 69 Jahren. Die Zahl seiner Veröffentlichungen ist überaus groß, ihr Inhalt erstreckt sich auf die mannigfachsten Gebiete: vom einfachen Zeitungsteuilleton bis zur Literatur-, Musik- und Kulturgeschichte. Seine erste behandelte Hender und die Humanität, eine seiner letzten brachte Heitere Lieder aus Rügen.

Auf Capri, wo er seit langem lebte, ist im Oktober 66jährig der Lyriker Adolf Schaffheitlin gestorben. Er stand in seinem Schaffen unter dem Einfluß Spittlers. Die bekannteste seiner Dichtungen sind die Gedichte eines lebendig Begrabenen, die 1910 erschienen.

Ein Mitglied des durch Fontane, Heyse und Menzel berühmten Tunnels über der Spree, Moritz Rinckleben, ist, 71 Jahre alt, in Berlin gestorben.

Am 8. Dezember starb Mendale Mojcher Sforim, der eigentlich Scholem Jakob Abramowitsch hieß, nach langer Krankheit in Odessa. Er ist 81 Jahre alt geworden.

Der Generalsekretär der Deutschen Schillerstiftung Oskar Bulle ist Ende Dezember, 60 Jahre alt, in Weimar gestorben. Er hat in den achtziger Jahren die Wochenschrift Die Gegenwart redigiert und sich unter anderm als Dramendichter versucht.

In Krakau starb um die Jahreswende der Präsident der Krakauer Akademie und Literaturprofessor Graf Stanislaus Tarnowski, 81 Jahre alt. Er war einer der gründlichsten und feinsten Kenner der polnischen Literatur, der er eine Reihe von wertvollen Monographien widmete.

Am Jahresschluß starb auch der Verleger Georg Müller, gerade als er 40 Jahre alt wurde. Sein Verlag, den er 1903 in München gründete, ist in der kurzen Zeit seines Bestehens eine der bedeutendsten Unternehmungen geworden. Er umfaßte die gesamte Weltliteratur, aber auch Philosophie und Ge-

schichte sowie die meisten Gebiete spezifischer Kultur. Die äußere Ausstattung seiner Werke wurde berühmt; doch kann man bei manchen von ihnen auch vieles gegen ihren Stil einwenden. Eine Besonderheit seines Verlags bildeten die vielen und wertvollen Gesamtausgaben. Es sei nur an die Goetheausgabe erinnert, die, originell genug, die Werke Goethes in chronologischer Folge gibt. Leider sind die meisten dieser Gesamtausgaben, deren Zahl unabsehbar wurde, nicht abgeschlossen. (Hoffentlich findet sich ein Nachfolger, der die Pflicht übernimmt sie zu Ende zu führen; es wäre ja eine literarisch-bibliophile Katastrophe, blieben sie unvollendet.) Das Hauptverdienst Georg Müllers bleibt die große Strindbergausgabe in deutscher Sprache, die freilich im einzelnen viel Flüchtigkeiten aufweist, deren Systematisierung auch dauernd wechselte, die vor allem noch lange nicht abgeschlossen ist, die aber bestimmt ist den Deutschen diesen größten und universellsten Künstler unserer Tage nahezubringen.

**Kurze Chronik** Der Schutzverband deutscher Schriftsteller in Berlin will ein Gedächtnisbuch zu Ehren der gefallenen deutschen Dichter und Schriftsteller herausgeben. Anregungen und Manuskripte nimmt das Bureau des Verbandes entgegen. ◊ Den von Erik Ernst Schwabach gestifteten Fontanepreis erhielt Paul Adler für seine Dichtungen Elohim und Die Zauberpflöte. ◊ Der König Georg von England hat John Galsworthy zu Neujahr einen Adels-titel verleihen wollen. Der Dichter (dessen soziale Dramen die Mitglieder der Berliner Freien Volksbühne aus einigen Aufführungen kennen) hat diese ihm zugedachte Ehrung aber abgelehnt, da die literarische Tätigkeit ihren Lohn an sich selber trage. ◊ Für die in Gör-litz internierten griechischen Soldaten wird eine besondere Zeitung *Néa τῶ Γκέρλιτς* herausgegeben. In dieser Zeitung wird auch gedichtet. Im ganzen allerdings ein wenig altmodisch. Umland wird übersetzt, patriotische und philosophische Überlegungen werden gereimt. Und so kommt ein literarisches Werk zusammen, das dem Literaturvergleichler manchenlei Vergnügen macht.

**Literatur** Hans Kriesi hat über Gottfried Keller als Politiker ein schön belehrendes Werk geschrieben, das mit sonst

unzugänglichen Beweisstücken und Beilagen ausgestattet ist /Frauenfeld, Huber/. Keller ist zunächst der Herweghschüler in der lyrischen Einkleidung. Es scheint aber, daß auch Kriesi auf diese geistige Verwandtschaft den Ton allzu heftig legt. Übrigens tun seine forschenden Vorgänger und Zeitgenossen das gleiche. Man sollte indessen etwas feinhöriger der politischen Lyrik Kellers nachfolgen, und man würde eine richtige Gedankenveredelung bei ihm herausfinden. Niemand kann zweifeln, daß schon im jungen Keller von 1845 die soziale Lyrik von 1890 erklingt. Kellers Lyrikform ist auch eher vorwärtswirkendes Beispiel als geistige Nachkommenschaft der älteren Formen. Der beamtete Staatsschreiber Keller, der Verfasser aller Gesetze, Rechtsakten, Pässe usw., trat seine Stellung 1861 als ein 42jähriger Vollbürger an. Sucht nun aber ein Dolmetsch in der Kellerschen Dichtung nichts anderes als die bloßen Spuren des Staatsschreiberamts, so begeht er eine bedenkliche Sünde gegen Kellers wahrhaftige Geistigkeit. Kellers eigentliches Genie wird durch die Archivhamsterei kaum beleuchtet. Im Gegenteil, rätselhaft wird immer der 10jährige Winterschlaf des Dichters Gottfried Keller bleiben. Der Politiker Keller ist beinahe ein Fremder dem Poeten. Eine Zerspaltung der Persönlichkeit, dieses dem Psychologen nicht unbekanntes Rätsel, hat da seine Macht ausgeübt. Besteht keine Gewißheit darüber, daß die Politikerzeit entscheidend auf Kellers Dichtung eingewirkt hat, so ist immerhin bestimmt, daß sein Genie beim Aufwachen von Saftigkeit und frischem Glanz strotzte. Man gelangt also nur zu einseitiger Erkenntnis, wenn man die 10 Beamtenjahre Kellers als berieselden Fruchtschlauch seiner Kunst lobpreist. Tiefere Erkenntnis gewinnt man nur, wenn man mit Enthaltbarkeit das Einströmen mancher Sachlichkeiten in die Kellersche Dichtung aus diesen Jahren ableitet, dagegen andächtiger und suchender beobachtet, wie Kellers allerfrüheste Kunstträume nur 10 Jahre lang schlafen, sich aber im Schlaf ernähren und stark werden, um mit einer mächtig erneuten Jugend hervorzuschließen. Darum schadet es nicht minder, wenn der Martin Salawder als ein abgesondertes Politikerkunststück bewertet wird. Die Wahrheit zeigt sich tausendmal klarer, wenn auch der letzte Lebensroman der gesamten Kunstvision Kellers abgeschlossen wird.

## KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

**Bauauftrag** Welcher Art werden die Architekten sein, die nach dem Krieg bauen? Auch auf diese, vielleicht allerwichtigste Frage für unsere architektonische Zukunftsgestaltung gibt es selbstverständlich eine bündige Antwort nicht. Vor allem weiß man und kann man ja gar nichts wissen von dem jungen Geschlecht, das jetzt bei der Eigenart des architektonischen Schaffens Talentproben nicht abzulegen vermag. Würde es heute für diesen Nachwuchs Möglichkeiten zu bauen? Diese ganze junge Generation, die aus den Hörsälen der Hochschulen, aus den Architekturateliers oder aus einer noch nicht zur Entfaltung gebrachten eigenen Praxis heraus in den Kasernenhof gekommen oder sonst durch den Krieg zur Untätigkeit verurteilt worden ist, ist als gänzlich unbestimmbare Größe in jede Zukunftsrechnung einzusetzen. Dieses junge Geschlecht wird es sehr, sehr schwer haben sich und seine eigentlichen Gaben durchzusetzen. Auf geraume Zeit hinaus dürfte der Krieg die Zahl der gewichtigen Bauaufgaben verringert haben. Andererseits ist im wesentlichen noch die ganze Architektenschaft da, die vor dem Krieg tätig war, die nun doppelt und dreifach erpicht sein wird jeden erdenkbaren Bauauftrag an sich zu bringen, und die alles, was sie an Vertrauen, an Beziehungen usw. hat, in die Wagschale werfen wird, um nicht weiter unbeschäftigt zu sein.

Der Kampf um den Bauauftrag ist ein eigenes Kapitel, mit dem die breitere Öffentlichkeit sich gelegentlich der einen oder andern unserer Architekturskandalaffären einmal befaßt hat, dem aber gewiß nicht die genügende Aufmerksamkeit zuteil geworden ist. Innerhalb der Architektenschaft haben sich allmählich Sitten eingebürgert, die nichts anderes waren als eine Erschütterung der Standesmoral, gegen die der Kreis von Persönlichkeiten, der von der alten Standeschre durchdrungen war, immer verzweifelter und immer vergeblicher ankämpfte. Und leider waren auch unter denen, die als Künstler sich einen Ruf zu machen wußten, sehr viele, die in solcher Hinsicht sich Laxheiten aller Art zuschulden kommen ließen. Der Architekt ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf ein Arbeiten mit Elementen angewiesen, die zum nicht

geringen Teil auf ein zweifelhaftes Geschäftemachen eingestellt sind. Es genügt, um einen Begriff zu geben, das seit der Entwicklung von 1870 an mit immer größerer Erbitterung benutzte Wort Terrainschieber hienberzusetzen. Der Terrainschieber ist nur einer der Kontrahenten, mit denen der Architekt in irgendeiner Weise zu tun hat. Oft sogar hat er den Architekten und gerade den künstlerisch bemerkenswerten Architekten als Fassade benutzt, um seine etwas lichtscheuen Spekulationen zur Durchführung bringen zu können. Der Geist dieses Terrainspekulantentums, der Geist eines Bauunternehmertums, das nur baute, um mit den Baugeldern des neuen Baus frühere Bauschulden tilgen zu können, hat aller Art Geschäften um das Bauwerk herum eine eigene Form aufgeprägt, hat eine nicht gerade reine Atmosphäre gezeugt, in die alle am Bau Beschäftigten, schließlich auch der Architekt mehr oder weniger hineingezogen werden mußten. So mußten sich da mancherlei geschäftliche Gepflogenheiten einbürgern, die für einen Schinkel oder, wenn man will, für einen Poelzig, einen van de Velde ganz undenkbar wären. Sogar den Behörden kann man nicht den Vorwurf ersparen, daß sie zu dieser Lockerung der architektonischen Standesmoral beigetragen haben. Es sei nur an die eigenartigen Vorgänge beim Opernhausbau und dem Neubau der Washingtoner Botschaft erinnert. Man wird sich dessen entsinnen, daß in dem Fall Washington ein öffentlicher Wettbewerb<sup>1</sup> ausgeschrieben war, daß man die deutschen Architekten Projekte anfertigen ließ, während hinter den Kulissen der Auftrag bereits einem nicht an dem Wettbewerb beteiligten Favoriten so gut wie zugesichert war. Man hat wohl auch noch nicht vergessen, wie die gegen die Behandlung des Opernhausprojekts protestierende Architektenschaft zwei Vertreter zur Wahrung ihrer Interessen ins Ministerium schickte, und wie aus diesen Verhandlungen dann ein Vorschlag herauskam, der 10 Architekten, darunter auch diese beiden Vertreter der Opposition, durch eine Geldgabe von je 3000 Mark privilegierte. Ein Verfahren, das zum Erstaunen der breiten Öffentlichkeit nicht mit Entrüstung zurückgewiesen sondern aus taktisch-persönlichen Gründen angenommen wurde. Was da, für die Öffentlichkeit kontrollierbar, geschehen ist, ist in immer anderen Formen hundert- und tausend-

fach geschehen, wenn es für den einzelnen galt einen lockenden Auftrag an sich zu reißen. Und man war in der Wahl der Mittel keineswegs wählerisch. Ein paar Beispiele aus letzter Zeit: Ein Architekt erhält von einer sehr bekannten Gesellschaft einen Auftrag zum Bau eines bedeutenden Industriebaus. Der Mann wird plötzlich zum Heeresdienst eingezogen. Kaum ist das geschehen, so versteht es ein Baumeister, der einen der häufigst genannten Künstlernamen trägt, den Direktoren der Gesellschaft klar zu machen, daß auf den eingezogenen Kollegen doch nicht mehr zu rechnen sei. Er versteht es ihm den Auftrag zu entwinden und sich zuzuschauzen. Sogar die Gerichte konnten sich der Bedenklichkeit dieses Verfahrens nicht entziehen; dem eingezogenen Architekten wurde eine hohe Entschädigungssumme zugesprochen. Eine Gemeindeverwaltung in der Nähe von Berlin, die in sich eine künstlerisch wertvolle Kleinhaussiedelung enthält, verlangte nach einem Stadtplan, der dem Geist dieser Siedelung fortführen sollte. Sie wandte sich an einen bekannten und für diesen Fall geeigneten Architekten, der als Angehöriger eines neutralen Staates seit vielen Jahren in Deutschland lebt und schafft. Seine Vorschläge wurden gutgeheißen, und es wurde mit ihm ein Vertrag abgeschlossen. Als das geschehen war, erhält einer unserer bekanntesten Städtebauer davon Wind und stellt an den bevorzugten Konkurrenten das Ansinnen, er müsse von dem Vertrag zurücktreten, er werde sonst, was ihm als Ausländer ja nicht erwünscht sein könne, einen Skandal in der Presse, in der Stadtverordnetenversammlung usw. hervorrufen. Bemühungen nach dieser Richtung sind auch tatsächlich unternommen worden, wenn dem Mann, der, wie gesagt, einen geschätzten Künstlernamen trägt, schließlich auch von der Stadtverwaltung die kalte Schulter gezeigt worden ist. Das Spiel mit der Presse, das Aufpeitschen durch die Presse, wie es da zugunsten eines privaten, rein materiellen Interesses angedroht wurde, war leider vor dem Krieg häufig zu beobachten. Ein typischer Fall war der Bau des Lübecker Volkshauses. Da war von der Jury einem ausgezeichneten Bau, der vortrefflich der historischen Situation am Holstentor sich einschmiegte, der Preis zugesprochen worden, nachdem das Projekt eines sehr bekannten Baumeisters, ein klassizistischer Bau, der

weder gut war noch in die Umgebung hineinpaßte, abgelehnt worden war. Sofort begann eine Pressefehde, die an Maßlosigkeit ihresgleichen sucht. Für das abgelehnte Projekt wurde mit zwei Argumenten Stimmung gemacht. Einmal erklärte man, maßgebend für den Spruch der Jury sei eine Heimatskuntstümelei gewesen, gegen die man im Namen der großen Kunst protestieren müsse. Und ferner wurde genau das entgegengesetzte Argument benutzt; man sagte, daß der in Aussicht genomene Bau nicht zu dem Holstentor und der Marienkirche passe, daß damit die ehrwürdige architektonische Tradition unrettbar zerstört werden würde. Einzelne dieser Architekten hatten, als das Zeitungspapier noch nicht so knapp war, einen ganzen Pressedienst organisiert. Wer Augen hatte zu sehen (leider steht man ja in den Zeitungsredaktionen architektonischen Dingen fast ahnungslos gegenüber), konnte immer wieder die selben Namen, eingebettet in eine interessante *aufgemachte* Notiz, entdecken. Selbst vor dem Tod eines verehrten Lehrers machte diese Reklamegier nicht halt. Als Wallot starb, brachte eine größere Zeitung einen Nachruf, der aus der Feder eines seiner Schüler stammte, der nicht nur nicht unterlassen konnte sich in der Reihe dieser bewährten Wallotschüler zu nennen, sondern der es auch noch für angebracht hielt bei dieser Gelegenheit der Öffentlichkeit anzuzeigen, daß dieser bewährte Wallotschüler erst eben wieder die und die beiden großen Bauaufträge erhalten habe. Der Architekt hat es in der Mehrzahl der Fälle mit einem Auftraggeber zu tun, der über eine eingehende Fach- und Personalkennntnis nicht verfügen kann. Er baut ein Kleinhaus für einen Privatmann, der einmal im Leben einen Bauauftrag zu vergeben hat, der auf seinem Arbeitsgebiet orientiert ist, aber nicht auch noch eingehend Bescheid wissen kann, wie und von wem man bauen lassen soll. Er baut für eine große Industrie- oder Handelsgesellschaft, für deren Direktoren und Aufsichtsräte das Bauen auch nur eine periphere Angelegenheit ist. Oder er baut für eine Finanzierungsgesellschaft, in der man Erfahrung schon haben könnte, in der man aber vor allem Sinn für Gewinnziffern, Rentabilitätsberechnungen usw. hat, und in der für die Auftragserteilung oft vor allem das ausschlaggebend ist, was man Beziehungen nennt, und nicht minder, was man eine gewisse

Anpassungsfähigkeit des Charakters nennen könnte. Die Behörden, die eigentlich sachkundig sein müßten, haben sich leider in den weitaus meisten Fällen ebenfalls von diesen Erwägungen leiten lassen. Man kann es als Ausnahmeerscheinung ansehen, wenn, wie die Verhältnisse lagen, einem Architekten kraft seiner moralischen und künstlerischen Persönlichkeit ein Auftrag zuteil wurde. Daher denn auch diese ganze Technik des Sichheranschiebens an den Auftraggeber, daher diese krampfhaftige Sucht um den eigenen Namen eine Suggestion zu schaffen, bei der die früheren Begriffe von Standesmoral unaufhaltsam in die Brüche gehen.

Es ist kaum anzunehmen, daß der Krieg diese unerquicklichen Erscheinungen zum Verschwinden gebracht haben wird. Im Gegenteil, die geringere Zahl an großen Betätigungsmöglichkeiten dürfte dieses Rennen nach dem Auftraggeber noch entschiedener und, wie zu befürchten ist, noch unappetitlicher machen. Die durch den Krieg im ganzen gelockerte Volksmoral dürfte überdies noch eine Unterstützung dieser Tendenzen bedeuten. Das muß natürlich auch seine Rückwirkung auf die künstlerische Physiognomie unserer zukünftigen Architektur haben. Denn der Sinn aller dieser Bemühungen ist doch für die Erteilung des Bauauftrags andere als sachliche Gründe, als wirkliche Leistungsfähigkeit zur Geltung zu bringen.

Porzellan Die 5 unter dem Namen Rosenthal vereinigte Porzellanfabriken haben in Berlin, in der Bellevuestraße, Ausstellungsräume eingerichtet. Mit unverkennbarem Erfolg tritt die Marke Rosenthal neben die staatlichen Manufakturen. Durch ein entschiedenes Bestreben nach Qualität und durch künstlerische Leistungen erringt sie sich diese Stellung, wobei eine Initiative gezeigt wird, die leider unseren staatlichen Instituten, ganz besonders der Berliner Manufaktur, zu fehlen scheint. Noch nicht ganz befriedigend sind die Dekore der Rosenthalporzellane. Die Bemalung hat gelegentlich noch etwas unangenehm Kunstgewerbliches. Auch die figürliche Plastik könnte gelegentlich noch abgeklärter in der Formgebung sein. Künstler von der Art eines Barlach hat auch Rosenthal noch nicht an sich zu ziehen gewußt, und nur Künstler von solcher Gestaltungskraft werden das Porzellan, das im Fernen Osten ja

aus den größten Bildnerhänden herausging, wieder wesentlich machen. Ausgezeichnet ist die Modellierung von Gefäßen: Blumenvasen, Tafelgeschirr usw. Diese Dinge kommen an die besten und beliebtesten Arbeiten der Berliner Porzellanmanufaktur heran, die bekanntlich vor 100 Jahren mit diesem Gebrauchsporzellan, den weißen Kannen und Tassen und Tellern mit einfachem Goldrand ihre große Zeit hatte. Diese Tradition, die unerklärlicherweise in Berlin nicht fortgesetzt wurde, scheint hier aufgegriffen und mit frischem Leben erfüllt. Das Erfreuliche ist, daß es sich hier nicht mehr um theoretische Versuche handelt, die sich erst ein Publikum zu suchen haben. Diese natürlichen, klaren und großen Formen, diese Qualität ohne unsachliche Präntention; das gehört wie selbstverständlich schon dem Hausrat von Menschen an, die das, was sie brauchen, geschmackvoll haben wollen, ohne mit jeder Kaffeetasche zu dozieren, daß auch sie sich der kunstgewerblichen Moral bewußt sind.

**Totenliste** Am 20. November ist Ludwig Sütterlin in seinem 53. Lebensjahr in Berlin gestorben. Sütterlin ist vor 22 Jahren durch das Hammerplakat der Berliner Gewerbeausstellung plötzlich bekannt geworden. Eine Faust, einen Hammer schwingend, drängte da aus dem Erdboden empor. Ängstliche, um den Staat besorgte Gemüter hatten dahinter eine politische Tendenz vermutet. Diese Betulichkeit lenkte die Aufmerksamkeit auf das Plakat und seinen Schöpfer. Sütterlin hat sich dann als begeisterter Schüler Larisch' der Schrift zugewandt und schließlich an der Berliner Kunstgewerbeschule den Kalligraphieunterricht erteilt. Er war ein meisterhafter Pädagoge, der seinen Schülern den Blick auf das Wesentlichste zu richten wußte und der, wie vor 5 Jahren eine Ausstellung in der Berliner Kunstgewerbebibliothek lehrte, einen wertvollen Nachwuchs heranzubilden wußte. Eine Würdigung dieser vorbildlichen Lehrtätigkeit ist damals in dieser Rundschau (1912 II, Seite 640 f.) erfolgt.

**Kriegspublikationen** P. Ansgar Pöllmann läßt ein Buch über Weltkrieg und Glasmalerei erscheinen /München, Josef Müller/. Eine jener spekulativen Schriften, die im

Krieg einen besondern Antrieb für die Glasmalerei erblicken. »Gläserne Kriegsandenken«, »Kriegsgedächtnisfenster« und dergleichen schweben dem Verfasser vor. Einige Arbeiten dieser Art, die aus der Zettlerschen Anstalt in München hervorgegangen sind, werden als Musterstücke vorgeführt und, wie der Untertitel besagt, als ein Lorbeerkrantz auf Franz Xaver Zettlers Grab geflochten. Damit kommt eine unmögliche Einseitigkeit in die Betrachtung. Es wird nur das Bißchen der Kirche genehme Glasmalerkunst und nur der Bruchteil gesehen, den die doch nicht mehr so ganz allein stehende Zettlersche Anstalt ausmacht. Es ist aber doch wohl unmöglich, auch wenn man in München sitzt, an einer Erscheinung wie Thorn-Prikker, um nur ein Beispiel zu geben, achtlos vorbeizugehen. Doch es ist wohl mehr das kirchliche Interesse als das an der Renaissance der Glasmalerei, das hier spricht.

**Kurze Chronik** Der hier wiederholt ausgesprochene Gedanke die Erinnerung an diese Zeit, statt in Denkmalsbauten, in gemeinnützigen, dem Volkswohl und der Volksbildung gewidmeten Volkshäusern festzuhalten, hat zur Gründung einer Organisation, eines Volkshausbundes geführt. Leiter ist der aus der Gartenstadtbewegung bekannte badische Landeswohnungsinspektor Hans Kampfmeier. ◊ Der Professor an der Innsbrucker Senatshochschule Arthur Payr ist zum Ordinarius für Baukunst an der deutschen Technischen Hochschule in Prag ernannt worden.

**Literatur** Das hier öfter rühmend erwähnte Fachblatt für Holzarbeiter, das der Holzarbeiterverband zur künstlerischen und geschmacklichen Erziehung seiner Mitglieder herausgibt, hat wieder einen Jahrgang hinter sich. Einen Kriegsjahrgang, der dieses Kunstgewerbeblatt der Arbeiterschaft auf voller Höhe zeigt. Mit großem Ernst und entschiedenem Verantwortungsgefühl sind die Dinge ausgewählt, die dem Holzarbeiter als Vorbild dargeboten werden. ◊ Von dem gleichen Bestreben erfüllt sind die Typographischen Mitteilungen, das Organ der Buchdrucker, das ebenfalls, wenn auch nicht so ganz regelmäßig, weiter erscheint.